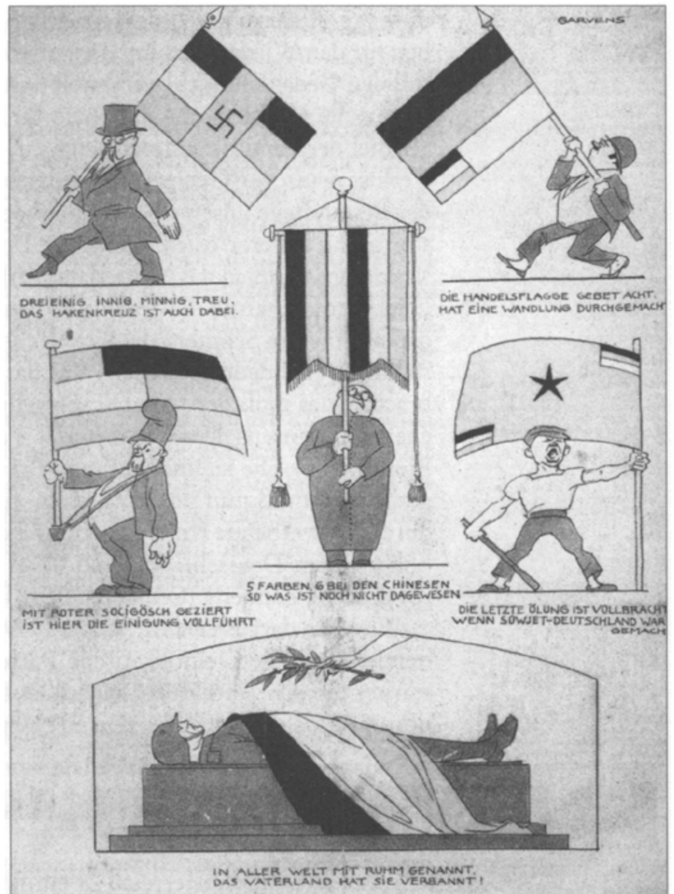
sei ein »preußisches« Deutschland gewesen, das der Zukunft müsse ein deutsches Deutschland sein.[2]

Später sprach der Reichsminister des Inneren, Dr. DAVID,[3] zu dem Thema. Nachdem er Schwarz-Weiß-Rot als Parteifahne der Rechtsparteien und Rot als Parteifahne der radikalen Linken abgelehnt hatte, erklärte er: »Schwarz-Rot-Gold hat noch eine andere Bedeutung, es ist das Symbol der großdeutschen nationalen Zusammengehörigkeit (Sehr richtig! links)... Als zum ersten Male das Ideal der auf einer Verfassung, auf gleichem Recht aufgebauten großdeutschen nationalen Einheit die Herzen bewegte, als sich an den Universitäten die Allgemeine deutsche Burschenschaft gründete, als die Turn-, die Gesang-, als die Schützenvereine dieses Ideal deutschnationaler Einigung aufnahmen, da trugen sie das schwarz-rot-goldne Banner durch die Jahre der Verfolgung hindurch, die ihnen von denen beschieden wurden, die nicht... dieses große nationale Ideal erfassen konnten.« (Sehr richtig! links)



Karikatur (von GARVENS) aus dem Jahre 1926 über den fortwährenden Flaggenstreit, ein Dauerthema in der Weimarer Republik. Artikel 3 der Verfassung besagte: »Die Reichsfarben sind Schwarz-Rot-Gold. Die Handelsflagge ist Schwarz-Weiß-Rot, mit den Reichsfarben in der oberen inneren Ecke.«

Er schilderte dann, wie Schwarz-Rot-Gold in der Revolution von 1848 die Reichsfahne wurde, wie es in der folgenden Zeit der Reaktion erneut verdrängt wurde. »Die kleindeutsche Lösung von 1871 erfüllte die Sehnsucht nach diesem großdeutschen Ideal nur mangelhaft... Das preußisch-deutsche Gebilde ist zusammengebrochen. .. Das großdeutsche Ideal ist mit der Auflösung der habsburgischen Dynastie aufs neue das Ziel unserer Sehnsucht geworden, (Bravo! links) und das schwarz-rot-goldne Banner soll ein Symbol

[2] Schriftenreihe der Bundeszentrale für Heimatdienst (Hg.), Heft 46, *Die Weimarer Nationalversammlung,* Bonn 1960, S. 65 f.

[3] Eduard DAVID (1836-1930) studierte Germanistik, Geschichte und Philosophie. Er war Gymnasiallehrer, später Redakteur und seit 1903 Reichstagsabgeordneter der SPD. Zeitweise war er Präsident der Weimarer Nationalversammlung. In den Regierungen SCHEIDEMANN, BAUER und MÜLLER war er Minister ohne Geschäftsbereich, für kurze Zeit (Juni bis Oktober 1919) Reichsinnenminister.

dieses großdeutschen Zieles, ein sichtbarer Ausdruck dafür sein. Es soll werben für den Wiederanschluß der außerhalb des Reichs lebenden Deutschen; es soll den Gedanken nicht vergessen lassen, daß wir auch über die Reichsgrenze hinaus die großdeutsche nationale Einheit als ein hohes Gut empfinden und als Ziel der Zukunft aufrechterhalten. Meine Herren, der Schmerz über den Verlust deutscher Gebietsteile, deutschsprechender, sich als Deutsche fühlender Bestandteile unseres Volkes, und der Zorn darüber, daß man der Selbstbestimmung unserer österreichischen Brüder in den Arm fällt und ihnen den Wiederanschluß an das Mutterland verbieten will, brennt dieses großdeutsche Ideal schmerzhaft in die Seele jedes deutsch empfindenden Mannes. Ich hoffe, daß aus diesem Schmerz die Kraft geboren wird für dieses neue, wiederauferstandene großdeutsche Ideal. Was das dynastische Deutschland nicht fertig brachte, das muß der Demokratie gelingen: moralische Eroberungen zu machen auch jenseits der Grenze und vor allen Dingen bei allen denen, die durch Blut und Sprache zu uns gehören. (Bravo! links) Die großdeutsche Einheit zu gewinnen, muß nun unser Ziel sein nicht durch Krieg und Gewalt, sondern durch die werbende Kraft der politischen und sozialen Kultur des neuen republikanischen Deutschlands, und dabei möge uns voranflattern das schwarz-rot-goldene Banner!« (Lebhafter Beifall - vereinzeltes Zischen rechts)

Wie man daraus ersieht, waren 1919 die Sozialdemokraten und die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (später Deutsche Staatspartei) eher stärker für den Anschluß Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich eingenommen als die traditionellen Rechtsparteien.



Gesetz über die Staats- und Regierungsform Deutschösterreichs vom 12. 11. 1918

»Artikel 2: Deutschösterreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik. Besondere Gesetze regeln die Teilnahme Deutschösterreichs an der Gesetzgebung und Verwaltung der Deutschen Republik sowie die Ausdehnung des Geltungsbereichs von Gesetzen und Einrichtungen der Deutschen Republik auf Deutschösterreich.«

Am 2.3.1919 unterzeichneten als Vertreter des Deutschen Reiches und Deutschösterreichs der Reichsaußenminister Graf Brockdorff-Rantzau und der Wiener Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Otto Bauer, ein Protokoll über die Ergebnisse ihrer Verhandlungen vom 17. 2. bis 2. 3. 1919:

»Artikel 1, § 1. Die Deutsche Reichsregierung und die Deutschösterreichische Regierung sind übereingekommen, mit tunlichster Beschleunigung über den Zusammenschluß des Deutschen Reiches und Deutschösterreichs einen Staatsvertrag abzuschließen, der den beiderseitigen Parlamenten zur Genehmigung vorgelegt und sodann ratifiziert werden soll.

§ 3. Der Zusammenschluß soll auf der Grundlage erfolgen, daß Deutschösterreich als selbständiger Gliedstaat in das Reich eintritt.«

Rapallo - Deutschlands Ausbruch aus der Isolation

Im April/Mai 1922 fand in Genua eine internationale Wirtschaftskonferenz statt, zu der neben einer deutschen Delegation erstmalig nach dem Ersten Weltkrieg auch eine sowjetrussische Abordnung eingeladen war. Diese Gelegenheit nutzten beide im benachbarten Rapallo zu geheimen Sonderverhandlungen, die am 16. April zu einem Vertragsabschluß führten. Diesem Vertrag wird in Geschichtslehrbüchern nur eine unbedeutende Nebenrolle zugebilligt, wobei dann meistens hervorgehoben wird, daß die Westmächte vor vollendete Tatsachen gestellt wurden und sie sich über das eigenmächtige Vorgehen der Deutschen höchst verärgert zeigten, zumal der Vertrag ihre eigenen Pläne durchkreuzte. Die deutsche Delegation hat jedoch in Genua erklärt, daß der Vertrag von ihr nicht dazu benutzt werden würde, West gegen Ost auszuspielen und dadurch die deutsche Position international zu verändern. Dennoch kommt dem Vertrag wegen späterer Geheimabsprachen eine nicht geringe Bedeutung zu. Diese aber findet man in kaum einem Geschichtslehrbuch. Im folgenden soll deshalb der Gesamtzusammenhang dargestellt werden.

Die neue Ostpolitik: Ausbruch aus der Isolation

Am 14. Oktober 1921 entschied der Völkerbundsrat, daß Oberschlesien im Widerspruch zum Ergebnis der für Deutschland ausgegangenen Volksabstimmung und ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Bevölkerungsmehrheiten geteilt werden sollte: Ostoberschlesien wurde Polen zugesprochen. Deutsche Proteste halfen nichts. Die Regierung WIRTH trat daher zurück, übernahm aber nur wenige Tage später, am 25. Oktober 1921, wieder die Regierungsgeschäfte, da sich angesichts der traurigen Lage kein anderer Reichskanzler und keine andere Reichstagsmehrheit hatten finden lassen.

Im Westen verdüsterte sich der außenpolitische Horizont zunehmend, denn in den USA, auf deren mäßigenden Einfluß Deutschland seit dem Oktober 1918 gesetzt hatte, setzte sich Isolationismus durch. Die US-Regierung zog sich politisch, aber nicht ökonomisch, von Europa zurück. Dazu hatte sich der Einfluß Großbritanniens auf Frankreich sowohl in der Reparationsfrage als auch im Falle Oberschlesiens als unwirksam erwiesen. Da das Deutsche Reich im Westen also keine Handlungsfreiheit besaß, solange es von der Entente nicht als gleichberechtigt, sondern als störrischer Sünder betrachtet wurde, lag es nahe, sich an den Osten zu wenden. »Ostpolitik« hieß das neue Schlagwort (wie nach 1968), an das sich im Auswärtigen Amt, im Reichswehrministerium und in der Reichskanzlei große Hoffnungen knüpften. Allerdings war das deutsch-russische Verhältnis gestört, da die Sowjetunion kommunistische Aufstände in Deutschland mit Geld und Waffen unterstützte.

Aus diesem Grund war schon im November 1918 der sowjetische Botschafter in Berlin ausgewiesen worden, und seitdem waren die diplomatischen Kontakte abgebrochen.

Andererseits war die Sowjetunion mit den Westmächten zutiefst verfeindet, gegen deren Militärinterventionspolitik sie sich hatte zur Wehr setzen müssen, und somit war sie auch eine Gegnerin des Versailler Vertrags. Außerdem einte Deutschland und die UdSSR die Gegnerschaft zu Polen, gegen das sowohl Deutschland als auch die Sowjetunion territoriale Forderungen zu stellen hatten und das seinerseits gegen beide Staaten eine aggressive Expansionspolitik betrieb.



Adolf Georg Otto Freiherr VON MALTZAHN (1877–1927), zunächst Leiter der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes, ab 1922 Staatssekretär.

Hinzu kamen noch die immer enger geknüpften Handelsbeziehungen zu Moskau, worauf die deutsche Schwerindustrie besonders großen Wert legte, da ihre Produkte auf westlichen Märkten nur noch schwer abzusetzen waren. In der Ostabteilung des Auswärtigen Amts unter Leitung des Ministerialdirektors Freiherr VON MALTZAHN forderte man mit großem Nachdruck eine stärkere politische Ostausrichtung und die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion. So waren die theoretischen Gegner des Bolschewismus gleichzeitig diejenigen Kräfte, die großes Interesse an der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zeigten: Offiziere, Schwerindustrielle, Diplomaten, aber auch die deutschen Rechtsparteien DVP und DNVP förderten aus wirtschaftlichen Gründen die deutsche Ostausrichtung. Nur zwei Parteien bekämpften kompromißlos das deutsch-sowjetische Bündnis: Das Zentrum lehnte aus religiösen Gründen das Paktieren mit der Hauptmacht des Atheismus ab, die Sozialdemokratie verurteilte es aus Gründen der programmatischen Abgrenzung und wegen des Schicksals der verfolgten Menschewisten in der Sowjetunion.

Auf der anderen Seite erschien die russische Revolution nicht nur linken Sozialisten, sondern auch zahlreichen Bürgerlichen bis hinein in die Reihen des Konservativismus als der einzige Hoffnungsschimmer für Deutschlands Zukunft. Die in preußisch-konservativen Kreisen traditionell verbreitete Russenfreundschaft als Kehrseite der Abwehr gegen westliche, demokratische, liberale, dekadente Einflüsse hatte mit der Kriegsniederlage und dem Friedensvertrag ganz neue Bedeutung erhalten; Thomas MANN fühlte sich imstande, aus Protest gegen den »Entente-Imperialismus« auf die Straße zu laufen und zu rufen: »Nieder mit der westlichen Lügendemokratie! Hoch Deutschland und Rußland! Hoch der Kommunismus«, und der Nationalist Ernst VON SALOMON schrieb: »Wo immer nach dem Niederbruch sich Männer fanden, die nicht verzichten wollten, erwachte eine unbestimmte Hoffnung auf den Osten.« Ernst TROELTSCH, Religionsphilosoph und Mitglied der DDP, spürte einen neuen Wind wehen: »Sanguinische Politiker bei uns sehen schon die Stunde kommen, wo wir zwischen einem Bündnis mit der Entente oder mit den Bolschewisten zu wählen haben werden!«

Das alles waren überspannte und überhitzte Wunschvorstellungen intellektueller Zirkel, die in der kühlen Sphäre pragmatischer Außenpolitik ins Wesenlose verpufften, aber sie bezeichneten doch eine Grundströmung, die unterhalb diplomatisch-rationaler Anlässe zum deutsch-sowjetischen Vertrag von Rapallo am 16. April 1922 beitrug.



Reichsaußenminister Walther RATHENAU auf der Konferenz von Genua (10. 4. bis 19. 5. 1922).

Anlaß war eine Konferenz in Genua vom 10. April bis zum 19. Mai 1922, zu der die westlichen Alliierten 29 Staaten eingeladen hatten, um im Zusammenhang mit der Reparationsfrage die wirtschaftlichen Probleme Europas zu beraten. Deutschland sowie die Sowjetunion erhielten damit das erste Mal Gelegenheit, auf internationalem Parkett klassische Diplomatie vorzuführen.

Die deutsche Delegation war in großer Besetzung angereist, neben Reichskanzler WIRTH und Reichsaußenminister RATHENAU war die Ostabteilung des Auswärtigen Amts in voller Stärke anwesend. Sie mußten aber feststellen, daß auf Betreiben der französischen Delegation von Reparationen nicht mehr die Rede sein sollte und daß die Westmächte versuchten, die Deutschen völlig zu übergehen und ohne sie mit der Sowjetunion ins Geschäft zu kommen.

Für die sowjetische Seite war das eine ausgezeichnete Gelegenheit, die Alliierten und die Deutschen gegeneinander auszuspielen. Die sowjetische Delegation hatte auf dem Weg nach Genua auch in Berlin Station gemacht, um einen deutsch-russischen Sondervertrag abzuschließen, doch RATHENAU, der die Entente nicht verärgern wollte, hatte kühles Desinteresse zur Schau getragen. So ließen jetzt die Sowjetrussen die unzutreffende Nachricht durchsickern, sie stünden unmittelbar vor dem Abschluß eines umfassenden Abkommens mit den Westmächten, das ihnen erlauben werde, nach Artikel 116 des Versailler Vertrags eigene Kriegsentschädigungsforderungen an Deutschland zu stellen. Reichsaußenminister RATHENAU sah alle außenpolitischen Felle davonschwimmen und setzte ganz auf ein deutsch-britisches Bündnis, in der Hoffnung, die zunehmenden Spannungen zwischen Frankreich und Großbritannien für die deutsche Lage ausnutzen zu können. Der

sowjetische Volkskommissar des Äußeren, Georgij Tschitscherin, hatte nun das Gefühl, die Deutschen hinreichend für die russischen Wünsche erweicht zu haben, und eine deutsch-britische Annäherung war das Gegenteil von dem, was der Sowjetstaat brauchen konnte. Mitten in der Nacht vom 15. zum 16. April rief Tschitscherin Maltzahn an und bot ihm Verhandlungen über ein deutsch-russisches Wirtschaftsabkommen an. Das weitere erzählte Maltzahn später dem britischen Botschafter in Berlin, der den Bericht in sein Tagebuch aufnahm:

»Sobald Maltzahn herausgefunden hatte, daß die Russen Deutschland nachliefen, sagte er, daß es sehr schwer sein würde, für den Sonntag eine Verabredung zu treffen, da die deutsche Delegation ein Picknick organisiert habe und er selbst die Absicht habe, in die Kirche zu gehen. Aber als schließlich Tschitscherin sich ausdrücklich bereit erklärte, Deutschland die Meistbegünstigungsklausel zuzubilligen, versprach Maltzahn, seine religiösen Pflichten zu opfern und die Russen am Sonntag aufzusuchen. Dann ging er um halb drei Uhr nachts zu Rathenau. Er fand ihn in seinem Zimmer in einem malvenfarbenen Pyjama, auf und ab gehend - ein verstörtes Gesicht, Augen, die aus den Augenhöhlen herauszutreten schienen, blickten ihm entgegen. Als Maltzahn hereinkam, sagte Rathenau: >Ich nehme an, daß Sie mir das Todesurteil bringen.< >Im Gegenteih - beruhigte ihn Maltzahn - >gute Nachrichtens Er berichtete ihm dann über die Unterredung, worauf



Der Abschluß des deutsch-russischen Vertrags in Rapallo. Besprechung zwischen Reichskanzler Wirth (links) und den Russen. Neben Wirth Krassin, Tschitscherin (mit Mappe) und Joffe.

RATHENAU sagte: Jetzt wird mir die ganze Lage klar. Ich werde zu LLOYD GEORGE gehen, um ihm alles auseinanderzusetzen, und wir werden uns schon verständigen< MALTZAHN erwiderte: >Unmöglich - das wäre ehrlos gehandelt. Wenn Sie es tun, werde ich sofort meine Demission einreichen und mich ins Privatleben zurückziehen. Zu einem solchen Verrat an TSCHITSCHERIN werde ich mich nicht hergeben. <

Allmählich ließ sich RATHENAU ZU dem Standpunkt MALTZAHNS bekehren und beschloß, wenn auch widerwillig, die Russen am Sonntag aufzusuchen. Am Sonntagmorgen fand eine Konferenz zwischen den Russen und Deutschen statt. Beide waren eigensinnig, und man kam zu keinem Ergebnis. Da die Deutschen zu einem Frühstück außerhalb Genuas eingeladen waren, brachen sie um ein Uhr die Beratungen ab und fuhren zum Essen. Während des Frühstücks wurde eine telefonische Mitteilung von LLOYD GEORGE folgenden Inhalts übermittelt: >Es liegt mir besonders daran, RATHENAU so bald wie möglich zu sehen; würde es ihm passen, heute zum Tee oder morgen zum Frühstück zu kommen?< Die Russen müssen auf irgendeine Weise von diesem Telefonanruf Kenntnis bekommen haben. Jedenfalls zeigten sie sich daraufhin viel versöhnlicher, und am Nachmittag wurde der Rapallo-Vertrag ohne weitere Verzögerung unterzeichnet.«

»Der Rapallo-Vertrag, Deutschlands erster selbständiger politischer Schritt, wurde in Deutschland und darüber hinaus vielfach mißverstanden.« Joseph WIRTH, in: *Friedrich Ebert und seine Zeit,* Charlottenburg o. J.

Regelungen des Rapallo-Vertrages[1]

Der inhaltlich harmlose Vertrag rief sowohl bei den Westmächten als auch in Deutschland große Aufregung hervor. Er regelte die Wiederaufnahme der diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland, den beiderseitigen Verzicht auf alle Ansprüche aus dem Weltkrieg und wechselseitige wirtschaftliche Förderung. Bezüglich des deutsch-sowjetischen Handels vereinbarte man die gegenseitige Meistbegünstigung, also alle handelspolitischen Vergünstigungen, die man auch anderen Staaten einräumte. Das war alles. Militärische oder politische Geheimklauseln, von denen westliche Zeitungen und sogar Diplomaten fabelten, existierten nicht. Aber allein die Tatsache, daß die beiden großen Verlierer des Weltkriegs, die aus der Staatengemeinschaft Ausgeschlossenen und Gedemütigten, einen Vertrag miteinander schlossen, sorgte für genügend Aufregung, zumal die seit 1917 verbreitete Befürchtung, der russische Bolschewismus könne erst im Verein mit einer deutschen Militärmacht die Welt überrennen, erneut durch die Presse der Ententestaaten geisterte. Außerdem zeigte sich hier zum ersten Mal wieder eine gewisse außenpolitische Handlungsfreiheit. Die Befürworter der alten preußisch-deutschen Schaukelpolitik zwischen Ost und West, die einen Bündnispartner gegen den anderen ausgespielt hatte, hofften, mit der Sowjetunion im Rücken fester gegenüber der

[1] *Konferenzen und Verträge, Vertrags-Ploetz* Bd. 4A, 1914-1959, Würzburg 1959, S. 71.

Entente auftreten zu können: »Ich glaube, daß von Moskau aus das Unheil von Versailles korrigiert werden kann«, erklärte Graf BROCKDORFF-RANTZAU,[2] der neue deutsche Botschafter in Moskau, der Sowjetregierung. »Zu hoffen wäre, daß ein wirklich enges Verhältnis Deutschlands zu Rußland genügen könnte, das Verbrechen von Versailles zu sühnen.«

[2] Ulrich Graf BROCKDORFF-RANTZAU, *Promemoria Zur Ostpolitik vom 15. 8. 1922,* zit. nach: Otto-Ernst SCHÜDDEKOPF, *Das Heer und die Republik,* Hannover 1955.

In der Reichstagsdebatte vom 29. April 1922 verteidigten WIRTH und RATHENAU den Vertrag, als ob mit ihm Versailles bereits überwunden wäre, und eine große Reichstagsmehrheit stimmte quer durch alle Parteien zu. Für das Bündnis mit Rußland, erklärte der deutschnationale Abgeordnete Prof. HOETZSCH, spreche gerade die Tatsache, daß das Echo im westlichen Ausland einhellig negativ sei, denn »die Zeitungsartikel über diesen Vertrag... sprachen von unserem Deutschland, als wenn Deutschland eine Großmacht wäre«.

Reichspräsident EBERT, der erst im nachhinein von dem Vertrag informiert worden war, fühlte sich zu Recht übergangen, denn er und die Mehrzahl der sozialdemokratischen Parteiführer waren gegen ein Abkommen mit der Sowjetunion. Das gute Einvernehmen, das bislang zwischen WIRTH und der stärksten Reichstags- und Koalitionsfraktion bestanden hatte, war von nun an empfindlich gestört.

Wenngleich keine schriftlichen Abkommen über eine militärische Zusammenarbeit abgeschlossen wurden, hatte der Rapallo-Vertrag ein freundliches Klima zwischen Deutschland und Rußland geschaffen, in dem in den folgenden Jahren Deutschland mit Hilfe der UdSSR die Versailler Diktatbestimmungen bezüglich der Bewaffnung umgehen konnte. Einheiten der Reichswehr konnten in der Folgezeit in Rußland üben, auch an in Deutschland vom Versailler Vertrag verbotenen Waffensystemen wie Panzern und Flugzeugen. Nur dadurch konnte Deutschland später so schnell aufrüsten, wenngleich die Rüstungskapazität der Deutschland umgebenden Länder die deutsche immer um ein Vielfaches übertraf. Andererseits darf nicht übersehen werden, daß die UdSSR auf dem Gebiet der Waffenproduktion und der Armeeführung aus der Zusammenarbeit mit Berlin großen Nutzen zog, was sich im Zweiten Weltkrieg gegen Deutschland auswirkte. Hans Meiser

Weiterführende Literatur:

Karl Dietrich ERDMANN u. Helmut GRIESER, »Die deutsch-sowjetischen Beziehungen in der Zeit der Weimarer Republik als Problem der deutschen Innenpolitik«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht,* 26 (1975), S. 403-426.

Theodor SCHIEDER, »Die Entstehungsgeschichte des Rapallo-Vertrags«, in: *Historische Zeitschrift,* 204 (1967), S. 545-609.

Ernst SCHULIN, *Walther Rathenau: Repräsentant, Kritiker und Opfer seiner Zeit-,* Göttingen-Zürich 1992.

Hagen SCHULZE, *Weimar- Deutschland 1917-1933,* Severin und Siedler, Berlin 1982.

Völkerrechtswidrige polnische Truppen auf Westerplatte

Die gegenwärtige Geschichtsschreibung versucht den Eindruck zu erwekken, als sei ein friedfertiges Polen 1939 von HITLER >überfallen< worden. Abgesehen von der brutalen Entdeutschung der früheren deutschen Gebiete und den zunehmenden Mißhandlungen der in ihrer Heimat verbliebenen Deutschen nahm Warschau auch immer wieder Provokationen gegenüber Danzig vor und scheute sich ebenso nicht, die vom Völkerbund aufgestellten Regeln für das Verhältnis zur Freien Stadt zu verletzen. Insbesondere hat es nicht nur einmal die zugelassene Truppenstärke auf der zu Danzig gehörenden Westerplatte überschritten und die ihm zugestandenen Örtlichkeiten dort unzulässigerweise militärisch befestigt.

Auf seiner Sitzung am 9. Dezember 1925 hatte der für Danzig zuständige Völkerbundsrat beschlossen, daß die Stärke der polnischen Besatzung auf der Danziger Westerplatte 2 Offiziere, 20 Unteroffiziere und 66 Mann nicht übersteigen dürfe. Durch einen Beschluß des Völkerbundsrats vom 9. Dezember 1924, auf den in § 2 des Provisorischen Abkommens zwischen Danzig und Polen betreffend der Westerplatte vom 4. 8. 1928 Bezug genommen war, wurde die Westerplatte der polnischen Regierung ausschließlich als Lagerplatz für Kriegsmaterial zur Verfügung gestellt. Im übrigen blieb die Souveränität der Freien Stadt Danzig über das Gebiet der Westerplatte unberührt, was auch von Warschau anerkannt worden war.

Am 6. März 1933 landete der polnische Munitions- und Truppentransportdampfer >Wilja< mit 100 Mann Polizei und 11 Maschinengewehren von Gdingen aus im Munitionsbecken der Westerplatte, ohne daß der zuständige Hohe Kommissar des Völkerbundes, Helmer ROSTING, von dieser Verstärkung informiert worden war und, wie es in der Vereinbarung zwischen Danzig und Polen vom 22. Juni 1921 festgelegt war, seine Zustimmung gegeben hatte. Diese verweigerte er nachträglich auch, und erst nach längerem Tauziehen mußte Warschau zurückstecken.[1]

Ebenso völkerrechtswidrig war die Westerplatte im August 1939 mit einer weit höheren Zahl polnischer Soldaten versehen und militärisch ausgebaut worden. In einer amtlichen Verlautbarung des Chefs des Oberkommandos der Wehrmacht vom 3. November 1939 heißt es.[2]

»Die nach Abschluß der militärischen Operationen in Danzig eingeleitete Untersuchung über den militärischen Zustand der Westerplatte und der ehemals polnischen Gebäude in Danzig hat zu folgendem Ergebnis geführt:

---

[1] Bernhard C. WINTZEK (Hg.), *Geheim, Aus dem Archiv der Reichsregierung,* Mut, Asendorf 1976, S. 25 f.

[2] *Ebenda S. 278.*

Völkerrechtswidrige polnische Truppen auf Westerplatte

1. Die polnische Besatzung der Westerplatte betrug rund 240 Mann. An Befestigungsanlagen befanden sich auf der Westerplatte außer einem alten deutschen offenen Stand aus dem Jahre 1911, in dem 3 oder 4 Maschinengewehre mit mindestens 10 000 Schuß Munition vorgefunden wurden, 5 Maschinengewehr-Beton-Bunker, die offensichtlich von den Polen von langer Hand vorbereitet und nach einem wohldurchdachten System der gegenseitigen Flankierung errichtet worden waren. Außerdem war die neue Kaserne zur Rundum-Verteidigung eingerichtet und ihr Untergeschoß ebenso wie das Kellergeschoß des sogenannten Unteroffizier-Hauses betoniert ausgebaut und zur Verteidigung hergerichtet. Schließlich wurden u.a. vorgefunden: eine 7,5 cm-Kanone und 2 Panzerabwehr-Kanonen sowie eine Reihe von feldmäßig ausgebauten Maschinengewehr-Nestern, Palisaden und Schützenlöchern in feldmäßigem Ausbau.

2. An polnischen Stützpunkten befanden sich innerhalb Danzigs:
   1. Polnische Post, Hevelinsplatz,
   2. Hauptbahnhof und polnische Bahnpost,
   3. Polnische Eisenbahndirektion,
   4. Polnische Diplomatische Vertretung, Neugarten,
   5. Polnische Zollinspektion, Opitzstr.,
   6. Polnisches Pfadfinderheim, Jahnstr.,
   7. Polnischer Wohnblock, Neufahrwasser, Hindoriusstr.,
   8. Polnisches Studentenheim Langfuhr,
   9. Polnisches Gymnasium.

Es wurden u.a. bei der Besetzung der Gebäude festgestellt und sichergestellt:

1. in der polnischen Post: 3 leichte Maschinengewehre, 44 gefüllte und 13 leere Rahmen für leichte Maschinengewehre, 30 Armeepistolen, 1 Trommelrevolver, 1 Sack Infanterie- und Pistolenmunition, 150 Eierhandgranaten, 2 Höllenmaschinen, Handwaffen von 38 Gefangenen,
2. im Hauptbahnhof: 1 leichtes Maschinengewehr und kleine Waffen,
3. in der Bahnpost: 1 Maschinengewehr, 18 Pistolen, 4 Gewehre mit Munition, 2 Kisten Handgranaten,
4. in der polnischen Eisenbahndirektion: 45 Pistolen, 2660 Schuß Munition,
5. in der Polnischen Diplomatischen Vertretung, Neugarten: 1 leichtes Maschinengewehr, 5 Gewehre, 4 Pistolen und Munition,
6. in der polnischen Zollinspektion, Opitzstr.: 15 Gewehre und 1000 Schuß Munition,
7. in dem polnischen Pfadfinderheim: 1 Maschinengewehr mit Munition und 20 Gummiknüppel.

In sämtlichen anderen Stützpunkten sind teils Gewehre, teils Pistolen sowie Munition gefunden worden.« Rolf Kosiek

Polen als Aggressor 1918-1938

Die Polen sehen sich gern als ein Opferstaat des 20. Jahrhunderts und werden vielfach vom Ausland auch als solcher betrachtet. Das ist jedoch falsch. Richtig ist, daß Polen vor allem Tätervolk war und von 1918 bis 1938 alle seine Nachbarn ohne Ausnahme in Angriffskriegen überfallen und ihnen mehrheitlich nichtpolnische Gebiete geraubt hat. In diesen hat es dann sofort scharfe Polonisierungsmaßnahmen durchgeführt, die andersvölkischen Minderheiten unterdrückt oder zur Flucht veranlaßt. Zwischen 1933 und 1936 hat es sich mehrmals um einen gemeinsamen Angriffskrieg gegen Deutschland bei den Westmächten bemüht. Durch die Verfolgung der Volksdeutschen und seine starre ablehnende Haltung gegenüber berechtigten deutschen Ansprüchen hat es wesentlich zum Zweiten Weltkrieg beigetragen.

Seit der dritten polnischen Teilung im Jahre 1795, die durch den Einmarsch der Russen veranlaßt wurde, hatte es für 121 Jahre keinen selbständigen polnischen Staat mehr gegeben. Nach der Vertreibung der Russen aus deren polnischem Teil proklamierten im Ersten Weltkrieg Deutsche und Österreicher am 5. 11. 1916 ein neues Königreich Polen und setzten bald einen Regentschaftsrat ein, der sich nach der von ihm begrüßten Machtübernahme Jozef PILSUDSKIS am 11. 11. 1918 drei Tage später auflöste. Unter diesem als Staatschef ging Polen in den beiden nächsten Jahrzehnten gegen seine Nachbarn sehr aggressiv vor und brach mehrfach den Frieden, was die anderen Großmächte ohne große Prosteste hinnahmen oder sogar förderten.

Historische Tatsachen sind:

1. Mit dem polnischen Posener Aufstand vom 26. 12. 1918 begann die gewaltsame Besetzung des bis dahin deutschen Posener Landes durch polnische Streitkräfte und die Vertreibung der deutschen Verwaltung und der Amtsenthebung der Beamten aus der in ihrem Westteil mehrheitlich deutsch besiedelten Provinz Posen. Eine deutsche Rückeroberung Posens wurde von den Alliierten untersagt: Am 17. 2. 1919 wurde ein Waffenstillstand für die Posener Front geschlossen. Die gewaltsame polnische Inbesitznahme erfolgte also schon, bevor die Friedensverhandlungen in Versailles begannen, die das Posener Land ohne Volksabstimmung Polen zusprachen.

2. Der gleichzeitige ebenfalls mit Waffengewalt unternommene polnische Versuch, auch das mehrheitlich deutschbewohnte Westpreußen zu erobern, scheiterte am monatelangen Widerstand deutscher Freiwilliger des Grenzschutzes. Obwohl in den für Volksabstimmungen vorgesehenen wenigen Kreisen West- und Ostpreußens am 11. 7. 1920 jeweils mehr als 90 Prozent der Bevölkerung für Deutschland stimmten, was auch im übrigen Westpreußen erfolgt wäre, wurde das zu mehr als 95 Prozent deutsche Danzig eine

>Freie Stadt< und mußte das restliche Westpreußen ohne die Abstimmungsgebiete an Polen abgetreten werden.

3. 1919 fiel die polnische HALLER-Armee unter General Josef HALLER DE HALLENBERG (1873-1960) in das bis dahin zu Österreich gehörende Ostgalizien ein, wo sich gerade die Westukrainische Volksrepublik bilden wollte, eroberte Lemberg und vertrieb bis zum 17. Juli 1919 die letzten ukrainischen Truppen aus Ostgalizien. Gegen den Protest der mehrheitlich ukrainischen Bevölkerung sprach am 21. 11. 1919 die alliierte Botschafterkonferenz Polen ein 25jähriges Mandat über Ostgalizien zu, am 15. 3. 1923 die volle Hoheit über das Land.

4. Als polnische Ostgrenze hatte der Oberste Rat der Alliierten am 8. 12. 1919 die CuRZON-Linie vorgeschlagen, die ungefähr der polnischen Siedlungsgrenze entsprach. Am 26. April 1920 fiel PILSUDSKI mit polnischen Truppen über diese Grenze hinweg in die von den Sowjets besetzte Ukraine ein, vertrieb zusammen mit dem nationalukrainischen General PETLJURA die in den Revolutionswirren noch schwachen Bolschewisten, kam am 8. 5. 1920 bis Kiew, mußte dann vor der sowjetischen Armee bis Warschau zurückweichen, wo er, von Franzosen beraten, im >Wunder an der Weichseh am 16. 8. 1920 die Rote Armee besiegen konnte. Im Frieden von Riga wurde am 18. 3. 1921 die polnische Ostgrenze rund 250 Kilometer östlich der CuRZON-Linie festgelegt, wodurch große mehrheitlich ukrainisch oder weißrussisch besiedelte Gebiete an Polen kamen, das sogenannte Ostpolen, das 1945 wieder an die Sowjetunion fiel.

5. Das vorher russische Litauen war 1915 von deutschen Truppen befreit worden. Am 16. 2. 1918 wurde in der Hauptstadt Vilnius (Wilna) das selbständige Litauen ausgerufen, dem der deutsche Reichstag im März 1918 zustimmte. Nach dem Abzug der deutschen Truppen im Januar 1919 einigten sich Moskau und Warschau, die zunächst beide Ostlitauen mit Vilnius abwechselnd besetzt und beansprucht hatten, darauf, daß dieser Landesteil bei Litauen bleibe. Am 9. 10. 1919 überfiel in einem militärischen Handstreich der polnische General Lucjan ZELIGOWSKI erneut Ostlitauen und eroberte Vilnius. Die gewaltsame polnische Eroberung wurde von der alliierten Botschafterkonferenz am 15. 3. 1923 als polnischer Besitz bestätigt, was Litauen bis 1938 nicht anerkannte.

6. Vor und nach der eine große Mehrheit für Deutschland ergebenden Volksabstimmung in Oberschlesien am 20. 3. 1921 versuchten polnische Streitkräfte (Insurgenten) unter Adalbert KORFANTY von 1919 bis 1921 in mehreren Einfällen und Aufständen unter Mithilfe polnischer Truppen, unter anderem der HALLER-Armee, Oberschlesien zu erobern und so vollendete Tatsachen zu schaffen. Deutsche Freikorpskämpfer verhinderten das. (u. a. deutsche Erstürmung des Annabergs am 21. 5. 1921)



General Joseph HALLER (links im Bild) läßt sich im polnisch-sowjetischen Krieg 1920 die bolschewistischen Stellungen zeigen.

7. Nach dem von den europäischen Großmächten abgeschlossenen Münchener Abkommen vom 29. 9. 1938 zur Vereinigung des geschlossen deutsch besiedelten Sudetenlandes mit dem Deutschen Reich fielen die nicht beteiligten Polen am 2. 10. 1938 nach einem kurzfristigen Ultimatum in das 1920 der Tschechoslowakei zugesprochene Olsa-Gebiet, den westlichen Teil des Teschener Landes, ein und besetzten es gegen den Protest Prags. Die Westmächte waren darüber ungehalten, unternahmen aber sonst nichts. Um den sofort einsetzenden Unterdrückungsmaßnahmen zu entgehen, flohen mehr als 5000 Deutsche in den folgenden Wochen aus diesem Gebiet über die Grenze in das Reich.

8. Am 20. und 21. 10. 1938 besetzten polnische Truppen sechs slowakische Grenzkreise in den Karpaten, so daß eine direkte polnisch-ungarische Grenze entstand und der bestehende >Kleine Korridor< an der Zips beseitigt wurde.

9. Im Frühjahr 1933 und noch einmal im Winter 1933/34 versuchte PILSUDSKI von Warschau aus, Frankreich für einen Angriffskrieg gegen Deutschland zu gewinnen, um weiteres deutsches Land bis zur Oder, insbesondere die damals Freie Stadt Danzig, und Ostpreußen für Polen zu gewinnen. Da sich Frankreich nicht stark genug fühlte und Großbritannien abriet, kam es nicht zu diesem Angriffskrieg gegen das Reich. Zur Vorbereitung dazu ließ PILSUDSKI am 6. März 1933 polnische Truppen auf der zur Freien Stadt Danzig gehörenden Westerplatte landen - eine Völkerrechtsverletzung (siehe Beitrag Nr. 68: Völkerrechtswidrige polnische Truppen auf Westerplatte) - und einige Tage später polnische Einheiten im Korridor zusammenziehen.

10. Nach PiLSUDSKis Tod (12. 5. 1935) bemühte sich am 7. März 1936, am Tage des deutschen Einmarsches in das bis dahin seit 1919 entmilitarisierte

deutsche Rheinland, der neue polnische Außenminister BECK erneut um Frankreichs Mithilfe bei einem Angriffskrieg gegen das Reich: Er versicherte, Polen werde Deutschland im Osten angreifen, wenn Frankreich in Westdeutschland einmarschiere. Als Paris zögerte, reiste BECK übereilt nach London, wo er ebenso sowohl von der Regierung als auch von König EDUARD VIII. eine Absage zu seinen Kriegsplänen erhielt. Warschau wollte also schon 1936 den großen europäischen Krieg gegen Deutschland, um von diesem weitere Gebiete zu erwerben.

11. Im August 1939 nahm Polen eine Reihe von militärischen Grenzverletzungen und Beschießungen deutscher Objekte vor. Allein in den sieben Tagen vom 25. bis 31. 8. 1939 wurden vom deutschen Auswärtigen Amt 43 meist mit Schüssen sowie mit mehreren deutschen Todesopfern verbundene polnische Grenzüberschreitungen dokumentiert. Am 23. 8. 1939 wurde ein deutsches Verkehrsflugzeug auf dem Flug nach Danzig außerhalb polnischen Hoheitsgebietes in der Nähe der Danziger Grenze von polnischer Flak beschossen. Am 25. 8.1939 wurde ein anderes Verkehrsflugzeug von polnischen Kriegsschiffen aus auf offener See bei Danzig beschossen. Schon am 7. 8.1939 hatte der *Ilustrowany Kurjer* in Krakau, eine weitverbreitete polnische Zeitung, geschrieben, daß polnische Einheiten laufend Vorstöße über die Grenze hinweg in deutsches Gebiet unternähmen, um dort militärische Anlagen zu zerstören und Waffen und Geräte der Wehrmacht nach Polen mitzunehmen.

12. Nach der Teilmobilisierung der polnischen Streitkräfte vom 23. 3. 1939 erfolgte von Warschau die Generalmobilmachung in der Nacht zum 24. 8. 1939, zunächst persönlich zugestellt, am 29. 8. öffentlich bekannt gegeben, wobei die polnischen Militärpläne vorsahen, daß eine Generalmobilmachung nur für den Fall befohlen würde, daß Polen sich für den Krieg entschieden habe. Polen hatte sich also zum Krieg entschieden, als in Berlin und anderenorts noch um eine friedliche Lösung und die Beibehaltung des Friedens für Europa gerungen wurde. Rolf Kosiek

Weiterführende Literatur:

Bolko Frhr. VON RICHTHOFEN und Reinhold Robert OHEIM, *Die polnische Legende,* Arndt, Kiel 2001.

Alfred SCHICKEL, *Deutsche und Polen,* Gustav Lübbe, Bergisch Gladbach 1984.

David L. **HoGGAN,** *Der erzwungene Krieg,* Grabert, Tübingen [15]1997.

Auswärtiges Amt (Hg.), *Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges,* Carl Heymanns Verlag, Berlin 1939.

Gotthold RHODE, *Geschichte Polens,* Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt [3]1980.

Ernst VON SALOMON, *Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer,* Wilhelm Limpert, Berlin 1938, Nachdruck: Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur, Struckum 1988.

Franz LÜDTKE und Ernst Otto THIELE, *Der Kampf um deutsches Ostland,* Friedrich Floeder, Düsseldorf 1931.

Hartmut BOOCKMANN, *Ostpreußen und Westpreußen,* Siedler, Berlin 1992.



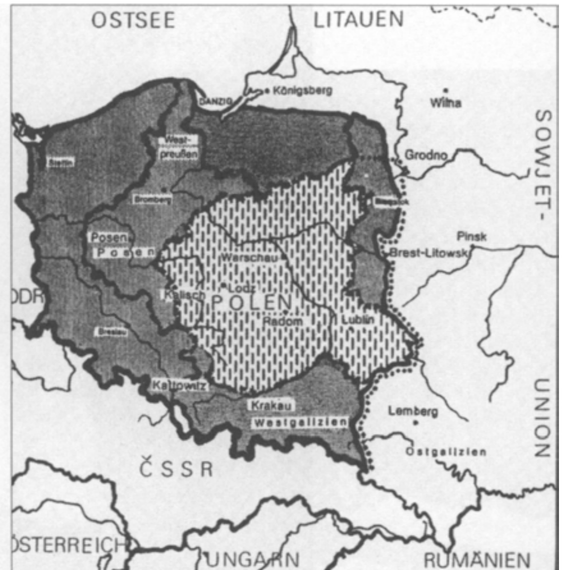
Am 5. 11. 1916 wurde nach Vertreibung der zaristischen Armeen in einer Erklärung des deutschen und des österreichisch-ungarischen Kaisers ein unabhängiges Polen proklamiert.



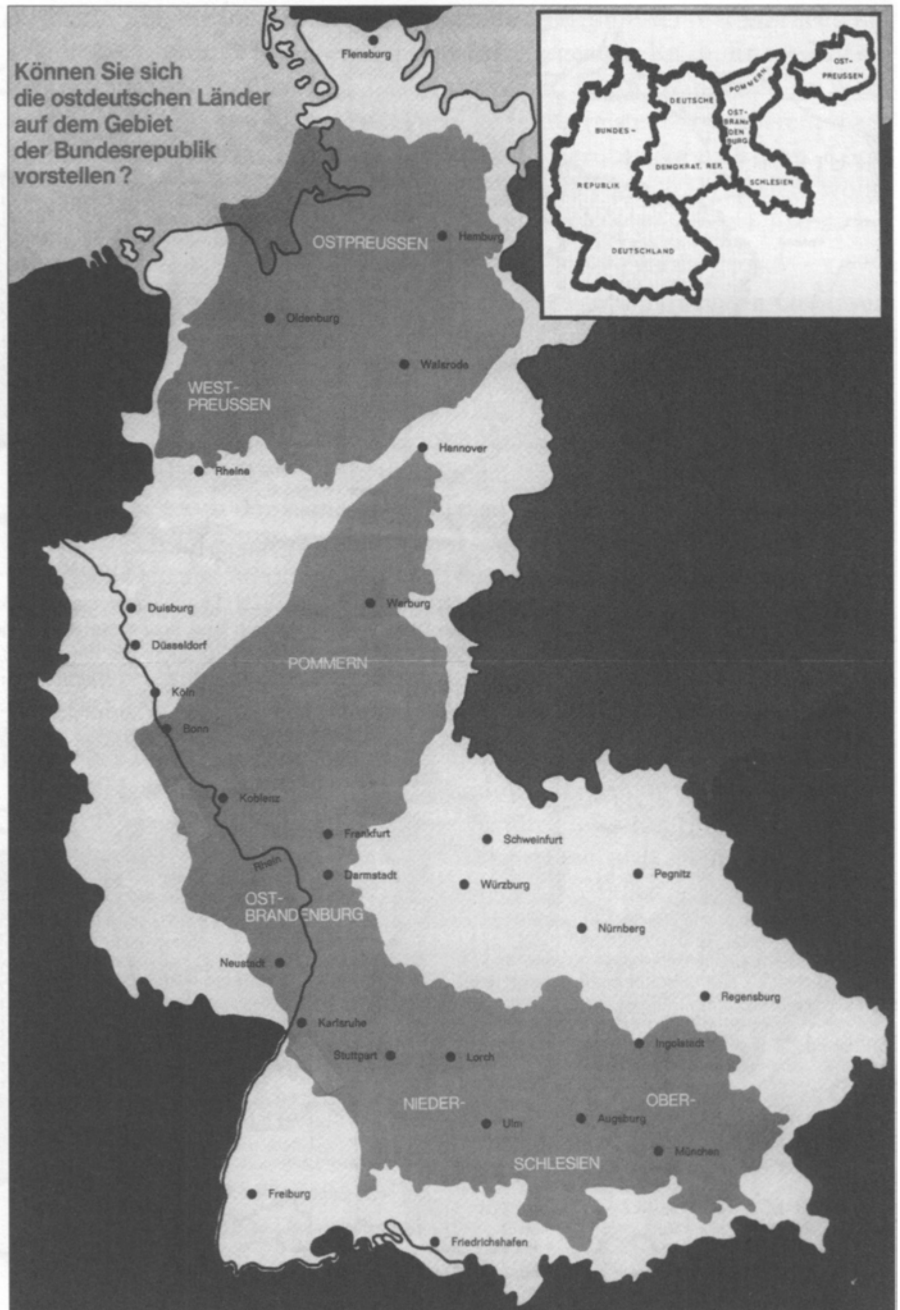
1919/21: Durch das Versailler Diktat erhielt Polen mit Westpreußen und Posen meist mehrheitlich deutschbesiedeltes Land; 1920 auch Teschen; 1921 durch das Diktat von St. Germain (10. 9. 1919) von Österreich-Ungarn auch Westgalizien; 1923 auch Ostgalizien.



1921: Nach dem Krieg gegen Rußland 1920/21 behielt Polen im Frieden von Riga Teile Weißrußlands und der Ukraine sowie das östliche Litauen. Die punktiert eingezeichnete »Curzon-Linie« gibt die östliche Volksgrenze Polens und den Vorschlag der Westalliierten von 1919/20 für die Ostgrenze Polens an.



1945: Auf der Potsdamer Konferenz wurde Deutschland östlich von Oder und Neiße unter polnische, davon das nördliche Ostpreußen unter sowjetische Verwaltung gestellt. Das 1921 von Polen eroberte russische Gebiet fiel an die Sowjetunion zurück.



Ostdeutschland maßstabsgerecht in die Karte der Bundesrepublik (vor 1990) eingefügt: Die deutschen Ostgebiete machen rund ein Viertel des deutschen Volksbodens aus, das Sudetenland und Österreich dabei nicht berücksichtigt.

Der Ulmer Reichswehrprozeß von 1930

In seiner Schrift *Stichwort - 30. Januar 1933* gibt Peter LONGERICH[1] 1992 eine kurze Darstellung des Ulmer Reichswehrprozesses von 1930, die sich durch Weglassen wichtiger Tatsachen auszeichnet. Dadurch entsteht ein gefälschtes Geschichtsbild. So läßt LONGERICH die Namen der drei angeklagten Leutnants weg, vermutlich weil sich darunter der spätere Kommunist Richard SCHERINGER und der spätere hohe SA-Führer Hanns LUDIN befanden. Er erwähnt auch nicht den Namen des betreffenden Regimentskommandeurs, des damaligen Obersten BECK, des späteren Generalstabschefs und Gegners HITLERS. Vor allem erfährt der Leser nicht, mit welcher positiven Einstellung BECK damals dem Nationalsozialismus gegenüberstand.

[1] Peter LONGERICH, *Stichwort — 30. Januar 1933,* Heyne, München 1992.

Die damalige Reichswehr war streng politisch neutral. Die drei Leutnants Richard SCHERINGER, Hanns LUDIN und Hans Friedrich WENDT hatten 1930 in Ulm so etwas wie eine nationalsozialistische Zelle in der Reichswehr gebildet, waren nach München zur NSDAP-Führung gefahren und hatten mit Funktionären dieser Partei Gespräche geführt, was damals als Hochverrat galt, dessen sie dann auch angeklagt wurden. Hochverratsprozesse mußten in der Weimarer Republik vor dem Reichsgericht in Leipzig verhandelt werden.

Der Prozeß in Leipzig begann am 23. September 1930. Kurz vorher hatte ein wichtiges innenpolitisches Ereignis stattgefunden: die Reichstagswahlen vom 14. September 1930, die der Partei HITLERS einen sensationellen Erfolg gebracht hatten: Die NSDAP errang 107 Mandate, während sie bei der vorhergehenden Wahl von 1928 nur 12 Sitze hatte gewinnen können. Das Urteil wurde am 7. Oktober 1930 verkündet. Alle drei Angeklagten erhielten 18 Monate Festungshaft Der Prozeß brachte innenpolitische Sensationen. Von der Verteidigung wurde Adolf HITLER als Zeuge geladen, um über die Ziele der NSDAP auszusagen. Er erklärte, unter der »nationa-



Adolf HITLER als Zeuge im Prozeß gegen drei Reichswehroffiziere vor dem Reichsgericht in Leipzig.

len Revolution« in nationalsozialistischen Veröffentlichungen sei eine »allgemeine geistige und völkische Erhebung des deutschen Volkes zu verstehen«. Er schwor dann seinen >Legalitätseid<, in dem er erklärte, er wolle nur auf legale Weise mit dem Stimmzettel die politische Macht gewinnen und nicht - wie 1923 - einen weiteren Putschversuch machen. Bekanntlich hat er diese Zusage gehalten.

Beachtlich war die Zahl der übrigen Zeugen, unter denen sich auch der Regimentskommandeur Beck befand. Er stellte den beschuldigten Offizieren das beste Zeugnis aus. Weitere Einzelheiten über den Prozeß finden sich unter anderem bei Scheringer oder Salomon.[2]

Die damalige Reichsregierung unter dem sozialdemokratischen Reichskanzler Hermann Müller (nach seinem Wahlkreis Müller-Franken genannt) hatte keine positive Einstellung zur Reichswehr. Reichswehrminister in diesem Kabinett war Wilhelm Groener (1867-1939). Als für den 1. August 1929 die Kommunisten einen sogenannten Antikriegstag angesetzt hatten, unterstützte sie Groener, indem er für diesen Tag ein Ausgehverbot in Uniform für alle Soldaten der Reichswehr erließ. Scheringer und Ludin beklagten sich bei ihrem Regimentskommandeur über diese Vorschrift. Groener verkündete dann auch noch einen >Taschenuhr-Erlaß<: Wer Meldung über nationalsozialistische oder kommunistische Gruppen innerhalb der Reichswehr machte, erhielt eine goldene Taschenuhr!

Eine weitere Sensation war die spätere politische Wendung von Scheringer. Er kam nach der Verurteilung auf die Festung Gollnow in Pommern. Dort saßen auch einige Kommunisten ein. Er wurde von ihnen >ideologisch< bearbeitet und für den Kommunismus gewonnen. Er trat bald der KPD bei. Großen Anteil an dieser >Umerziehung< hatte ein wichtiger Angehöriger der Komintern, Hans Kippenberger (Stalin ließ ihn 1937 in Rußland hinrichten), der am 19. März 1931 im Reichstag die Erklärung und Begründung für Scheringers Übertritt zur KPD verlas.[3] Ludin ging dann zur NSDAP, wurde höherer SA-Führer und später deutscher Gesandter in Preßburg (Slowakei). Hans Friedrich Wendt schloß sich Otto Strasser an, der die Schwarze Front< gegründet hatte und 1930 aus der NSDAP ausgetreten war, und zog sich später in einen bürgerlichen Beruf zurück.

Noch eine Bemerkung zu Oberst Beck. Nahezu alle heutigen Darstellungen über Ludwig Beck sind einseitig und betonen nur, daß er sich später dem Widerstand gegen Hitler zuwandte. Nicholas Reynolds[4] hat als einer der wenigen auch die Einstellung Becks zum Nationalsozialismus zur Zeit des Ulmer Reichswehrprozesses beschrieben. Zu Eugen Ott, dem späteren deutschen Botschafter in Tokio, sagte Beck damals, daß Hitler Deutschlands einzige Chance sei, seine militärische Macht zurückzugewinnen. Daher sah er wie viele andere seiner Zeitgenossen in der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus damals die einzige Voraussetzung für einen deutschen Wiederaufstieg.

[2] Richard Scheringer, *Das große Los. Unter Soldaten, Bauern und Rebellen,* Rowohlt, Hamburg 1959; Ernst von Salomon, *Der Fragebogen,* Rowohlt, Hamburg 1951, S. 352.

[3] Christian Striefler, *Kampf um die Macht,* Propyläen, Berlin 1993.

[4] Nicholas Reynolds, *Beck. Gehorsam und Widerstand,* Limes, Wiesbaden 1977.

Der >Terror der SA< in der Weimarer Republik

Die SA habe den Kampf mit den politischen Gegnern provoziert, sie habe die Veranstaltungen von anderen Parteien gestört, so kann man es in den Geschichtsbüchern lesen.[1] In der Regel wird kaum erwähnt, daß in der Weimarer Republik alle politischen Gruppen ihre uniformierten paramilitärischen Kampfverbände hatten, die auch nicht nur einfache Ordnerfunktionen ausübten: Außer SA und SS der NSDAP gab es den >Stahlhelm<, der den bürgerlichen Rechtsparteien (DNVP und DVP) nahestand, das >Reichsbanner<, der stärkste Wehrverband, stand der SPD nahe, der >Rotfrontkämpferbund< war eine Organisation der KPD. Ein doch wohl unverdächtiger Zeuge, der SPD-Politiker Hoegner, nach 1945 bayrischer Ministerpräsident, schreibt:[2] »Den politischen Kampf gegen den Nationalsozialismus führten wir seit seinen ersten Anfängen. Zuerst glaubte Auer (der bayrische SPD-Vorsitzende, H. W.), die Bewegung durch einen Gewaltstreich unterdrücken zu können. Aber die Sache ging schief. Die in die Hitlerversammlung, . . . eingeschleusten Sendlinger Arbeiter wurden bei dem Versuch, die Versammlung durch Zwischenrufe und Lärm zu sprengen, von bewaffneten Nationalsozialisten. . . jämmerlich zusammengeschlagen.« Die Störung ging also von links aus.

Trotz dieser und anderer Aussagen werden die Gewaltaktionen der >Linken<, auch der Kommunisten, heute immer wieder als >Notwehr< zum Schutz der Republik dargestellt, wie der Historiker Christian Striefler in seinem Buch *Kampf um die Macht* gründlich belegt.[3] Er schreibt dann aber:[4] »Zumindest in der Reichshauptstadt waren die Kommunisten häufiger Angreifer als die Nationalsozialisten. Dies mag beispielsweise in Schlesien oder Bayern anders gewesen sein, müßte aber erst bewiesen werden. Statt dessen wird den SA-Leuten meist abnormes Verhalten unterstellt.« Für die aggressive Haltung der >linken Kampfverbände< sprechen aber auch die Verlustzahlen. 1931 wurden getötet oder verletzt: Nationalsozialisten 4699, Stahlhelm 625, Reichsbanner 1696, Kommunisten 1228. Als Täter konnten festgestellt werden: Nationalsozialisten in 2589 Fällen, Stahlhelm in 320 Fällen, Reichsbanner in 1884 Fällen und Kommunisten in 4184 Fällen. Allgemein beschlagnahmte die (sozialdemokratisch geführte) preußische Polizei viel häufiger Waffen aller Art bei Kommunisten als bei Nationalsozialisten.[5] Es soll nun bestimmt die SA nicht zu einer Art Heilsarmee erklärt werden, aber in Deutschland herrschte in jener Zeit ein latenter Bürgerkrieg, den die SA nicht begonnen hatte. Striefler betont, daß - im Gegensatz zur KPD, die ständig die Repräsentanten der staatlichen Ordnung angriff - sich die Gewaltbereitschaft der NSDAP nicht gegen diese, sondern in erster Linie gegen die Bedrohung durch die KPD wandte.[6] Die NSDAP erhielt gerade wegen ihrer militant antikommunistischen Haltung Zulauf, da man von ihr die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung erhoffte, was die Weimarer Republik nicht fertigbrachte.

[1] Z. B. Egner, Kraume u. a., *Demokratie und Diktatur, Deutsche Geschichte 1918-1945. Materialien für den Sekundarbereich II Geschichte,* Schroedel-Schöningh, Hannover 1986, S. 102 f.; Mickel, Kampmann, Wiegand, *Politik und Gesellschaft,* Bd.2, Schroedel-Schöningh, Hannover 1980, S. 149.

[2] Wilhelm Hoegner, *Der schwierige Außenseiter,* Isar, München 1959, S. 18.

[3] Christian Striefler, *Kampf um die Macht,* Propyläen, Berlin 1993, u. a. S. 18 ff. u. S. 448.

[4] Ebenda, S. 16.

[5] Ebenda, S. 312 ff.

[6] Ebenda, S. 16.

Propaganda-Fahrt der SA-Standarte 10 mit Fackeln. In dem Wehrverband herrschte zunächst das jugendliche Element vor. Prominente Adlige wie Prinz AUGUST WILHELM von Preußen waren der Organisation beigetreten.



Trotz Verbots durch den Berliner Polizeipräsidenten ZÖRGIEBEL veranstalteten die Kommunisten ihre Maikundgebungen 1929 und lieferten sich mit der Polizei heftige Straßenschlachten, bei denen etliche Todesopfer zu verzeichnen waren. Das Bild zeigt den Ausnahmezustand in den Berliner Stadtteilen Neukölln und Wedding nach dem 1. Mai 1929: Passanten werden auf Waffen und Papiere durchsucht.



Die Militanz aller politischen Richtungen belegt auch der bekannte Autor Heinz HÖHNE in dem *Spiegel*-Buch *Die Machtergreifung.*[7] *Der* unter dem Pseudonym Jan VALTIN schreibende ehemalige hohe kommunistische Funktionär Hans KREBS schildert genau den (von Moskau aus geleiteten) Kampf der KPD um die Macht in Deutschland und gibt Beispiele an.[8] Er schreibt zum Beispiel:[9] »Eines Morgens. .. war ein Trupp von sieben jungen Nazis dabei, an den Eingängen zum Hafen Propagandaschriften zu verteilen. Johnny DETTMERS Mannschaft schlich.. . hinter ihnen her und erschoß alle sieben von hinten. An einem anderen Tag marschierten Buben und Mädel der Hitler-Jugend zu einem Dampfer.. . Hinter Bäumen und Sträuchern lag Johnny DETTMERS Mannschaft im Hinterhalt. Jungen und Mädchen, alle unter sechzehn wurden ohne Unterschied von den Dumdum-Geschossen aus den Pistolen der >Roten Marine< getroffen.«[10]

Die Weimarer Republik ging nicht am SA-Terror zugrunde, sondern daran, daß sie die vorrangige Aufgabe eines jeden Staates nicht erfüllen konnte, nämlich Ruhe und Ordnung durchzusetzen, und daß der Parteiegoismus über das allgemeine Wohl gesetzt wurde.

7 Heinz HÖHNE, *Die Machtergreifung,* Hamburg 1983.
8 Jan VALTIN, *Tagebuch der Hölle,* Kiepenheuer und Witsch, Köln-Berlin 1957.
9 Ebenda, S. 287.

10 Vgl. auch: Beitrag Nr. 61: »Weimarer Republik und politischer Mord«.

Die Legende vom Ludendorff-Brief

Als Adolf HITLER am 30. Januar 1933 vom Reichspräsidenten VON HINDENBURG das Amt des Reichskanzlers übertragen wurde, prophezeiten viele hochrangige Zeitgenossen, daß er bald scheitern oder in dem damals gebildeten Kabinett von der Mehrheit nichtnationalsozialistischer Minister in Schach gehalten werde. In schärfstem Gegensatz dazu steht ein angeblich »zwei Tage nach HITLERS Ernennung zum Reichskanzler«[1] von General a. D. Erich LUDENDORFF an HINDENBURG geschriebener, von der Umerziehung im Nachkriegsdeutschland vielzitierter Brief, in dem es heißt: »Sie haben durch die Ernennung HITLERS zum Reichskanzler unser heiliges deutsches Vaterland einem der größten Demagogen aller Zeiten ausgeliefert. Ich prophezeie Ihnen feierlich, daß dieser unselige Mann unser Reich in den Abgrund stürzen und unsere Nation in unfaßbares Elend bringen wird. Kommende Geschlechter werden Sie wegen dieser Handlung in Ihrem Grabe verfluchen.«[2] 1958 wurde in einem offiziellen Gutachten des Münchner Instituts für Zeitgeschichte durch Hans BUCHHEIM die >Echtheit< dieses Briefes festgestellt.[3] In dem Gutachten wurde als Quelle das Buch des ehemaligen Generalgouverneurs Hans FRANK, *Im Angesicht des Galgens,* angegeben, das dieser in der Nürnberger Todeszelle 1945/46 geschrieben hat. Seitdem wurde dieser LUDENDORFF-Brief oft in Büchern,[4] Artikeln[5] oder im Fernsehen[6] erwähnt, auch in verschiedenen leicht abgewandelten Formulierungen, als Brief oder Telegramm vom 30. 1., 31. 1. oder 1. 2. 1933. Doch dieser Brief ist eine Legende, es hat ihn nie gegeben.[7] Das in aller Deutlichkeit herausgestellt und bewiesen zu haben, ist kennzeichnenderweise für die nachkriegsdeutsche Geschichtswissenschaft wieder einem Hobby-Historiker, dem auch für die Wahrheits-



Erich LUDENDORFF
(1865-1937)

---

[1] So im Gutachten des Hans BUCHHEIM *Die organisatorische Entwicklung der Ludendorff-Bewegung und ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus* des Instituts für Zeitgeschichte, München, vom 10. 7. 1958, S. 367.
[2] Ebenda.
[3] Hans BUCHHEIM, aaO. (Anm. 1).
[4] Z. B. Ernst DEUERLEIN, *Der Aufstieg der NSDAP in Augenzeugenberichten,* dtv, München 1980, S. 418.
[5] Z. B. Golo MANN in: *Spiegel Spezial 100Jahre Hitler,* 1989, S. 27; Rudolf AUGSTEIN in: *Der Spiegel* vom 10. 4. 1989, S. 126.
[6] Z. B. Sebastian HAFFNER in der ARD-Diskussion vom 20. 4. 1989: »Was ist von Hitler geblieben?«.
[7] Fritz TOBIAS, »Ludendorff, Hindenburg, Hitler. Das Phantasieprodukt des Ludendorff-Briefes vom 30. Januar 1933«, in: Uwe BACKES u.a. (Hg.) *Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus,* Propyläen-Verlag, Frankfurt/M.-Berlin 1990, S. 319-343.

findung über den Reichstagsbrandprozeß[8] verdienten Fritz TOBIAS, zu verdanken.

In seiner ausführlichen Beweisführung geht TOBIAS auf das Verhältnis LUDENDORFFS zu HITLER ein, auf HITLERS Werben um ihn, die Aussöhnung beider am 30. März 1937, HITLERS letzten Besuch am 7. 12. 1937 wenige Wochen vor LUDENDORFFS Tod - alle diese Umstände machen einen solchen Brief schon höchstunwahrscheinlich. Der Brief konnte auch nie gefunden werden, nie hörte man von ihm vor 1945. Er befand sich auch nicht bei dem vollständig erhaltenen schriftlichen Nachlaß LUDENDORFFS. Zudem hat LUDENDORFF in seinen *Lebenserinnerungen* gerade nicht HINDENBURG, sondern eher SCHLEICHER und HUGENBERG für die Ernennung HITLERS verantwortlich gemacht.

Nach dem 16. 6. 1933 hat LUDENDORFF zwar, worauf TOBIAS hinweist,[9]mehrere Briefe und Telegramme an HINDENBURG gerichtet, in denen er sich gegen die Verfolgung von Anhängern der LuDENDORFF-Bewegung und das Verbot seiner Zeitschrift *Volkswarte* wandte. Dabei hat er auch vor Entwicklungen in der Zukunft gewarnt und dafür dem ihm persönlich verhaßten Reichspräsidenten - der den eigentlich LUDENDORFF zustehenden Hauptruhm an den Siegen von Tannenberg und Masuren genoß - die Schuld zugeschoben. Offensichtlich hat Hans FRANK diese Briefe vom Sommer und Herbst 1933 später gelesen und hat sich dann bei der späteren Niederschrift in Nürnberg im Datum wie auch in der Hauptaussage - der Schuldzuschreibung wie dem >Fluch< - geirrt. Bei diesen späteren Briefen hat LUDENDORFF seinen angeblichen Brief von Ende Januar 1933 nicht erwähnt, was naheliegend und wozu die beste Gelegenheit gewesen wäre, wie auch die Witwe Mathilde LUDENDORFF bei ihrem Spruchkammerverfahren 1951 - vor Erscheinen des FRANK-Buches - davon nichts wußte und den Briefinhalt nicht erwähnte, dagegen andere gegen HITLER gerichtete Aussprüche des Feldherrn sowie die späteren oben erwähnten Briefe vorbrachte.

Wieder bezeichnend für die Lage der heutigen Geschichtsschreibung und des Geschichtsunterrichts in Deutschland ist, daß trotz dieser eindeutigen Widerlegung die Mär vom LUDENDORFF-B rief und sein Inhalt auch in der späteren Auflage eines Geschichtsbuches für die Oberstufe der Gymnasien[10]von 1994 als >Quelle< noch enthalten waren, obwohl die Richtigstellung schon eine Reihe von Jahren zurücklag. Die Jugend soll eben weiter in dem falschen Umerziehungsbild erzogen werden.

---

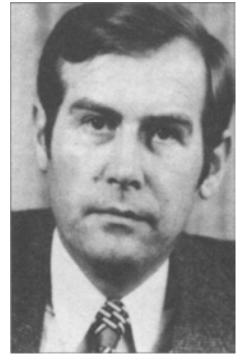
[8] Fritz TOBIAS, *Reichstagsbrand,* Grote'sche Verlagsbuchhandlung, Rastatt 1962.

[9]TOBIAS, »Ludendorff...«, aaO. (Anm. 7), S. 337.

[10] Wolfgang W. MICKEL (Hg.), *Geschichte, Politik und Gesellschaft. Lehr- und Arbeitsbuch für Geschichte in der gymnasialen Oberstufe,* Bd. 1, Cornelsen Verlag, Berlin [3]1994, S. 325.

Eberhard Jäckel, Konrad Kujau und die Frühschriften Hitlers

Es gehört zu den ritualisierten Strategien der sogenannnten etablierten bundesrepublikanischen Geschichtsschreibung, auf Argumente revisionistischer Historiker nicht eingehen beziehungsweise diese nicht widerlegen zu müssen, indem man sie verharmlosender Absichten oder fachlicher Unfähigkeit bezichtigt. Im Gegenzug dazu wird stets betont, die staatlich besoldeten Historiker seien »renommiert«, »kompetent«, »fachlich ausgewiesen« und »international anerkannt«. Der ehemalige Ordinarius an der Universität Stuttgart, Prof. Dr. Eberhard Jäckel, ist eine solche >ausgewiesene< Koryphäe, einer der bundesdeutschen Gralshüter >korrekt< interpretierter Zeitgeschichtsforschung und Verfasser von Standardwerken.


Eberhard Jäckel, Jahrgang 1929. – hier um 1980.

Neben akademischem Umgang begab sich der Historiker auch regelmäßig in die Niederungen von Sammler- und Händlerkreisen, die mit historischen Gegenständen, Militaría, Dokumenten, Autographen und auch Devotionalien vor allem aus der Zeit des Dritten Reiches befaßt waren und durchaus dem Dunstkreis nationalkonservativer Kreise zugerechnet werden dürfen. Berührungsängste und Hemmschwellen sanken in dem Maß, in dem es etwas zu >entdecken< gab, was der eigenen akademischen Karriere förderlich war. Jäckel wußte dabei nur zu gut, daß nur eine einzige Epoche für mediale Sensationen sorgen konnte: das Dritte Reich und vor allem dessen Galionsfigur Adolf Hitler. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre traf er in Stuttgart einen Militariahändler namens Konrad Fischer, der ihn mit immer interessanteren, bedeutenderen und bald darauf sensationellen unbekannten Dokumenten, Postkarten und Bildern aus der Feder des ehemaligen Reichskanzlers versorgte, wie ein Drogendealer seine Junkies mit immer stärkeren Dosen von Heroin bedient.

1980 schließlich sah sich Jäckel in der Lage, einen Aufsehen erregenden Band der historisch interessierten Öffentlichkeit vorlegen zu können: *Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905 bis 1924*[1]

Auf gut 1000 Seiten hatte Jäckel dort sämtliche bislang bekannten Aufzeichnungen, Briefe und andere kurzen schriftlichen Hinterlassenschaften Hitlers zusammengetragen, herausgegeben und umfangreich kommentiert. Über 660 Dokumente, von denen zahlreiche bis dahin unbekannt waren und auf bestimmte Schlüsselereignisse der Frühphase der NSDAP ein neues Licht warfen, veranlaßten Persönlichkeiten des publizistischen und wissenschaftlichen Lebens zu geradezu hymnischen Lobpreisungen dieser Mammutedition. Der Journalist und Mitherausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* Joachim Fest, selbst Verfasser einer über 1000 Seiten starken Hitler-Biographie,

[1] Eberhard Jäckel, *Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924,* DVA, Stuttgart 1980.

lobte dieses neue Standardwerk in der *FAZ*[2] ebenso wie Professor Dr. Andreas HILLGRUBER in der *Historischen Zeitschrift.*[3] FEST hatte sich unter anderem zu folgenden Ausführungen hinreißen lassen:

»Das Werk ist mustergültig plädiert. Es beschränkt sich nicht nur auf die Texte selber, sondern nennt in den begleitenden Notizen, neben der Fundstelle, beispielsweise auch die Umstände jener frühen Redeauftritte HITLERS, den Ort, die Dauer der Veranstaltung, die Zuhörerzahlen, die Namen anderer, gleichzeitig auftretender Redner etc. Auf diese Weise kann das Werk, über die Person HITLERS hinaus, auch der soziologischen, psychologischen und publizistischen Forschung Hinweise vermitteln.«[4]




Konrad KUIAU.

Der Kölner Ordinarius HILLGRUBER hatte in der renommierten *Historischen Zeitschrift* festgestellt:

»Mit dieser Edition, von der sich JÄCKEL trotz der gegenläufigen Tendenz in der bundesdeutschen Forschung zur Geschichte des Nationalsozialismus, die zu großen Teilen (aus unterschiedlichen Motiven) von der Person HITLERS wegstrebt, nicht abbringen ließ - wofür ihm Dank und Respekt gebührt -, ist eine im Vergleich zum bisherigen Stand sehr breite Basis gelegt worden, von der einerseits weitere Editionsvorhaben (geplant ist neben der schon genannten kritischen Edition der HITLER-Bücher auch eine - angesichts des Umfangs sicher nicht mehr als Texte, wohl aber ihre Fundstellen systematisch erfassende - Ausgabe mit den Aufzeichnungen HITLERS aus den Jahren 1925-1933) ausgehen werden, die vor allem aber der Forschung über die Frühgeschichte der NSDAP und über die Rolle, die HITLER in ihr spielte, starke Impulse zu geben vermag.«[5]

»Starke Impulse« waren der Forschung bereits gegeben worden. So wußte man nun durch ein >Schlüsseldokument<, daß HITLER in *Mein Kampf* die Unwahrheit gesagt hatte, als er behauptete, durch eine eher zufällige Postkarte in September 1919 in die Deutsche Arbeiterpartei aufgenommen worden zu sein.[6] Ein von JÄCKEL »aufgefundenes« und sogar als Titelbild publiziertes Dokument legte hingegen ein Aufnahmegesuch Hitlers dar.

Es lautet: »Adolf HITLER, Gefreiter/Reichswehrgruppenkommando, München, Deutsche Arbeiterpartei, München, Sterneckerbräu München, den 19. Oktober 1919. Ich bitte um Aufnahme in die Deutsche Arbeiter-Partei. Bin 30 Jahre alt, habe von 1914 bis 1918 als Frontsoldat im Felde gestanden, bin ausgezeichnet zuletzt mit dem E.K.I. Mein Beruf ist Kaufmann, möchte aber Werberedner werden, man spricht mir diese Begabung zu. Da ich am 3. Okt.

---

[2] *Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.* 7. 1981.

[3] *Historische Zeitschrift,* Bd. 234 (1982), S. 484.

[4] *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* aaO. (Anm. 2).

[5] *Historische Zätschrift,* aaO. (Anm. 3), S. 484.

[6] Adolf HITLER, *Mein Kampf,* Eher, München 1935, S. 238 f.



Eine Aufnahme Adolf HITLERS aus dem von JÄCKEL behandelten Zeitraum: 1905–24: hier bei der sogenannten »Fahnenrede«, die er am 28. Januar 1923 auf dem ersten Reichsparteitag der NSDAP in München hielt.

ihre Versammlung besuchte, bitte ich, auch als zahlender Eingeschriebener aufgenommen zu werden. In Erwartung Ihrer Nachricht Adolf HITLER.«[7]

Doch leider handelte es sich bei diesem wie auch bei 80 anderen Dokumenten der Sammlung um Fälschungen aus der Feder Konrad KUJAUS, eines Sachsen, der bis 1957 in Dresden Kunst studierte und seine Studien nach seiner Übersiedlung in die BRD bis 1961 in Stuttgart ohne Abschluß fortsetzte. Er half fortan bei Restauratoren und Kunstmalern aus, befaßte sich mit mehreren alten und modernen Künstlern und begann, zunächst im kleinen Stil, später in Akkordarbeit Dokumente aus der Zeit des Dritten Reichs und dabei insbesondere von Adolf HITLER ZU fälschen. Während sich Eberhard JÄCKEL immer wieder im Hinterzimmer des Ladenlokals mit KUJAU, der sich ihm als Konrad FISCHER vorgestellt hatte, traf, bisweilen auch in Gesellschaft von Professor PRIESACK, erschienen nun zahlreiche neue Einschätzungen der Frühphase der NSDAP, vor allem in der DDR, die sich dabei auf JÄCKEL, FEST und HILLGRUBER beriefen. Und dies auch noch, nachdem zahlreiche Dokumente als teilweise plumpe Fälschungen entlarvt worden waren. Konrad KUJAU hatte die Dokumente angeblich aus amerikanischen und später ostzonalen Quellen erhalten. Nachdem auch von Professor Dr. August PRIESACK aus München die Echtheit einer Reihe von Dokumenten angezweifelt worden war, trat JÄCKEL die Flucht nach vorn an und veröffentlichte in den *Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte* eine nur wenige Zeilen umfassende

---

[7] JÄCKEL, *Hitler*, aaO. (Anm. 1), Titelbild. Ausführlicher ist der Vergleich nachzulesen bei: Werner MASER, *Fälschung, Dichtung und Wahrheit über Hitler und Stalin,* Olzog, München 2004, S. 120 ff.

Warnung an seine Kollegen, weite Teile seiner Edition nicht als angebliche Hitler-Hinterlassenschaft zu verwenden. Es muß allerdings hinzugefügt werden, daß Jäckel versucht hatte, die materielle Echtheit der Dokumente beim Bundeskriminalamt überprüfen zu lassen. Er sollte allerdings Jahre auf eine Antwort warten, da die technischen Abteilungen dieser Behörde bisweilen mit der sprichwörtlichen Geschwindigkeit des Reichskammergerichts zu Wetzlar zu arbeiten schienen.

Jäckel ließ sich aber durch diese Erfahrungen nicht entmutigen. Er arbeitete bereits an einer zweiten Karriere als weltweiter Vermarkter der Hitler-Tagebücher, die er unbedingt herausgeben wollte. Diesen eher populärwissenschaftlichen Bereich betrat er dann in der zeitgeschichtlichen Redaktion des Sensationsmagazins *Stern*, in dessen Nummer 44 er am 23. Oktober 1980 vier Postkarten beziehungsweise Gedichte, die Adolf Hitler im Ersten Weltkrieg an der Westfront gemalt oder geschrieben haben sollte, veröffentlichte. Unter dem Titel »Gereimtes vom Gefreiten H.« machte er sich über scheinbare Knüttelverse und zweitklassige Zeichnungen lustig. Weniger lustig war, daß es sich auch bei diesen Zeichnungen, für deren Veröffentlichung der *Stern* dem Herrn Professor die stolze Summe von 3000 DM Honorar überwies, das nie zurückgezahlt wurde, um Machwerke Konrad Kujaus handelte. Der Historiker stand auch fortan in enger Beziehung zum Fälscher und zum *Stern,* als dort die Veröffentlichung der Hitler-Tagebücher vorbereitet wurde, die Jäckel so gern selbst übernommen hätte, aber nicht finanzieren konnte. Der große Experte Eberhard Jäckel gab dann auch mit gewichtiger Miene Ende April 1983 in einer Expertenrunde des ZDF bekannt, daß es sich bei den Hitler-Tagebüchern um zweifelsfrei echte Dokumente handele. Hierbei befand er sich in bester Gesellschaft mit zahlreichen anderen Koryphäen der Zeitgeschichtsschreibung, darunter auch dem britischen Professor Trevor-Roper. Allein das *enfant terrible* der Zunft, David Irving, bezeichnete die Tagebücher als Fälschung. Der Ruf des >Gelehrten< war nach der Enthüllung der Fälschung nicht etwa, wie man hätte annehmen können, für längere Zeit ruiniert. Er verlagerte seinen Einsatz nun mit seinem *alter ego* Lea Rosh auf vehementes Eintreten für die Interessen Israels. Diese beiden besuchten den jüdischen Staat auch kurz vor Ausbruch des ersten Irak-Krieges. Auch hier konnte ihnen eine unglaubliche Peinlichkeit nicht erspart werden. Trotz aller Ergebenheitsadressen und der Beteuerung, wie wichtig gerade in jenen Tagen das Eintreten für das Lebens- und Existenzrecht Israels sei, wurden Lea Rosh und Eberhard Jäckel am Abend vor dem amerikanischen Angriff auf den Irak dabei gefilmt, wie sie trotz aller ausgegebenen Durchhalteparolen versuchten, mit der letzten Maschine den israelischen Luftraum zu verlassen. Entdeckt stammelten sie in die Kamera, wie wichtig es sei, nun zu Israel zu stehen und auch dort gemeinsam den Verlauf des Krieges abzuwarten, doch leider hätten sie einen ganz wichtigen, unaufschiebbaren Termin in Deutschland wahrzunehmen. Honni soit qui mal y pense! (Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!) Olaf Rose

DDR-Generaloberst Mielke - ein Mörder

In der Biographie Erich HONECKERS von Dieter BORKOWSKI und in Christian STRIEFLERS Buch *Kampf um die Macht* wird über ein Verbrechen berichtet,[1] das am Sonntag, dem 9. August 1931, in Berlin am Bülowplatz in der Nähe des Karl-Liebknecht-Hauses, der Parteizentrale der Kommunisten, stattfand. Für den Abend, an dem die Ergebnisse des Volksentscheids über die Auflösung des Preußischen Landtages bekannt gegeben werden sollten, waren von der KPD Gewalttaten angesagt worden. Gegen 20 Uhr verließen die Polizeihauptleute Paul ANLAUF, der Leiter des nahe dem Bülowplatz gelegenen 7. Reviers, und Franz LENK sowie Oberwachtmeister WILLIG ihre Dienststelle. In der Weydingerstraße wurden die drei Polizisten von hinten angerufen und beschossen. ANLAUF und LENK starben schnell, WILLIG wurde schwer verletzt. Auf herbeieilende Polizisten wurde ebenfalls geschossen, wobei noch ein Sechzehnjähriger getötet wurde.

Der Mord war am 5. August in Dresden von der KPD beschlossen, am 8. August im Karl-Liebknecht-Haus vom Polit-Büro der KPD geplant worden. Die beiden Mörder hießen, wie später auch gerichtlich festgestellt wurde, Erich MIELKE und Erich ZIEMER. Sie konnten im Schutz der allgemeinen Verwirrung, und gedeckt von ihren Kumpanen, auf vorbereiteten Fluchtwegen in die Sowjetunion entkommen. Der erstere wurde später der jahrzehntelang gefürchtete Stasi-Chef und Generaloberst der DDR.

Bezeichnend und lehrreich ist nun, wie und wo die Verantwortung für diese Bluttat verschwiegen wird. So beschreibt der frühere langjährige Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Herbert WEHNER, der wie MIELKE als Kommunist in den dreißiger Jahren in Moskau tätig war, in seinem Buch *Zeugnis*[2] durchaus die Vorgänge im Jahre 1931 in Berlin, berichtet auch von der Ermordung der beiden Polizeibeamten, schweigt aber diskret darüber, wer die Mörder waren, obwohl er genau darüber Bescheid wußte: seine Parteigenossen MIELKE und ZIEMER.

Dasselbe gilt für ein anderes in der Bundesrepublik erschienenes Buch. In der *Edition Zeitgeschehen* hat Hermann WEBER das für die Bundeszentrale für Politische Bildung in vielen Auflagen erschienene Werk *DDR Grundriß der Geschichte 1945-1981* herausgegeben. Darin findet sich eine Kurzbiographie[3]

---

[1] Dieter BORKOWSKI, *Honecker,* C. Bertelsmann, München 1987; Christian STRIEFLER, *Kampf um die Macht,* Propyläen, Berlin 1993, S. 256 ff. Dort auch weitere eindrucksvolle Beispiele für KPD-Gewalttaten und -Morde.

[2] Herbert WEHNER, *Zeugnis,* Kiepenheuer und Witsch, Köln 1982, S. 38-42.

[3] Hermann WEBER, *DDK Grundriß der Geschichte 1945-1981,* Fackelträger, Hannover »1982, S. 171.

des als Stasi-Chef für die damalige DDR wichtigen Erich MIELKE. Auch dabei wird der gerichtlich festgestellte Mord MIELKES von 1931 diskret übergangen und verschwiegen: Das ist Geschichtsverfälschung durch Weglassen.

Selbst das *Große Duden-Lexikon* von 1966, das MIELKE acht Zeilen widmet, unterschlägt den Mord von 1931.[4]

Man stelle sich vor, ein Bundesminister hätte sich mit dem gerichtlich abgesicherten Vorwurf eines persönlich begangenen Mordes auseinandersetzen müssen! Oder man vergleiche die Auswirkung der unberechtigten Vorwürfe gegen den Bundesminister Theodor OBERLÄNDER! Dagegen kann ein mit einem Mord belasteter Kommunist jahrzehntelang in Amt und Würden bleiben und wird auch dann von bundesdeutscher Justiz und Öffentlichkeit geschont.

Der am 28. Dezember 1907 in Berlin geborene MIELKE trat 1921 dem Kommunistischen Jugendverband und 1925 der KPD bei. Früh machte er durch Terrortaten gegen Andersdenkende von sich reden. Nach dem Mord an den beiden Polizisten konnte er sich über Belgien nach Moskau absetzen. 1934 wurde er in Abwesenheit von einem Berliner Gericht des Doppelmordes für schuldig befunden. Nach Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg gelangte er wieder nach Moskau, wo er alle Säuberungen STALINS überstand und von wo er 1945 als Offizier der Roten Armee nach Berlin zurückkehrte. In Ost-Berlin wurde er 1950 Staatssekretär im Ministerium für Staatssicherheit (Stasi) und 1957 Stasi-Minister, was er als Chef über zuletzt 92 000 hauptamtliche und 170000 inoffizielle Stasi-Mitarbeiter[5] und ab 1980 im Rang eines Generalobersten bis zur Wende 1989 blieb. Nach Erstellung vieler ärztlicher Gutachten zu seinem vorgetäuschten schlechten Gesundheitszustand wurde er 1993 wegen des Polizistenmordes von 1931 zu sechs Jahren Haft verurteilt, von denen er einschließlich der Untersuchungshaft 1904 Tage absaß.[6] Weitere Anklagen wegen seiner Tätigkeit und Verantwortung als Stasi-Minister wurden aus Krankheits- und Altersgründen eingestellt. Seinen 90. Geburtstag konnte er schon wieder bei bester Gesundheit in Freiheit in Berlin-Hohenschönhausen verleben. Er starb am 21. Mai 2000 in Berlin.[7] Rolf Kosiek

---

[4] Bibliographisches Institut (Hg.), *Das Große Duden-Lexikon in acht Bänden,* Mannheim 1966, Bd. 5, S. 501.
[5] *Der Spiegel,* Nr. 52, 1997, S. 54.
[6] Ebenda, S. 55.
[7] Mehr zur Person MIELKES u. a. in: FZ (Hg.), *Prominente ohne Maske Neu,* FZ, München 2001, S. 341 f.; Wilfriede OTTO, *Erich Mielke. Biographie. Aufstieg und Fall eines Tschekisten,* Dietz, Berlin 2000.

NS-Finanzierung durch deutsche Großindustrie?

Seit Anfang der dreißiger Jahre und verstärkt in der Nachkriegszeit - insbesondere bei den Nürnberger Prozessen und von den Historikern im Ostblock - wurde immer wieder behauptet, daß die deutsche Großindustrie und das Großkapital durch kräftige Finanzierung der NSDAP wesentlich zum schnellen Aufstieg HITLERS und zu seiner Machtübernahme 1933 beigetragen hätten: HITLER sei vom Großkapital gekauft worden, von diesem gesteuert gewesen und ihm hörig geblieben. So zeigt eine Fotomontage von Johann HERZFELD aus dem Jahre 1932 HITLER von der Seite beim Heilgruß mit nach oben geöffneter Hand, in die ein hinter ihm stehender weit größerer Mann - offensichtlich ein Vertreter der Kapitalisten - ein Bündel von 1000-Markscheinen legt. Im Bild heißt es: »Der Sinn des Hitlergrusses - Millionen stehen hinter mir. Kleiner Mann bittet um große Gabe.«[1]Bei einem der Nürnberger Nachfolgeprozesse urteilte der amerikanische Hauptankläger Telford TAYLOR ähnlich: »Ohne die Zusammenarbeit der deutschen Industrie und der Nazipartie hätten HITLER und seine Parteigenossen niemals die Macht in Deutschland ergreifen und festigen können, und das Dritte Reich hätte nie gewagt, die Welt in einen Krieg zu stürzen.«[2]Doch diese Ansicht ist offensichtlich falsch,
wie der Würzburger Geschichtsordinarius Rainer F. SCHMIDT in einem 15seitigen Aufsatz nachwies.[3] Die mit vielen Zahlen und Belegen vorgetragene Beweisführung kommt für die einzelnen Phasen des Aufstiegs der NSDAP zu den folgenden, die herrschende Meinung korrigierenden Ergebnissen über die Finanzierung der Partei.



[1] Fotomontage von Johann HERZFELD für Titelblatt der *Arbeiter-Illustrierten-Zeitung* vom 16. 10. 1932; auch in: Roland MÄRZ, *Heartfield montiert, 1930-1938,* Leipzig 1993, S. 174.

[2] Zit. in: Eberhard CziCHON, *Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik,* Köln 1978, S. 13 ff.

[3] Rainer F. SCHMIDT, »>Millionen stehen hinter mir< - Der wahre Sinn des Hitlergrußes. Zur Finanzierung der NSDAP vor 1933«, in: *Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft,* Bd. 16, 2003, S. 140-154. Die Fotomontage wird auf S. 140 wiedergegeben.

1. In der Zeit von 1919 bis 1923 bekam die zunächst sehr finanzschwache NSDAP vor allem Spenden von Geldgebern aus dem persönlichen Bekanntenkreis HITLERS. Hinzu traten wenige Unterstützungen aus dem Ausland wie die von dem amerikanischen Autohersteller Henry FORD. Einige wenige mittelständische und größere Unternehmen halfen großzügig mit Sachleistungen und Finanzmitteln. »Hohe Geldspenden aus der Industrie spielten für das Wachstum der NSDAP in dieser Frühzeit also keine Rolle«, da die Partei zu sozialistisch erschien.[4] So habe Paul REUSCH, der Generaldirektor der Gutehoffnungshütte einen um Spenden nachsuchenden Abgesandten HITLERS mit den Worten abgekanzelt: »Wir haben keine Veranlassung, unsere eigenen Totengräber zu unterstützen.«[5]

Die Partei begann deswegen schon früh und mit großem Erfolg, »ihre Mitglieder und Sympathisanten zur Kasse zu bitten«. Der Erfolg war beträchtlich: »Opfergeist, nationalreligiöse Inbrunst und Hingabe unter den frühen Anhängern zahlten sich in klingender Münze aus, so daß die Spendenbereitschaft insbesondere ärmerer Leute ans >Unglaubliche< grenzte.«[6]

[4] SCHMIDT, ebenda, S. 147.

[5] Ebenda.

[6] Ebenda.

[7] Ebenda, S. 148.



Zwischen 1924 und 1929 erlebte die Weimarer Republik eine gewisse Hochkonjunktur, die allerdings nur der Exportindustrie zugute kam, während der Binnenmarkt weitgehend stagnierte. Die Großindustriellen hatten daher wenig Veranlassung, HITLERS Partei zu unterstützen, geschweige denn zu finanzieren. Mit der Wirtschaftskrise von 1929 wurde das Spendenaufkommen seitens der Großindustrie wesentlich größer. Die Abbildung zeigt eine völlig durchrationalisierte Fertigungshalle bei Opel Mitte der zwanziger Jahre.

2 Für die anschließende Zeit von der Neugründung der NSDAP im Februar 1925 bis zum großen Durchbruch bei der Reichstagswahl vom September 1930 stellt SCHMIDT zwar ein von Juni 1926 an »etwa 18 Monate dauerndes, beständiges Werben HITLERS um die Wirtschaftsmagnaten« fest. HITLER habe dafür versucht, »die NSDAP als Bollwerk gegen eine sozialistische Unterwanderung der Gesellschaft zu verkaufen und ihr Parteiprogramm in einer industriefreundlichen Version zu präsentieren«.[7] Dennoch sei der Erfolg gering gewesen und nur auf Ausnahmefälle beschränkt geblieben: »Für

die Großindustrie in ihrer Gesamtheit galt nach wie vor, daß die Janusköpfigkeit der NSDAP eine Förderung ausschloß.«[8]

[8] Ebenda, S. 149.

Zur Deckung ihres Finanzbedarfs ging die Partei neben den anhaltenden Appellen an die Opferbereitschaft der Mitglieder auch zu modernen Finanzierungspraktiken über, die man heute mit >Merchandising< bezeichnet. Eine Reichszeugmeisterei wurde für alle Ausrüstungsgegenstände der SA eingerichtet. Mit mittelständischen Unternehmen wurden nationale Konzessionsverträge abgeschlossen, wonach gegen Gewinnbeteiligung Massenverbrauchsartikel verkauft wurden, wie zum Beispiel eine Rasierklinge mit dem Namen >Stürmer<, eine Margarine mit der Bezeichnung >Kampf< oder - besonders gewinnbringend - die Zigarettenmarke >Sturm<. Dazu kamen die Erlöse bei Massenkundgebungen und den vielen örtlichen Versammlungen, bei denen die NSDAP im Gegensatz zu den anderen Parteien es sich erlauben konnte, Eintritt zu erheben. Letzteres machte 1930 - nach Abzug der Unkosten - im ganzen Jahr 1,7 Millionen Mark aus.

Weit größere Beträge seien allerdings immer noch von den Mitgliedern und Ortsgruppen aufgebracht worden, allein im August 1930 rund 3 Millionen Mark. »Die Zahlungen für das kommende Vierteljahr ergaben nochmals die Summe von fast 3,3 Millionen Mark.« Mit diesen selbst aufgebrachten Mitteln ausgerüstet, führte die NSDAP den Wahlkampf, der ihr dann »im September 1930 den spektakulärsten Wahlsieg einfuhr, den je eine politische Gruppierung in Deutschland seit 1871 zu verzeichnen gehabt hatte«.[9]

[9] Ebenda, S. 151.

3. Dadurch war die Partei im Herbst 1930 zu einem wirklichen Machtfaktor geworden, und das änderte auch etwas am Verhalten der Großindustrie ihr gegenüber. Hinzu kam zu der Zeit Brünings eine nicht gerade industriefreundliche Wirtschaftspolitik. Das bewog einige Großindustrielle zu Spenden von einigen hunderttausend Mark in der Folgezeit. Im Verhältnis zu den Unterstützungen, die andere Rechtsparteien wie die DNVP oder die DVP von der Großwirtschaft erhielten, waren das jedoch kleine Beträge. So spendete die deutsche Industrie noch 1932 zum zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl rund 12 Millionen Mark für Hindenburg und damit gegen Hitler.

Für die Jahre 1930 bis 1932 ergibt sich damit der Befund, »daß die Mittel der deutschen Großindustrie, die in diesen Jahren an die Partei Hitlers flossen, nur einen Bruchteil dessen darstellten, was man ihren Rivalen auf dem rechten Parteienspektrum zukommen ließ«.[10]

[10] Ebenda, S. 152.

Nach wie vor bildeten bis zur Machtübernahme 1933 die Eigenmittel die Haupteinnahmequelle der Partei.

Schmidt kommt ferner aus seinen Untersuchungen für den politischen Bereich zu dem Schluß: »Schließlich kann auch keine Rede davon sein, daß die Vertreter der Großindustrie hinter den Kulissen die Machtergreifung Hitlers betrieben und beförderten. Nach der Novemberwahl (1932) reiste



Durch Großveranstaltungen, insbesondere Wahlkundgebungen wie hier in Frankfurt am Main, gelang der NSDAP im Jahre 1932 der entscheidende Durchbruch. Die Eigenmittel bildeten die Haupteinnahmequelle der Partei.

HITLERS Wirtschaftsbeauftragter, Wilhelm KEPPLER, durch die Industriegebiete an Rhein und Ruhr und ermunterte alles, was in Wirtschafts- und Finanzkreisen Rang und Namen hatte, sich in eine Liste einzuschreiben, die HINDENBURG beweisen sollte, daß die Wirtschaft geschlossen hinter HITLER stünde. Das Ergebnis war enttäuschend: Es waren nur neunzehn Unterschriften zusammengekommen, und unter den Unterzeichnern waren nur wenige prominente.«[11]

Als Ergebnis für die letzten Jahre vor 1933 ergibt sich aus der SCHMIDTschen Untersuchung: »Die finanziellen Subsidien, die die NSDAP seitens der deutschen Großindustrie vor allem in den Jahren 1931/32 erhielt, als die Partei zum Machtfaktor der deutschen Politik wurde, fielen weder für den Aufstieg zum Massenphänomen noch für die Ereignisse im Januar 1933 entscheidend ins Gewicht.«[11]

[11] Ebenda, S. 154.

Bedeutsam war dagegen offenbar, was heute gern verdrängt wird, was nur aus der damaligen Zeit zu verstehen und für Nachgeborene schwer verständlich ist, was aber die damalige Wirklichkeit wiedergibt und womit SCHMIDT seinen auch sonst zeitgeschichtlich sehr interessanten Artikel abschließt: »Die nationalsozialistischen Wähler wurden nicht gekauft, sie wurden überzeugt. HITLERS Kapital steckte nicht in den Börsen der Industriemagnaten, sondern in den Herzen der Menschen. Nicht die Macht der Millionäre war der entscheidende Faktor, sondern die Macht der Millionen.« Rolf Kosiek

Der Anteil der SPD am Untergang der Weimarer Republik. Der 27. März 1930 als Wendepunkt

Liest man die Geschichts(lehr)bücher, die mit einem behördlichen Imprimatur-Vermerk versehen sind, so gewinnt man den Eindruck, als hätten linke und besonders rechte Extremisten die Weimarer Republik in den Abgrund gerissen. Doch das stimmt mitnichten - sie haben einer sterbenden Demokratie lediglich den Todesstoß versetzt und dadurch den Untergang (siehe Beitrag Nr. 79) beschleunigt - einen Untergang, der sich zwar vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise abspielte, aber dennoch nicht von dieser verursacht wurde. Denn auch andere Demokratien hatten darunter zu leiden, ohne ins Extrem zu verfallen. Vielmehr muß darauf hingewiesen werden, daß die unheilvolle Entwicklung im März 1930 einsetzte, als die mit komfortabler Mehrheit sozialdemokratisch geführte Regierung unter Hermann MÜLLER (1928-1930) von seiner eigenen sozialdemokratischen Fraktion zum Rücktritt gezwungen wurde: »Wir können ein imaginäres Staatsinteresse nicht über das proletarische Klasseninteresse stellen.« Damit aber hat die SPD die erste deutsche Demokratie aus ideologischen Gründen zerstört. Das hört sich eigenartig aktuell an, wenn man an Vorgänge und Parolen der Bundestagswahl vom 18. September 2005 denkt.

Wie die Regierung SCHRÖDER bis 2005, so konnte sich die Regierung MÜLLER auf eine bequeme Mehrheit von 301 (von 491) Mandaten stützen. Mit dem Ausscheiden der größten Partei, der SPD, war es den übrigen Parteien nicht mehr möglich, eine Mehrheitsregierung zu bilden. In diesem Falle, und falls Neuwahlen keine Lösung boten, war der Reichspräsident nach den Artikeln 48 und 25 der Reichsverfassung ausnahmsweise befugt, ein Regierungskabinett zu berufen.

Seit der Reichstagswahl von 1928 verfügte die Regierung MÜLLER, die sich auf die Parteien SPD, Zentrum, DVP und BVP stützen konnte, über eine ausreichende Mehrheit, die aber immer gefährdet war, wenn die SPD, das Zentrum oder die DVP ausschieden.

Im Winterhalbjahr 1929/30 kam es dann zum gefürchteten Eklat: Für die etwa drei Millionen Arbeitslosen mußten angesichts leerer Kassen die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um ein halbes (!) auf 3 Prozent erhöht werden, wovon ein Viertelprozent auf die Arbeitgeber entfallen sollte. Zentrumspartei, Deutsche Volkspartei und die Demokratische Partei entschieden sich dafür, die Beiträge auf drei Prozent festzulegen und 150 Millionen Reichsmark aus dem Reichshaushalt beizusteuern. Auch Reichskanzler MÜLLER (SPD), der Innenminister Carl SEVERING (SPD) und der Wirtschaftsminister Robert SCHMIDT (SPD) stimmten dafür, konnten sich aber in ihrer eigenen Fraktion nicht durchsetzen. Denn die Mehrheit der SPD-Reichstagsfraktion lehnte den





Von oben Hermann MÜLLER (1876-1931) – als >Versailles-MüLLER vielfach geschmäht und Heinrich BRÜNING (1885-1970)



Arbeitslose in Berlin Ende der zwanziger Jahre. Die Regierungskoalition aus vier Parteien unter Müller scheiterte an der Finanzierung der Arbeitslosenversicherung. Im Gegensatz zur DVP und unter dem Druck der Staatsverschuldung (die Young-Plan-Gesetze waren am 12. März 1930 verabschiedet worden) sprach sich die SPD gegen eine Beitragserhöhung aus – und blieb unnachgiebig. Im übrigen: Brünings Deflationspolitik, um die Wirtschaftskrise in den Griff zu bekommen, schlug fehl.

Parteien-Kompromiß kategorisch ab. Damit aber erzwang sie den Übergang zu einem Regierungssystem, das statt auf eine parlamentarische Mehrheit auf die verfassungsmäßigen Vollmachten des Reichspräsidenten angewiesen war.

In der *Frankfurter Zeitung* hieß es dazu am 28. März 1930 unter der Überschrift »Eine unheilvolle Entscheidung«, daß der »Gegenstand des Streites mit seiner Kleinheit in einem grotesken Mißverhältnis zu den verhängnisvollen Folgen steht, die daraus erwachsen können. Es gibt ein Maß an Einsichtslosigkeit, das zur Schuld wird. Diese Schuld hat gestern die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auf sich geladen. Sie hätte dem schließlich gefundenen Kompromiß zustimmen müssen!«

Noch am 27. März 1930 trat das Kabinett Müller zurück. Anstatt zu einem parlamentarischen Kompromiß zurückzufinden, weigerte sich die SPD auch in den folgenden Wochen und Monaten hartnäckig, eine Regierungsverantwortung zu übernehmen, so daß keine Regierung mehr zustande kam. Der Reichspräsident mußte handeln: Am 30. März 1930 ernannte er den Zentrumspolitiker Heinrich Brüning zum Leiter des ersten Präsidialkabinetts der Weimarer Republik.

Es war also nicht Hindenburg, wie oft behauptet wurde, der für den Rücktritt der SPD-Regierung verantwortlich gemacht werden kann. Vielmehr war es einzig und allein die SPD, die den Übergang der parlamentarischen Demokratie zum Präsidialsystem zu verantworten hat.

Wer erlebt hat, wie die SPD sich mit den Vertretern der SED in den mitteldeutschen Ländern und in Berlin einträchtig verbunden hat, kann sich eine Vorstellung von dem Trauerspiel machen, das sich bis 1933 abspielte.

Mit Unterstützung durch die KPD und die NSPAP lehnte die SPD-Fraktion die Regierungserklärung Brünings ab, verweigerte dem Demokraten Brüning jegliche Unterstützung und stimmte am 3. und am 19. April sogar mit den Rechts- und Linksextremisten. Aber es kam noch schlimmer: Die Sozialdemokraten schreckten am 18. Juli 1930 nicht davor zurück, gemeinsam mit den Nationalsozialisten und Kommunisten einen Antrag gegen die Regierung einzubringen. Als schließlich die negative Mehrheit aus SPD, KPD, NSDAP und DNVP immer wieder die Politik Brünings niederstimmte, bat dieser Hindenburg, den Reichstag aufzulösen. Aber auch nach den Wahlen vom 14. September 1930 fand sich keine Mehrheit für eine parlamentarische Demokratie.

Die SPD wirkte so als Steigbügelhalter für die NSDAP: Durch die Zusammenarbeit der SPD mit den Rechts- und Linksextremisten war der Abgeordnetenanteil der bisher unbedeutenden NSDAP bei der Wahl vom 14. 9. 1930 von 12 auf 107 (16,8%) und der der KPD von 54 auf 77 (13,3 %) gestiegen. Das Zentrum hatte 68, die SPD 143 und die Staatspartei 20 Mandate errungen. Das waren zusammen 231 von 577 Mandaten (40%). Die Deutsche Volkspartei erhielt 30 und die Deutschnationale Volkspartei 41 Abgeordnete. Auch jetzt konnte die Mindestzahl an Mandaten für eine Regierungsbildung (289) nur mit Hilfe der SPD erreicht werden. Doch diese zeigte sich zu einem energischen Einsatz für die parlamentarische Demokratie nicht mehr fähig. Als Folge davon liefen ihr die Arbeiter davon, besonders die Arbeiterjugend, und wandten sich der NSDAP zu.

Damit ist als Beginn der durchaus abwendbaren Entwicklung zur Zestörung der Weimarer Demokratie der 27. März 1930 anzusehen. Hans Meiser

Heinrich Brüning am 12. März 1930 im Reichstag: 

»Es geht nicht mehr um Kämpfe im Parlament, sondern es geht um das Parlament und um die Demokratie... Wenn der Reichstag wegen der Uneinigkeit der Parteien über Lappalien im Rahmen des großen Ganzen nicht die Möglichkeit hat, sich zu einigen, dann werden sich die starken Zweifel an diesem System im ganzen Land weiter fortpflanzen.«

Hermann Dietrich (Finanzminister) am 18. Juli 1930 im Reichstag: 

»Es muß Schluß gemacht werden mit der Interessenpolitik, die ein Arbeiten unmöglich macht, damit Staatspolitik gemacht werden kann. Die Frage ist jetzt nachgerade, ob wir Deutsche ein Haufen von Interessenten oder ein Staatsvolk sind.«

SPD verharmlost ihr Versagen 1933

Anläßlich der Auseinandersetzungen um den NPD-Verbotsantrag und den V-Männer-Skandal im Februar 2002 hatte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, Ludwig Stiegler, den Oppositionsparteien CDU/CSU und FDP vorgeworfen, ihre »Vorläuferparteien« hätten »Hitler ermächtigt«, nachdem sie ihn vorher verharmlost und mit an die Macht gebracht hätten. Ihre »historische Schuld« gebiete es, daß sie »wenigstens heute schon« den Anfängen wehrten.

Der 1944 geborene Rechtsanwalt, der damit im Sinne des Zeitgeistes den politischen Gegner mit der >Faschismuskeule< erledigen wollte, hätte sich lieber genauer mit der Geschichte der eigenen Partei und deren Verhalten um 1933 befassen sollen. Er wurde dann öffentlich darüber belehrt, wer verharmlost habe und daß auch anderes über Vorläuferorganisationen und ihr Versagen festzustellen sei:

»Zum Beispiel, daß die SPD-Führung Hitlers Machtergreifung in den ersten Wochen durchaus als >verfassungsmäßig< und parlamentarisch fundiert« beurteilt hatte; auch die Sozialdemokraten konnten nicht wissen, was kommen würde. Als ihre Zeitungen verboten wurden und Göring für die Wiederzulassung verlangte, die >Hetze in den sozialdemokratischen Blättern des Auslandes« müsse eingestellt werden, erklärte die Partei am 30. März 1933 ihren Austritt aus der Sozialistischen Arbeiter-Internationale. Kurz darauf (am 17. Mai 1933, H. W.) stimmte die SPD-Reichstagsfraktion (einstimmig, H. W.) der außenpolitischen Erklärung Hitlers (seiner »Friedensrede«, H.W.) zu - in Flugblättern erklärte man, damit sei kein Vertrauensvotum für Hitler verbunden, sondern ein Bekenntnis zur friedlichen Außenpolitik. Otto Wels, der mit seiner Ablehnung der Ermächtigungsgesetze (am 23. März 1933, H. W.) zum Symbol sozialdemokratischer Standfestigkeit wurde, wandte sich doch zugleich im Reichstag gegen die Übertreibungen« der ausländischen Presse angesichts des NS-Terrors. Am 19. Juli (1933, H. W.) wählte der in Deutschland verbliebene SPD-Vorstand seine jüdischen Mitglieder ab. Wenig Grund für die Sozialdemokratie also, das Versagen der »bürgerlichen« Parteien zu beklagen und zugleich über die eigene Schande - und die vielleicht noch schlimmere der deutschen Gewerkschaften - zu schweigen. (In ihren Reden am 1. Mai 1933, dem neuen »Tag der nationalen Arbeit«, vertraten auch die Gewerkschaftler das Führerprinzip, und in seiner Maifestschrift 1933 bekannte sich der Gewerkschaftsbund zur nationalen Politik und feierte die neue Einheit der Nation sowie die Überwindung der Klassengegensätze und des Klassenkampfes seit Hitlers Machtübernahme. Es gab kaum Widerstand, als die SA am folgenden Tag die Gewerkschaftshäuser besetzte und eine Reihe von Funktionären verhaftete. H. W.)

Sozialdemokratische Anpassung verbindet sich mit dem Namen Gustav NOSKE - auch ihn hat man im nachhinein für das Anwachsen der Rechten während der Weimarer Republik verantwortlich gemacht. Bis heute hat sich das Wort vom >Bluthund< gehalten, mit dem er sich selbst bezeichnet haben soll, als er die Verantwortung für die blutige Niederschlagung des Spartakus-Aufstands im Januar 1919 übernahm. NOSKE erklärte, man habe damals >unmittelbar vor der bolschewistisch-proletarischen Diktatur gestanden<.«[1]

[1] Lorenz JÄGER, »Bluthund«, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 39 vom 15. 2. 2002, S. 60.

Zu erwähnen ist auch, daß die SPD im Frühjahr 1933 keinen Antrag mit dem Ziel einbrachte, daß der Reichstag die beiden nach dem Reichstagsbrand erlassenen Notverordnungen vom 28. Februar 1933 wieder aufhob, so daß sie bis Kriegsende in Kraft blieben, und daß ebenso sich gegen die ersten Gesetze »zur Gleichstellung der Länder mit dem Reich« vom 31. März 1933 und vom 7. April 1933 kein ernsthafter Widerstand von seiten der SPD erhob.

Otto WELS (SPD) am 23. 3. 1933 im Reichstag:



»Der außenpolitischen Forderung deutscher Gleichberechtigung, die der Herr Reichskanzler erhoben hat, stimmen wir Sozialdemokraten um so nachdrücklicher zu, als wir sie bereits von jeher grundsätzlich verfochten haben... Nie hat uns irgendein Grundsatz unserer Partei daran hindern können oder gehindert, die gerechten Forderungen der deutschen Nation gegenüber den anderen Völkern der Welt zu vertreten... Der Herr Reichskanzler hat auch.. . in Potsdam einen Satz gesprochen, den wir unterschreiben. Er lautet: >Aus dem Aberwitz der Theorie von ewigen Siegern und Besiegten kam der Wahnwitz der Reparationen und in der Folge die Katastrophe der Weltwirtschaft< Dieser Satz gilt für die Außenpolitik; für die Innenpolitik nicht minder.«

Erklärung des Reichspräsidenten Friedrich EBERT (SPD) am 18. 1. 1921



»Am 18. Januar sind 50 Jahre seit der Vereinigung der deutschen Stämme zu einem einheitlichen Staatsgebilde vergangen. Die Sehnsucht unserer Vorfahren, das heiße Verlangen weiter Schichten des Volkes in allen deutschen Gauen fanden hierdurch ihre späte Erfüllung. In allen schmerzlichen Verlusten, die uns in Krieg und Frieden getroffen haben, ist uns fast als einziges das eine große Unglück erspart geblieben, daß die deutschen Länder wieder auseinander gefallen sind. Sie halten einander fest. Darüber wollen wir uns freuen, wenn wir auch mit besonderer Trauer an diesem Tage zu deutschen Landesteilen hinüberblikken müssen, die gegen ihren Willen von ihrem angestammten Lande getrennt sind, und besonders auf das schwer leidende Deutschösterreich, das mit dem Herzen zu uns strebt, wie wir zu ihm. Unsere innere staatliche Einheit weiter zu erhalten und zu festigen, muß unser fester Wille sein. Wenn uns auch politische und wirtschaftliche Anschauungen, mehr als gut ist, trennen, in einem sind wir alle einig: Grenzen werden uns nicht trennen. Die Einheitlichkeit unseres deutschen Vaterlandes ist für uns alle ein Stück unseres Glaubens, unserer Liebe und Hoffnung.«

Waren die zwanziger Jahre wirklich golden?

Die freie Enzyklopädie *Wikipedia* meint: »Der Ausdruck >Goldene Zwanziger (Jahre) < bezeichnet für Deutschland den Zeitabschnitt zwischen 1924 und 1929.« Eine wahrhaft goldene Zeit für die Deutschen? »In Preußen gab nicht mehr der Gardeoffizier den Ton an, wie noch 15 Jahre vorher, und die Berliner Staatsbibliothek war wichtiger geworden als die Wachablösung unter den Linden.« Hier die angeblich »kulturlose« Zeit des Wilhelminismus, dort die »aufgeklärten« zwanziger Jahre. Ein neues Lebensgefühl habe sich eingestellt, man habe flaniert, die Cafés seien belegt gewesen. »Geist und Bewegung - Deutschland zwischen 1918 und 1933, das waren 15 Jahre politischer und geistiger Entwicklung, die mit dem Sturz in die faschistische Diktatur ihr jähes Ende fand«, heißt es in einer Hommage auf die »Goldenen Zwanziger« (www.zwanziger.de). Neben dem neuen Lebensgefühl wird eine enorme kulturelle Blüte ausgemacht, Toleranz - besonders auch im sexuellen Bereich. Überschwengliche Feiern hätten das Bild geprägt.

Das Bild dieser »schönen Zeit« hat sich in das Gedächtnis der Deutschen eingegraben. Das hat zweifellos nicht zuletzt >pädagogische< Gründe, steht das Interim zwischen 1919 und 1933 insgesamt doch für eine Zeit, die man aus heutiger Sicht um jeden Preis rechtfertigen und hochhalten muß. Auf der einen Seite gilt es, das Bild des Wilhelminischen Deutschlands zu verdunkeln, das in den letzten Jahrzehnten kulturell als unfruchtbar, politisch aber als aggressiv dargestellt wird, und auf der anderen Seite steht das Dritte Reich, das noch einmal eine Steigerung, notwendigerweise aber auch eine konsequente Fortführung des vor 1919 angenommenen Negativen bringt (vgl. Fritz FISCHERS These vom deutschen »Griff nach der Weltmacht«). Dazwischen nehmen sich die Goldenen Zwanziger als »historische Insel der Seligen« aus.

Man kann die Geschichte allerdings auch ganz anders interpretieren. Zweifellos kommt es immer auf die Sichtweise an - in der Gegenwart und in der Vergangenheit. Daß die Zeit des Wilhelminismus nicht kulturlos, nicht geistig unfruchtbar, ebensowenig auch aggressiv war, steht auf einem anderen Blatt und wäre eine eigene Betrachtung wert. Daß die Zwanziger Jahre für Deutschland eine Befreiung, in welcher Weise auch immer, darstellen, hat ebenfalls nur sehr wenig mit der Wirklichkeit zu tun. Aus heutiger Sicht mag man sich zunächst vor Augen halten, daß ähnlich wie 1945 die Niederlage der Deutschen eine totale war, wenn auch 1919 immerhin noch die Armee bestand und die Bolschewisierung des Landes durch den tatkräftigen Einsatz ehemaliger Truppenteile verhindert werden konnte. Die politische Niederlage stellte sich jedoch ohne Einschränkungen dar. »Das Trauma des Ersten Weltkrieges war allen betroffenen Völkern gemeinsam,« notiert der Historiker Hannsjoachim W. KOCH.[1] »1918 und Versailles waren auf die

[1] Hannsjoachim W. KOCH, Vorwort zu: Antony LENTIN, *Der Drachenstaat von Versailles,* Druffel, Leoni 1989, S. 31.

Deutschen allein beschränkt. Beide vergrößerten das durch den Krieg allein verursachte Trauma unermeßlich oder setzten dem Trauma des Krieges ein neues hinzu, vergrößerten die psychische Belastung im etwa gleichen Verhältnis zu seiner Dauer.«

Neben den riesigen Reparationszahlungen, die noch bis ins neue 21. Jahrhundert gereicht hätten, wenn das Heft des politischen Handelns 1933 den alliierten Siegermächten nicht aus der Hand gerissen worden wäre, ist viel schwerwiegender noch die moralische Schuld, die man den Deutschen an diesem Krieg anlastete. Es ist dies gleichsam die Achillesferse der deutschen Seele. Zweimal lastete man den Deutschen Dinge an, die für deutsches Empfinden gänzlich unmöglich waren. Kriegsverbrechen, Unrecht begangen zu haben war für die deutsche Seele eine unerträgliche Vorstellung. Nach dem ersten Krieg kämpfte man noch gegen diese Anwürfe, nach dem letzten Krieg fügte man sich. Für einen Franzosen etwa wären solche Anschuldigungen nicht sehr wirksam gewesen, man hätte sie zur Kenntnis genommen und wäre wieder zur Tagesordnung übergegangen. Für die Deutschen heißt es: Entweder man befreit sich von der Schuld, oder man liegt in babylonischen Ketten. Für viele waren die zwanziger Jahre deshalb Jahre der Schmach, und nicht Jahre einer Befreiung.

An diesem Umstand änderte sich auch und gerade nichts nach fünf Jahren, in denen man angeblich wieder zur kollektiven Unbekümmertheit übergegangen sein soll. So kurz war mithin das historische Gedächtnis der Deutschen noch nicht einmal nach 1945! Und solche Vorstellungen hegten selbst Politiker wie Gustav STRESEMANN, der als Liberaler eine herausragende Rolle in der Weimarer Republik spielen sollte, nicht. 1919 schreibt er zur »Lage der Nation«: »Wir wollen aus dieser Zeit der nationalen Schmach und Würdelosigkeit unser Volk zurückführen zu dem alten Stolz auf Deutschland, Deutschlands Größe und Deutschlands Weltbestimmung.« Das Alte, die Kaiserzeit, wurde durchaus nicht in Bausch und Bo-







Für die Masse waren es keine goldenen Jahre. Fotos zu Arbeitslosigkeit und Elend (Walter BALLHAUSE), aus: *Deutsche Geschichte in Bildern,* München-Berlin 1997.

gen verbannt: »Vom Standpunkt des Verstandes und vom Standpunkt des Gefühls bekenne ich als meine Auffassung, daß für unsere deutschen Verhältnisse die Monarchie das Gegebene gewesen wäre. Alle Entwicklung kann sich nur auf dem geschichtlich Gewordenen aufbauen.«[2]

[2] *Lesebuch zur deutschen Geschichte,* Bd. 3, Dortmund 1984, S. 117 ff.



Gustav STRESEMANN zeichnete sich durch eine beharrliche Außenpolitik aus.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse im Reich waren für die einfachen Leute wahrhaftig wenig erfreulich, von >golden< kann kaum eine Rede sein. Viele Menschen kamen erst gar nicht wieder in die Gesellschaft hinein. Als Kriegsversehrte dämmerten sie durch die Goldenen Zwanziger Jahre. Äußere Gewalteinwirkung hatte ihren Körper zerstört. Nervengas, zermürbender Stellungskrieg, Lärm und immer wiederkehrender Tod zerstörten Geist und Seele. Jene Kriegsgewinnler, die zu Hause die »Stellung gehalten hatten«, verhöhnten noch die Opfer, indem sie in ihren ätzenden >Kunstergüssen< sich darüber lustig machten, daß es die Versehrten waren, die mit ihrem Leben sich für Volk und Vaterland eingesetzt hatten.

Unmittelbar vorausgegangen war den Goldenen Zwanziger Jahren die Inflation. Im Juli des Jahres 1923 wurde der Dollar mit 348000 Mark bewertet, im August mit 40000000 und im Dezember mit 4200000000000000 Mark. Rentner und Sparer verloren ihr Vermögen, Massenarmut war die Folge. »Der größte Inflationsgewinnler aber war die Großindustrie. Mit geliehenem Gelde, das bei der Rückzahlung fast wertlos war, kaufte sie alles auf, was an industriellen Unternehmungen zu haben war. Diese vereinigten Unternehmungen wurden zu Trusten und Konzernen zusammengeschlossen und bilden heute im Wirtschaftsleben eine gewaltige Macht«, hieß es in einem braunschweigischen Schulbuch aus dem Jahre 1929.[3] Für diese Gewinnler mögen die zwanziger Jahre golden gewesen sein - nicht für die Kleinunternehmer und Arbeitnehmer, am wenigsten noch für die Arbeitslosen, die wirtschaftlich nicht abgesichert waren im Gegensatz zu heute.

[3] *Geschichtsbilder,* Braunschweig 1929, S. 152 f.

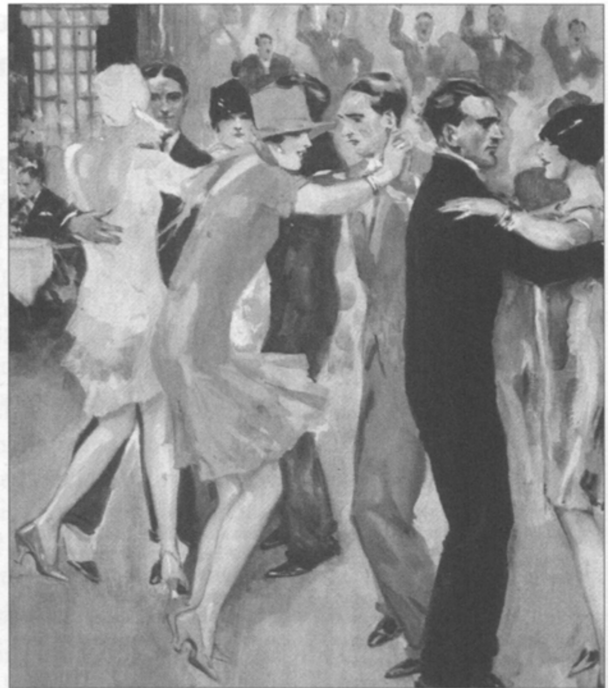
[4] *Berliner Tagblatt,* Nr. 399, 1928.

[5] Vgl. Theo BALDERSTON, *Economic and Politics in the Weimar Republic,* Cambridge 2002.

Während auf den Straßen fröhlich getanzt wird, melden die Zeitungen erschreckende Zahlen:[4] 16000 Menschen begehen jährlich Selbstmord, 100 000 Deutsche wandern aus blanker Not aus. Man geht von 450 000 ungeborenen Deutschen aus, die durch Elend und Wohnungsnot nicht zur Welt kommen können. Die Wirtschaftsentwicklung, die sich zudem auch nur schleppend zeigt,[5] kommt hauptsächlich der Großindustrie zugute - im Februar 1932 hatte die Arbeitslosenzahl bekanntermaßen die Sechs-Millionen-Grenze überschritten. Davon waren nur 3,5 Millionen Menschen in der Versicherung und Krisenvorsorge[6] - mindestens der Rest konnte vor Hunger keinen Charleston tanzen. Entwicklung konnten die Menschen vor allem im Drogenhandel und Sittenverfall in den Großstädten erleben. Eine Szenerie, die die Zaungäste, das Volk, in die Arme radikaler Parteien trieb. Kokain konnte man an jeder Straßenecke kaufen. Mit der Aufhebung der polizeilichen Vorzensur hatte nun kaum verhüllte Pornographie in Literatur und Film Hochkonjunktur.

[6] Vgl. Wilhelm EGGERT, »Arbeitslosigkeit 1932«, in: *Lesebuch zur deutschen Geschichte,* aaO. (Anm. 2), S. 136.





Links: Dada-Produkt (Dada bedeutet auf Französisch ein Holzpferdchen für Kinder). Dadaisten stammelten sinnlose Sätze und montierten Sinnlosigkeiten zu >Bildern<. Rechts: Charleston als Modetanz, »Tanzvergnügen«, Aquarell von Lutz Ehrenberger aus dem Jahre 1926.

Was die Entwicklung im musikalischen und künstlerischen Sektor anlangt, so ist darauf zu verweisen, daß es sich hier um eine totale Veramerikanisierung handelte, die durchaus gegensätzlich bewertet wurde. Während die einen dies als kulturelle Befreiung lobten, geißelten die anderen die Musik der Schwarzen als kulturelle Fremdbestimmung. Zitiert werden freilich heute nur die ersten. Beide freilich wußten, daß man vor der biologischen Volkszerstörung die Seele vergiften mußte. Die einen wollten es, die anderen warnten davor. Insofern kann man konsequenterweise, wenn von den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts die Rede ist, vielmehr davon sprechen, daß es sich hier eher um eine Art vorgezogenen Umerziehungsprogramms der Ostküste gehandelt hat als um ein lebensfrohes Jahrzehnt. Im Kern bewirkten Dada und Jazz eine deutsche und europäische Selbstentfremdung. Breitenwirkung konnte dieses kulturelle Umerziehungsprogramm trotz Glanz und Glamour nicht bewirken, weil es nicht die Masse der Bevölkerung zu erreichen vermochte. Andreas Molau

»Trusts, Hochhäuser, Verkehrspolizei, Film, Technikwunder, Jazzband, Boxen, Magazin und Regie. Ist das Amerika? Vielleicht. Da ich nicht da war, fehlt mir jedes Urteil. Aber ich weiß, daß die Vorbilder hiervon uns von Amerika gekommen sind. Aber ist dies auch schon - Amerikanismus? Sind diese Erscheinungen nicht vielmehr nur die äußeren und geheimnisvollen Symptome eines viel heimlicheren, geistigen, seelischen Wesens? Ist Amerikanismus nicht eine neue Daseinshaltung, erwachsen und gestaltet aus unserem europäischen Schicksal?« Rudolf Kayser, in: *Amerikanismus,* 1925.

Scheitern der Weimarer Republik und Hitlers Machtübernahme

Das Scheitern der Weimarer Republik ist keineswegs eine geschichtsnotwendige Folge des Aufstieges der Nationalsozialisten. Es ist vielmehr umgekehrt: Erst das Versagen der demokratischen Kräfte hat ihren Feinden zum Sieg verholfen. Als die Nationalsozialisten 1933 an die Macht gelangten, übernahmen sie ein politisch morsches Gebilde, das schon längst aufgehört hatte, eine funktionierende Demokratie zu sein. Es ist also viel zu oberflächlich geurteilt - wie vornehmlich in Schulbüchern der Fall -, den Nationalsozialisten allein die Schuld für das Scheitern der ersten deutschen Demokratie zu geben. Um also zu verstehen, warum HITLERS Bewegung sich durchsetzen konnte, ist es erforderlich, zusammenfassend auf die wichtigsten Ereignisse und Tatsachen hinzuweisen, die die Republik um ihr Ansehen gebracht und sie bis zur Agonie geschwächt haben.

1. **Folgen der Kriegsniederlage**

Die Kriegsniederlage 1918 brachte für das Volk große Belastungen: Abtretung von Grenzgebieten und damit verbundene Ausweisungen, unerträglich hohe Reparationen und Besatzungskosten mit einer zeitweise zusätzlichen Ruhrgebiets-Besetzung. Hinzu kamen die Kriegsfolgelasten durch die innere Verschuldung des Reiches und die Versorgung der Kriegsinvaliden und der Hinterbliebenen gefallener Soldaten. Für dieses Erbe wurde in der Öffentlichkeit weder die frühere kaiserliche Herrschaft noch die Vernichtungspolitik der Alliierten verantwortlich gemacht, sondern die gegenwärtige Regierung. Diese ließ es an Aufklärung fehlen und verschlimmerte die Lage noch dadurch, daß sie durch den bewußt in Kauf genommenen Währungsverfall gerade den Minderbemittelten die Kosten und Folgelasten des Krieges aufbürdete.

2. **Das Parteien-System**

Der Status der Parteien als einer Zwischenorganisation zwischen Wählern und Volksvertretung ließ das Parteienparlament als eine revolutionäre Institution erscheinen, im Gegensatz etwa zu dem aus der Ständegliederung organisch gewachsenen englischen Parlament. Doch der Wahlmodus erlaubte es keiner Partei, angesichts vieler politischer Richtungen und Splittergruppen, die absolute Mehrheit zu erreichen. Die Folgen waren ständig wechselnde Koalitionen und vorzeitige Neuwahlen, durch die das parlamentarische System in den Augen der Wähler immer mehr an Ansehen verlor. Hinzu kam, daß vielen Politikern die Sonderinteressen ihrer Partei oder Wählergruppe wichtiger waren als das Wohl des Ganzen. Gerade dieses Verhalten aber dien-

te den Antidemokraten als ständiges Kampfargument. Schließlich versagten alle Parteien, auch das Zentrum und die SPD.

3. **Rechts- und Linksextremismus**

Von Anfang an litt die Republik unter ungesetzlichen Anschlägen von links und rechts. Putschversuche und Aufstände linker Revolutionäre in Berlin, München, Thüringen, Sachsen, Bremen und im Ruhrgebiet erschütterten den neuen Staat. Im Spartakusaufstand (siehe Beitrag Nr. 59) provozierten revolutionäre Linksradikale im Januar 1919 unter Rosa LUXEMBURG und Karl LIEBKNECHT wie in der >Berliner Blutwoche< heftige Straßenschlachten, die mehr als 1300 Tote zur Folge hatten. Morde und Straßenterror waren zeitweise an der Tagesordnung. Dabei mangelte es nicht an gesetzlicher Handhabe dagegen oder an einer fähigen Polizei.

4. **Demokratische Reformen?**

Der Weimarer Nationalversammlung war der Entwurf einer demokratischen Verfassung gelungen, die Exekutive versäumte es aber seither aus Opportunismus und Schwäche, den gesamten Staatsapparat im demokratischen Sinne zu reformieren. So verfuhr unter einer kleinen Schicht demokratischer Politiker eine zwar loyale, aber antidemokratisch eingestellte Beamtenschaft weiterhin obrigkeitsstaatlich.

5. **Wahl Hindenburgs**

Sucht man einen Wendepunkt, der HITLERS Weg ermöglichte, so scheint er in der Wahl (1925) des siebenundsiebzigjährigen ehemaligen Feldmarschalls Paul VON HINDENBURG (1847-1934) zu liegen. Als Kandidat der antidemokratisch eingestellten Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und der Deutschen Volkspartei (DVP) erhielt er 14,6 Millionen Stimmen. Diesem sogenannten >Reichsblock< stand auf der anderen Seite der >Volksblock< gegenüber, die demokratische Mitte mit dem Zentrum (Z), der Bayrischen Volkspartei (BVP), der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD). Der Kandidat des >Volksblockes<, Wilhelm MARX (SPD) (1863-1946), unterlag bei dieser Wahl mit 13,7 Millionen Stimmen (45,3 %). Indirekt verantwortlich für diesen Sieg der rechten Antidemokraten war die KPD, die sich strikt geweigert hatte, sich dem >Volksblock< anzuschließen. Die 1,3 Millionen Stimmen, die ihr Kandidat Ernst THÄLMANN (1886-1944) erhielt, hätten den Ausschlag geben können.

Konnte man 1925 noch nicht von einer nationalsozialistischen Gefahr sprechen, so sah es nach der Reichstagswahl vom 14. September 1930 anders aus. Mit einem Stimmenanteil von 18,3% war die NSDAP zweitstärkste Partei nach der SPD geworden. Seither stieg die Zahl ihrer Anhänger stetig an. Bei der nächsten Reichspräsidentenwahl (1932) bestand die berechtigte Furcht,

daß Hitler Wahlsieger würde. Im Reichstag besaßen die sogenannten demokratischen Parteien zusammen nur noch 43 % der Mandate. Zusammen mit den 13,1 % der KPD hätte das eine eindeutige Mehrheit ergeben. Doch abermals verweigerte sich die KPD, auf Anweisung Moskaus. Dazu scherte noch das Bayrische Zentrum (BVP) aus und wollte auf jeden Fall für Hindenburg stimmen. Daraufhin erst einigten sich die Mittelparteien auf Hindenburg, weil nur so Hitlers Wahl verhindert werden konnte. Auf diese Weise erhielt Hindenburg 53% der Stimmen vor Hitler mit 36,8% und Thälmann mit 10,2%.

6. Rot-braune Obstruktion

1932 organisierten die kommunistische »Revolutionäre Gewerkschaftsorganisation« (RGO) und die »Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation« (NSBO) in Berlin einen gemeinsamen, gegen die freien Gewerkschaften und die Regierung gezielten Verkehrsarbeiterstreik. Im Hinblick auf das gemeinsame Ziel, die Zerstörung der Republik, stimmten KPD und NSDAP im sächsischen und preußischen Landtag zwischen 1929 und 1932 gemeinsam 140mal gegen die demokratischen Parteien. Im Reichstag waren sich beide zwischen 1930 und 1932 (5. Wahlperiode) bei 94 namentlichen Abstimmungen (von 102) einig. Durch diese »negative« Mehrheit wurde der Reichstag endgültig lahmgelegt.[1] Die passive, aber auch aktive Rolle, die den Kommunisten am Untergang der Weimarer Republik zukommt, sollte man also nicht unterschätzen. Zwar konnte die KPD selten mehr als 10 % der Wähler mobilisieren, ihre negative Wirkung ging aber vor dem Hintergrund der terroristischen Herrschaft Stalins weit über ihre zahlenmäßige Bedeutung hinaus. Die KPD verhehlte nicht, daß sie die Weimarer Republik abschaffen und durch eine Diktatur des Proletariats in Verbindung mit der Sowjetunion errichten wollte.

[1] Laut einer Dokumentation des wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages.

7. Schreckbild Bolschewismus

Die Aktivitäten der militanten kommunistischen Parteiarmee »Roter Frontkämpferbund« weckten Erinnerungen an die blutigen Ereignisse in Rußland, die dort bis dahin schon Millionen Menschen das Leben gekostet hatten. Es verwundert deshalb nicht, daß sich aufgeschreckte Bürger der extremen Rechten zuwandten, die eine Bolschewisierung zu verhindern versprach. Auch wenn sich die Braunen und Roten auf der Straße als Todfeinde gegenüberstanden, wird dadurch nicht die Tatsache aus der Welt geschafft, daß sich die Kommunisten im Endeffekt ebenso als Steigbügelhalter Hitlers erwiesen, wie bestimmte US-Finanzkreise, ostelbische Großgrundbesitzer oder revolutionäre Konservative - nicht zuletzt dadurch, daß sie nicht die Nationalsozialisten zu ihren Hauptgegnern erklärten, sondern die Sozialdemokraten, die sie als »Sozialfaschisten« denunzierten und bekämpften.

8. NSDAP - soziale Sammelbewegung

Von großer Bedeutung ist die Frage nach der Herkunft der Wähler und nach den parteipolitischen, demographischen und sozialstrukturellen Hintergründen. In der öffentlichen Meinung und in den meisten Schulbüchern wird die NSDAP als eine fast reine Mittelstandsbewegung dargestellt, während dem Anteil der Arbeiter und Angehörigen von Oberschichten nur geringe Bedeutung zugemessen wird. Diese Sichtweise, nach der der Extremismus der existenziell bedrohten Mittelschichten HITLER die Wählermassen in die Arme trieb, kommt der marxistischen Theorie von der maroden Kleinbürgerschicht weit entgegen. Zwar kann die Mittelstandsthese eine gewisse Glaubwürdigkeit beanspruchen. Gerade die Mittelschichtparteien verloren viele Anhänger an die NSDAP, während die Arbeiterparteien SPD und KPD ihren Stimmenanteil im wesentlichen behaupten konnten. Ubersehen wird aber dabei, daß zwei Mittelstandsparteien, das Zentrum und die Bayrische Volkspartei, ebenfalls ihren Wähleranteil behaupten konnten. Um die These dennoch aufrechterhalten zu können, hat man versucht, diesen Sachverhalt mit Milieutheorien wegzuinterpretieren. Aufgrund neuer Wählerforschung, von der besonders Michael KATERS Analyse der NSDAP-Mitgliedschaft (1983) zu nennen ist, muß aber als gesichert angesehen werden, daß es sich bei der NSDAP nach 1925 um eine soziale Sammelbewegung für alle Schichten handelte, auch für die Arbeiter und die Oberschicht. Allerdings stieg nach KATER das Interesse an der Parteizugehörigkeit mit wachsendem sozialen Status. Der amerikanische Soziologe Richard HAMILTON stellt dazu fest, daß die NS-Partei in den großbürgerlichen Vierteln deutscher Großstädte, vor allem in Hamburg und Berlin, besonders große Wahlerfolge aufweisen konnte.

9. Arbeiter wählen die NSDAP

Das bedeutet eine Erschütterung der Mittelstandsthese im Hinblick auf die Oberschichten. Die unter Leitung von Jürgen W. FALTER durchgeführten Forschungen über die soziale Zusammensetzung der NSDAP-Wähler stellen die Mittelstandsthese auch >von untern her in Frage.[2] Er weist nach, daß die NSDAP in Kreisen mit vielen Arbeitern ähnliche Erfolge aufwies wie in solchen mit nur wenigen. Der Arbeiteranteil an der Gesamtpartei war relativ hoch. Über ein Drittel aller Neumitglieder zwischen 1930 und 1933 waren Arbeiter. Nach FALTER kamen bei den Wahlen zum Reichstag nach 1928 vierzig Prozent der NSDAP-Wähler aus Arbeiterhaushalten. Allerdings waren Arbeiter nur unterdurchschnittlich repräsentiert, die Mittel- und Oberschicht dagegen überdurchschnittlich. Das lag daran, daß die Stammwähler der SPD, KPD, des Zentrums und der BVP ihren Parteien die Treue hielten. Besonders die katholischen Wähler verhielten sich der NSDAP gegenüber sehr abweisend. Nur 15 % gegenüber 39 % aus nichtkatholischen Kreisen wählten die NSDAP.

[2] Jürgen FALTER, »Neue Ergebnisse zum parteipolitischen und sozialstrukturellen Hintergrund der NSDAP-Wählerschaft 1928-1933«, in: Wolfgang MICHALKA (Hg.), *Die nationalsozialistische Machtergreifung 1933,* München 1984, S. 47-59.

10. Protestanten für Hitler

Nach 1928 gelang es HITLER, die Wähler des bis dahin völlig zersplitterten protestantischen Parteilagers für sich zu mobilisieren. Hohe geistliche Würdenträger glaubten in HITLER offensichtlich eine Art Heiland zu sehen, der bereits zu Lebzeiten auf Erden die Erlösung bringen werde. So beschrieb die weitverbreitete *Evangelisch-Lutherische Volkszeitung* im März 1931 den Nationalsozialismus als die »Erhebung deutschen Jungvolkes, das die Schmach des Vaterlandes tief empfindet, die Vergiftung deutschen Denkens durch Fremde haßt und verabscheut, das die alten Tugenden Wahrhaftigkeit, Ehre und Treue auf seine Fahnen geschrieben hat«.

Solche Zeugnisse von Geistlichen und die Tatsache, daß HITLER 1933 die Masse seiner Wähler im protestantischen Norddeutschland fand, zeigten unter anderem den pseudoreligiösen Charakter des Nationalsozialismus mit dem ressentimentbeladenen Glauben an eine Erlösung durch HITLER, den von der Vorsehung gesandten Mann aus dem Volk.

Die Zugehörigkeit zu einer Konfession erwies sich damit als wichtiger als die zu einem Beruf oder einer bestimmten Schicht. FALTER kommt vor dem Hintergrund aller Daten zu dem Schluß, daß die NSDAP vor 1933 angesichts des hohen Anteils aller Schichten als Volkspartei und darüber hinaus als erste moderne Integrationspartei der deutschen Geschichte bezeichnet werden muß: »Keine der großen Parteien am Ende der Weimarer Republik war demographisch, d. h., was das Verhältnis von Männern und Frauen oder die Verteilung ihrer Wählerschaft über die verschiedenen Ortsgrößenklassen angeht, ausgeglichener besetzt als sie; keine Partei war in Gebieten unter-



Massendemonstration der Nationalsozialisten vor der Machtübernahme, hier am 4. April 1932 im Berliner Lustgarten. Die NSDAP entwickelte sich im Laufe der zwanziger Jahre zu einem neuen Parteitypus, der mit modernsten Mitteln auf Massen- und Breitenwirksamkeit hinarbeitete.



Die Weltbühne
Der Schaubühne XXI. Jahr
Wochenschrift für Politik·Kunst·Wirtschaft
Herausgeber Siegfried Jacobsohn

Inhalt:

Washington—Locarno—Peking / von Otto Corbach
Gott strafe England! / von Hellmut v. Gerlach
Die Ordonnanz / von Theobald Tiger
Lob des Diebstahls / von Alfred Polgar

Erscheint jeden Dienstag
XXI. Jahrgang | Nummer 47
Versandort: Potsdam

Verlag der Weltbühne
Charlottenburg·Königsweg 33



Nr. 757–75. | APRIL 1927 | XXIX. JAHR

DIE FACKEL
HERAUSGEBER
KARL KRAUS

INHALT:
Der Reim

NACHDRUCK VERBOTEN

Preis dieses Heftes:
S —'80

VERLAG ‚DIE FACKEL', WIEN





Von links: Die beiden Zeitschriften *Die Weltbühne* und *Die Fackel*; Bertolt Brecht und Kurt Tucholsky.

schiedlicher Wirtschafts- und Berufsstruktur so gleichmäßig erfolgreich wie die NSDAP.«

11. Linksintellektuelle verraten die Weimarer Republik

In allen liberalen Demokratien kommt jenen Intellektuellen eine besondere Bedeutung zu, die als Dichter, Publizisten oder Herausgeber von Zeitungen besonders großen Einfluß auf die öffentliche Meinung nehmen. Die rechts angesiedelten Intellektuellen (z. B. Ernst Jünger) standen der Republik unfreundlich bis feindlich gegenüber. Wie aber verhielten sich die Linksintellektuellen, die die Entstehung der Weimarer Republik so beglückt begrüßt hatten? Von ihnen, von wem auch sonst, sollten schließlich sozialdemokratische und liberale Politiker die geistig-moralische Unterstützung beziehen. Gegen die Verfassung hatten diese Intellektuellen nichts einzuwenden. Im Gegenteil, diese stellte für sie ein hohes Ideal dar. In ihrem Denken verband sich letzteres aber mit utopischen Vorstellungen von einer humanitären Gesellschaft.

Vor diesem Wunschbild wirkte die reale Welt des politischen Alltages wie ein häßlicher Fleck auf einer weißen Wand. Entsprechend fielen Diagnose und Urteil aus. Zunehmend kritisierten und verurteilten sie alles, was ihren idealen Vorstellungen nicht entsprach. Ohne Rücksicht auf die eigene Partei gossen sie ätzende Säure des Sarkasmus und ungerechten Zynismus über die Weimarer Republik. Um ihre Unabhängigkeit zu demonstrieren, nahmen sie niemanden aus, auch Parteifreunde nicht. Sie verstanden die Realität der Republik schließlich nur noch als Degeneration und Abfall von hohen Idealen. Dabei traf sich ihre Kritik teilweise mit der der rechten Seite. Dagegen unterstützten sie >ihren Staat< mit keinem ermunternden Wort - und das, obwohl die Weimarer Republik Künstlern und Intellektuellen Freiheiten und Förderung gewährte wie zu dieser Zeit kein anderer Staat.

12. Resignation der Politiker

Nicht zuletzt deshalb begannen viele Politiker der Mitte zu resignieren; ohne Unterstützung sollten sie, unter sich uneins, den Feinden der liberalen Demokratie entgegentreten. Als es am 30. Januar 1933 zur Machtübernahme kam, war die Entscheidung schon längst gefallen, und zwar in dem Augenblick, als - schon 1932 - die Sozialdemokraten sich trotz der Bereitschaft vieler Anhänger nicht hatten entschließen können, zusammen mit den Gewerkschaften den Generalstreik auszurufen und ihre Partei-Truppe Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold< marschieren zu lassen. Diese Resignation wirkte sich auch beim einfachen Wähler aus. Wenn nicht nur die Rechts- oder Linksradikalen, sondern auch die gemäßigten Linksintellektuellen an der Republik kein gutes Haar mehr ließen, konnten negative Folgen nicht ausbleiben.

13. Weltwirtschaftskrise

In Deutschland, dessen Gesundung durch die ruinöse Reparations- und Besatzungspolitik absichtlich verhindert wurde, mußte die Weltwirtschaftskrise unvermeidlich politische Folgen nach sich ziehen. Bolschewistischer Umsturz oder Reichskanzlerschaft HITLERS lautete die Alternative des Winters 1932-33. Am 30. Januar 1933 zählte die deutsche Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung 6013 600 Arbeitslose, das heißt, etwa jeder fünfte deutsche Arbeiter mußte unterstützt werden, statt produzieren zu können. Die falschen, reparationsbedingten Schulden und das falsche (Kredit-) Geld hatten ihre Wirkung nicht verfehlt.

Ursachen-Syndrom

Der Untergang der Weimarer Republik bietet ein klassisches Beispiel für den Zusammenhang zwischen objektiven Gegebenheiten oder Notwendigkeiten und voluntaristischen Entscheidungen. Die Wirtschaftskrise allein kann für den Zusammenbruch so wenig verantwortlich gemacht werden wie viele andere Fakten. Schließlich litten auch die übrigen Länder unter den Folgen der Krise, ohne daß die Wähler deshalb die Demokratie in Frage stellten. Im Gegensatz zu jenen Ländern war aber das Demokratieverständnis im Deutschen Reich noch stark unterentwickelt. Es hätte nun zumindest an den Linksintellektuellen gelegen, hier positiv einzugreifen. Oftmals Idealisten, gefielen sie sich statt dessen in negativer Kritik, ohne Rücksicht auf die Folgen für das Ganze. Stellvertretend müssen hier Kurt TUCHOLSKY und Carl v. OSSIETZKY genannt werden. Und dann tat HITLER das auf legale Weise, was THÄLMANN mit Gewalt versuchte. Er übernahm die Macht.

Hans Meiser

Weiterführende Literatur:

Karl Dietrich BRACHER, *Die Auflösung der Weimarer Republik,* Ring, Villingen ^{5}1971.
Hagen SCHULZE, *Weimar - Deutschland 1917-1933,* Severin und Siedler, Berlin ^{2}1983; TB, Siedler, Berlin 1998.

Linke unter falschem Namen

Es ist wohl bezeichnend und scheint einen tieferen Grund zu haben, daß die meisten führenden linksradikalen und kommunistischen Politiker im Laufe ihrer Karriere ihren Namen wechselten, manchmal sogar mehrfach. Sie änderten damit ihre Identität: auch eine Art von Fälschung vor der Geschichte. Das ist etwas ganz anderes, als wenn ein Schriftsteller ein Pseudonym benutzt. Die meisten Linken sind dann unter ihrem neuen Namen bekannt oder berüchtigt geworden, ihre Geburtsnamen sind in der Öffentlichkeit weithin unbekannt. Die Erinnerung daran ist auch ein Teil einer Richtigstellung zur Zeitgeschichte. Einige prominente Fälle seien im folgenden erwähnt.

Wolfgang Leonhard,[1] 1921 in Wien geboren, erlebte 1943 auf der Kominternschule von Kuschnarenkowo,[2] daß jedem Kursusteilnehmer eingeschärft wurde, ihm sei nicht gestattet, seinen richtigen Namen zu nennen, auch nicht alten Bekannten gegenüber. Leonhard entschied sich für den Parteinamen >Linden< und trat dann als Wolfgang Linden auf. Der zum Bolschewismus übergelaufene Sohn des bekannten Worpsweder Malers Heinrich Vogeler[3] nannte sich auf der Kominternschule Jan Danilow. Leonhard traf dort auch seinen alten Jugendfreund aus der Liebknechtschule in Moskau, Mischa Wolf,[4] der in sowjetischem Dienst als Michael Storm auftrat. Zur deutschen Gruppe in Kuschnarenkowo gehörte ebenso der Altstalinist Paul Wandel aus Mannheim, der sich Klassner nannte.[5] Auch in der nach 1945 in Liebenwalde, 35 Kilometer nordöstlich von Berlin, eingerichteten Parteihochschule >Karl Marx< studierten ab 1947 deutsche Kommunisten aus den Westzonen unter falschem Namen.

Im folgenden seien einige Personen aufgeführt, die unter falschem Namen wirkten, zunächst Deutsche und in Deutschland tätige, anschließend insbesondere Osteuropäer.

---

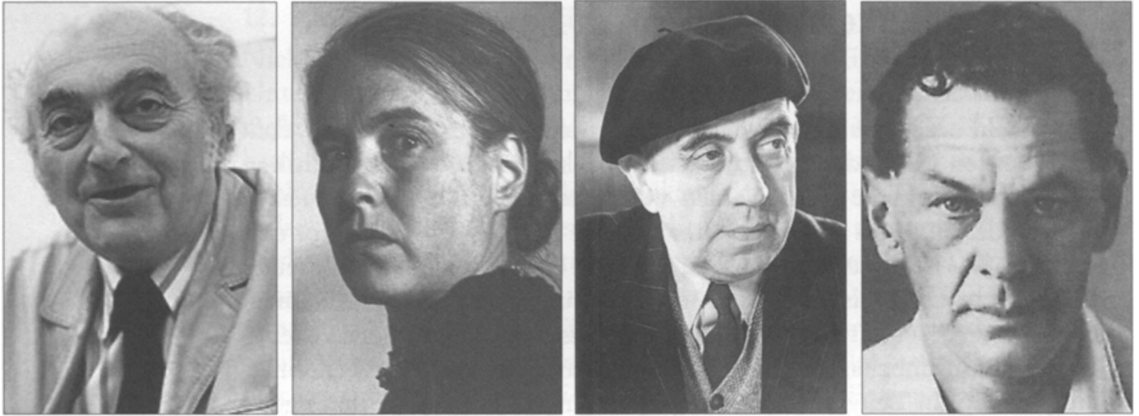
[1] Wolfgang Leonhard, *Die Revolution entläßt ihre Kinder,* Kiepenheuer und Witsch, Köln 1955.

[2] Kuschnarenkowo ist ein kleiner Ort, rund 60 Kilometer nordwestlich von Ufa (Rußland) entfernt.

[3] In Worpswede bei Bremen lebten in der bekannten Künstlerkolonie u.a. Otto Bek- ker, Paula Modersohn-Becker, Heinrich Vogeler.

[4] Mischa Wolf, der spätere Chef der Hauptverwaltung Aufklärung der DDR und Hauptverantwortliche für die kommunistische Desinformation, wurde 1923 in Hechingen geboren, sein Vorname Markus wurde zu Mischa russifiziert.

[5] Leonhard, aaO. (Anm. 1), S. 195



Von links: Stefan HEYM, Anna SEGHERS, Ernst REUTER, Richard SORGE.

Der vor wie nach 1945 als Landesverräter tätige Otto JOHN (1909-1997) arbeitete in England ab Sommer 1944 in der Desinformationsabteilung von Sefton DELMER unter dem Namen Oskar JÜRGENS.[1]

Der nach dem Zweiten Weltkrieg als Oberbürgermeister von Berlin (1950-1953) hervorgetretene Ernst REUTER, geboren 1889 in Appenrade (Nordschleswig), schloß sich 1918 LENIN in Rußland an, wurde Volkskommissar der Wolgadeutschen Republik, kam als Kommunist 1918 nach Deutschland zurück, agierte 1919 als kommunistischer Delegierter im Hotel Lux in Moskau unter dem Namen FRIESLAND.[2] Er starb am 29. 9. 1953 in Berlin.

Helmut FLIEG, am 10. April 1913 in Chemnitz geboren, änderte seinen Namen in Stefan HEYM. Als jüdischer Kommunist emigrierte er im März 1933 in die Tschecho-Slowakei.[3] Zwei Jahre später ging er in die USA, wo er 1937/39 Chefredakteur der linken Wochenzeitschrift *Deutsches Volksecho* in New York und während des Zweiten Weltkrieges als Sergeant einer Psychological-Warfare-Kompanie tätig war. Ab 1945 half er als amerikanischer Besatzungsoffizier bei der Umerziehung der Deutschen in den Westzonen, so als Mitbegründer der *Neuen Zeitung* in München. 1952 bat er die DDR um Asyl, wurde SED-Miglied und schrieb dann, daß der mitteldeutsche Aufstand vom 17. Juni 1953 ein von westlichen Geheimdiensten organisiertes konterrevolutionäres Unternehmen gewesen sei. Auf STALIN hielt er große

---

[1] JOHN, der lange vor dem 20. Juli 1944 nach eigenen Angaben Landesverrat betrieben hatte - nach DELMER traf er sich ab 1942 mit britischen und amerikanischen Geheimdiensten - , ging dann nach England. Vgl. Sefton DELMER, *Die Deutschen und ich,* Nannen, Hamburg 1961, wo Otto JOHN ein ganzes Kapitel (S. 580-605) gewidmet ist. 1955 wurde er als in die Ostzone geflohener Chef des Bundesverfassungsschutzamtes vom Bundesverfassungsgericht wegen Landesverrats verurteilt, später von Bundespräsident Richard VON WEIZSÄCKER mit einer Pension von knap 4500.- DM versehen.
[2] Ruth VON MAYENBURG, *Hotel Lux,* Piper, München 1978.
[3] *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 10. 4. 1993.

Lobreden. 1989 fürchtete er, nach dem Umschwung in Mitteldeutschland gehängt zu werden, da er sich wohl noch einen Rest von Gerechtigkeitssinn erhalten hatte. Dennoch standen ihm weiterhin die Schlagzeilen der deutschen Presse offen, und er konnte 1994 als Alterspräsident und Abgeordneter der SED-Nachfolgepartei PDS den Deutschen Bundestag eröffnen.

Die als Netty REILING in Mainz am 19. November 1900 geborene Schriftstellerin nannte sich Anna SEGHERS. Sie trat 1928 der KPD bei, emigrierte 1933 nach Frankreich, dann nach Mexiko, kam 1947 nach Deutschland zurück, ging in die Sowjetzone und trat der SED bei. Sie wurde auch als »literarische Heiligenfigur der DDR« bezeichnet. Sie schwieg, wo sie hätte reden sollen (zum Beispiel in dem Prozeß von 1957 gegen HARICH, JANKA u. a.). Über 30 Jahre (1950-1983) war sie Vorsitzende, ab 1978 Ehrenvorsitzende des Schriftsteller-Verbandes der DDR. 1951 erhielt sie den Stalin-Friedenspreis<. Zur Schande von Universität und Stadt Mainz muß erwähnt werden, daß SEGHERS 1977 Ehrenbürgerin der Universität, 1982 auch dieser Stadt wurde. Sie starb 1983.

Dr. Richard SORGE, 1895 bei Baku (Südrußland) als Sohn einer russischen Mutter und eines deutschen Vaters, der dort Ölingenieur war, geboren, wurde »Ika« genannt und trat 1919 der KPD bei. Er soll 1920 im Ruhrgebiet und 1923 in Hamburg am Aufstand der Kommunisten teilgenommen haben[1] und war später am marxistischen Frankfurter >Institut für Sozialforschung< (Frankfurter Schule) tätig, im Zweiten Weltkrieg als sowjetischer Spion in Tokio, wo er die Freundschaft des deutschen Botschafters OTT genoß. Von Tokio aus verriet er die deutsche Angriffsplanung auf Rußland sowie Japans Nichteingreifen 1941 nach Moskau. Als Spion am 18. 10. 1941 entlarvt, wurde er am 7. 11. 1944 in Japan nach einem Geheimprozeß hingerichtet.

Wilhelm ZAISSER, geboren am 20. 6. 1893 in Gelsenkirchen, gestorben am 3. März 1958 in Ostberlin, war Lehrer und Reserveoffizier, seit 1918 in der USPD. Er leitete 1920 die >Rote Armee< bei deren Aufstand an der Ruhr, floh dann in die UdSSR. Im Spanischen Bürgerkrieg nannte er sich General GOMEZ. 1945 wurde er sächsischer Innenminister, dann Stasi-Minister in Pankow. 1953 ging er nach Moskau zurück. Er nannte sich auch Werner REISSNER.[2]

Otto WINZER, am 3. April 1902 in Berlin geboren, war ab 1920 Kominternmitglied und ab 1965 Außenminister der DDR. Nach 1935 über Frankreich und Holland in die Sowjetunion emigriert, betätigte er sich während des Zweiten Weltkrieges als Agitator in Kriegsgefangenenlagern in der Sowjetunion unter dem Namen LORENZ.[3]

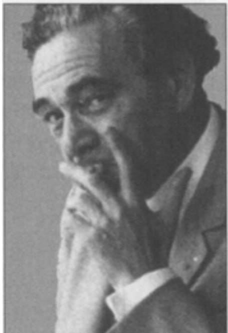
---

[1] Margret BOVERI, *Der Verrat im 20. Jahrhundert,* Rowohlt-Verlag, Reinbek 1976, S. 353.

[2] MAYENBURG, aaO. (Anm. 7), S. 238; vgl. auch Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.), *SBZ von A bis Z,* Bonn ^{9}1965, S. 493.

[3] Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.), ebenda, S. 477.







Von oben: Willy BRANDT, Leo BAUER und Leo KATZ.

Der lange als Kominternagent tätige Herbert WEHNER (1906-1990) führte in seinem Leben verschiedene Namen. Kurt FUNK ist wohl der bekannteste, unter dem er bei seinem ersten Moskauer Aufenthalt am 26. Oktober 1935 einen Lebenslauf verfaßte.[1] Weitere Decknamen sind MÜLLER und STERN. 1927 trat er der KPD bei, war 1930-33 Reichstagsabgeordneter. In Schweden wurde er am 29. 4. 1942 zu einem Jahr Gefängnis, am 12. 11. 1942 zu einem Jahr Zuchthaus wegen Spionage verurteilt. Später war er ab 1969 Jahrzehnte Fraktionsvorsitzender der SPD im Bundestag und 1966 bis 1969 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen. Er starb am 19. 1. 1990 in Bonn. Seinem Intimus und Fraktionsgeschäftsführer WIENAND wurde der Prozeß wegen langjähriger Agententätigkeit für den Stasi (und wohl auch KGB) sowie später auch wegen Korruption gemacht.

Willy BRANDT wurde am 18. 12. 1913 in Lübeck als Herbert FRAHM geboren, gehörte der linksradikalen Sozialistischen Arbeiter-Jugend (SAJ) an, emigrierte 1933 nach Norwegen, kam als alliierter Major 1945 nach Berlin und wurde 1957 unter seinem neuen Namen Berliner Regierender Bürgermeister und 1969 Bundeskanzler, bis er am 7. 5. 1974 über den Spionagefall GUILLAUME stürzte. Er starb am 8. Oktober 1992 in Unkel am Rhein.

Hans HABE war 1911 als Sohn des jüdischen Ungarn Janos BEKESSY, späteren Pressesprechers der ungarischen Räteregierung von 1919, in Budapest geboren. Er kam 1945 als US-Presseoffizier nach Westdeutschland, gründete die ersten Nachkriegszeitungen und beherrschte lange Zeit die Lizenzpresse.

Der Kominternagent Leo BAUER, geboren als COHEN 1912 in Skalat in Galizien, verstorben 1972 in Bonn, trat 1931 der KPD in Berlin bei, war 1933 einige Zeit inhaftiert, emigrierte nach Paris, wo er den Namen Leo KATZ annahm. Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges ging er in die Schweiz, wo er mit dem US-Doppelagenten Noel FIELD nachrichtendienstlich tätig war. 1945 baute er die hessische KPD auf, deren Fraktionsvorsitzender er im Landtag war. 1949 ging er in die DDR, wurde dort 1950 verhaftet, nach Moskau ausgeliefert und dort zum Tode, dann zu 25 Jahren Haft verurteilt. 1955 kam er nach dem ADENAUER-Besuch in Moskau in die Bundesrepublik zurück, trat der SPD bei und wurde Berater Willy BRANDTS. Er führte vorbereitende Geheimgespräche mit dem Osten zur späteren Verzichtspolitik BRANDTS.

Fast alle führenden osteuropäischen Kommunisten wechselten ihre Namen. Bela KUN, 1886 in einem ungarischen Dorf als Sohn des jüdischen Notars COHN geboren, machte sich 1919 zum Volkskommissar (Diktator) der ungarischen bolschewistischen Räterepublik. Nach seinem Sturz durch eine Gegenregierung ging er nach Moskau, wo er bei STALINS großer Säuberung 1937/39 zu Tode kam. Zeitweise agierte er auch unter dem Namen Karl HERMANN.

1 Reinhard MÜLLER, *Die Akte Wehner,* Rowohlt, Berlin 1993.

Maxim Maximowitsch LITWINOW war der spätere Name des jüdischen Meier Moissejewitsch WALLACH. Der 1876 in Bialystok geborene Bolschewik und Leninist war sowjetischer Außenminister von 1930 bis 1939, als er durch MOLOTOW ersetzt wurde.[14] Er verstarb 1951 in Moskau.

Lew Davidowitsch BRONSTEIN wurde 1879 als Sohn eines wohlhabenden jüdischen Großbauern in der Ukraine geboren und nannte sich ab 1902 TROTZKI. Er ließ mit beispielloser Brutalität den Aufstand der Kronstädter Matrosen 1921 niederschlagen, überwarf sich mit STALIN, wurde 1929 des Landes verwiesen und 1940 in Mexiko - wohl auf STALINS Geheiß - von dem mexikanischen Kommunisten MERCADER, der unter dem falschen Namen des Belgiers Jacques MORNARD auftrat, umgebracht.

Mit der Schwester TROTZKIS verheiratet war Lew Borissowitsch ROSENFELD, der sich KAMENEW nannte (1883-1936). 1917 kam er ins sowjetische Zentralkomitee, 1919 ins Politbüro, 1936 fiel er als TROTZKI-Anhänger STALINS großer Säuberung zum Opfer.

Der jüdische Generalsekretär der tschechischen Kommunisten (1945-51) und stellvertretende Ministerpräsident der Tschechoslowakei (1951) Rudolf SLANSKY (1901-1952) hieß eigentlich SALZMANN. Im SLANSKY-Prozeß von 1952 war die antisemitische Komponente unverkennbar.[15] SLANSKY wurde zum Tode verurteilt und am 3. 12. 1952 in Prag hingerichtet.

Walter KRTWITZKY, der sich GINSBURG (GINSBERG) nannte, ist einer der interessantesten Zeitzeugen für das sowjetische System mit seinem Buch *Ich war in Stalins Dienst.*[16] Im Februar 1941 wurde er in einem Washingtoner Hotel mit einem Kopfschuß tot aufgefunden.


Von links: Maxim LITWINOW, Lew BRONSTEIN (TROTZKI), Rudolf SLANSKY und Bela KUN.

[14] Maxim LITWINOW, *Memoiren. Aus den geheimen Tagebüchern*, Kindler, München 1956.
[15] Arthur KOESTLER, *Frühe Empörung. Gesammelte autobiographische Schriften,* Band 1, Fritz Molden, Wien 1970.
[16] Walter KRIWITZKY, *Ich war in Stalins Dienst,* Amsterdam 1940.

Wjatscheslaw Michailowitsch MOLOTOW (1890-1986) hieß eigentlich SKRJABIN, sein Vater war der Bruder des berühmten russischen Komponisten SKRJABIN. MOLOTOW war von 1939 bis 1949 sowie von 1953 bis 1956 sowjetischer Außenminister.

Wladimir Iljitsch LENIN (1870-1924), der Führer der bolschewistischen Revolution von 1917 und Verantwortliche für die sowjetische Schreckensherrschaft, hieß ursprünglich ULJANOW.

Josef STALIN (1879-1953) wurde als DSCHUGASCHWILI geboren. In Batum legte er sich den georgischen Namen KOBA ZU.[17] Er nannte sich auch NISCHERADSE, TSCHITSCHIKOW oder IWANOWSKI.[18]

Der russische Schriftsteller Maxim GORKI (1868-1936) hieß ursprünglich Alexej Maximowitsch PESCHKOW, geboren in Nischni-Nowgorod, das nach 1932 Gorki genannt wurde. Er schloß sich 1917 den Bolschewisten an und betrieb sowjetische Kulturpropaganda.

Karl RADEK (1885-1941) war als SOBELSOHN 1885 in einer jüdischen Familie in Lemberg geboren und versuchte als hoher Kominternfunktionär, nach 1918 in Deutschland die bolschewistische Revolution durchzuführen. Seit 1937 ist er in Moskau verschollen.

Matyas RAKOSI, der Chef der kommunistischen ungarischen Emigranten in Moskau in der Zwischenkriegszeit, wurde am 17. März 1892 als Mathias ROTH, Sohn des jüdischen Händlers ROTH, in Ungarn geboren, geriet im Ersten Weltkrieg in russische Gefangenschaft und wurde dort in einem sibirischen Lager Kommunist.[19] 1945-56 war er Generalsekretär der ungarischen Kommunisten, 1945-52 stellvertretender Ministerpräsident, 1952/53 Ministerpräsident Ungarns. Nach dem ungarischen Aufstand von 1956 lebte er in der UdSSR.



Von links: Maxim GORKI, Karl RADEK und Wladimir I. LENIN.

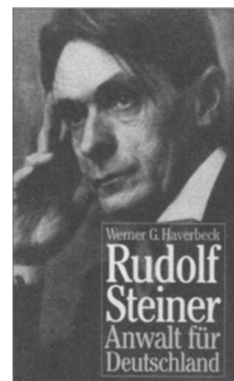
[17] Gustav HILGER, *Stalin*, Musterschmidt, Göttingen ²1964, S. 14.

[18] Essad BEY, *Stalin,* Gustav Kiepenheuer Verlag, Berlin 1931, S. 38.

[19] David IRVING, *Aufstand in Ungarn,* Albrecht Knaus Verlag, München 1981, S. 24.

Rudolf Steiner und der Erste Weltkrieg

Rudolf STEINERS markanter Einsatz für Deutschland im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts ist kaum bekannt. Paradoxerweise hat selbst das verdienstvolle, zusammenfassende Werk von Werner Georg HAVERBECK über diese Frage: *Rudolf Steiner, Anwalt für Deutschland* eher für eine weitere Verdrängung der auch in dieser Hinsicht bedeutenden Leistungen STEINERS gesorgt. Denn man hat gerade auch in anthroposophischen Kreisen nach Kräften das Werk HAVERBECKS relativiert und sich distanziert, weil nicht allein der Autor nach herrschender Auffassung politisch inkorrekt war, sondern zudem noch so manche unmißverständliche Äußerung STEINERS dem heutigen Maßstab der *political correctness* nicht genügt.



Andererseits gab und gibt es Kreise, die STEINER, entgegen allen offen vorliegenden Tatsachen, verleumden, zum Teil in einer Weise, die rational nicht mehr nachzuvollziehen und für die ein angemessener Ausdruck nicht mehr zu finden ist. Hier wären manche Kreise zu nennen, die heute noch unerschrocken behaupten, STEINER sei Jude gewesen und es sei ihm gelungen, im Auftrage des Weltjudentums durch seine Machenschaften den Ersten Weltkrieg gegen Deutschland zu entscheiden, namentlich, indem er durch seinen Einfluß auf Generaloberst VON MOLTKE das Scheitern der Marneschlacht herbeigeführt habe.[2]

Werfen wir unter dem Gesichtspunkt seines sozialen und politischen Engagements einen Blick auf sein Leben. Von früher Jugend an erlebt und verfolgt STEINER aufmerksam und intensiv nicht nur die physikalisch-technische Seite der wachsenden Industrialisierung, sondern ebenso die mit ihr wachsenden sozialen Probleme. Auch während seiner umfassenden Studien in Mathematik, Physik, Philosophie, Literatur und mehr, während seiner wachsenden schriftstellerischen Tätigkeiten auf verschiedenen Gebieten begleiten diese Fragen ihn unausgesetzt, wie schon ein Blick in seine zahlreichen Kommentare zum Zeitgeschehen bezeugt.

Im Wiener Parlament hört er in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts mit höchstem Interesse die Debatten über die Probleme des österreichischen Vielvölkerstaates, aber er muß die Unfähigkeit der damaligen Politiker erkennen, diese Vielvölker-Probleme zu lösen. Mit steigender Sorge sieht er einen großen europäischen Krieg herannahen, weil die deutschen und österreichischen Politiker nicht erkennen, aus welchen verborgenen Hintergründen und wirtschaftlichen Motiven dieser Krieg, wie er sich später einmal ausdrückt, »förmlich herbeigelotst«[3] wird.

Er wird sich darüber klar, daß eine Lösung nur durch eine ganz entschiedene Rückbesinnung auf den deutschen Geist und eine daraus folgende radikale Neuausrichtung des politischen Handelns gefunden werden konnte, daß

[1] Werner G. HAVERBECK, *Rudolf Steiner. Anwalt für Deutschland,* Langen Müller, München 1989.

[2] Z. B. H. Graf MOLTKE, *Die deutsche Tragödie an der Marne,* Verlag Richard Geller 1934; Faksimile-Nachdruck,Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur, Viöl/Nordfriesland 1992. Siehe hierzu Anm. 20.

[3] GA 173, S. 22 [Ru*dolf Steiner Gesamtausgabe-,* Rudolf Steiner Verlag, Dornach/ Schweiz],

man aber statt dessen vorzog, in den alten Denkgewohnheiten und Gebräuchen weiterzumachen, die den inzwischen heraufgekommenen gesellschaftlichen und politischen Problemen, den Entwicklungsrichtungen der modernen Industriegesellschaft, unter keinen Umständen mehr gewachsen waren. Das gilt gleichermaßen für das österreichische wie das deutsche Kaiserreich.

So zitiert STEINER 1895 in seinem Werk *Nietzsche als Kämpfer gegen seine Zeit*[1] mit Nachdruck NIETZSCHES Wort von der Gefahr einer »Exstirpation des deutschen Geistes zugunsten des Deutschen Reiches« und kommt später wiederholt auf dieses harte Wort zurück.

1899 wird er gebeten, als Lehrer an der von Karl LIEBKNECHT in Berlin gegründeten Arbeiter-Bildungsschule zu wirken, bis man ihm 1905 zum Kummer seiner Arbeiter-Schüler, die ihn lieben und verehren,[2] das weitere Wirken unmöglich macht, weil er nicht im marxistisch-materialistischen Sinne lehrt.

Im selben Jahr formuliert er das »Soziale Hauptgesetz«.[3] Seine Arbeiten zu GOETHES naturwissenschaftlichen Schriften,[4] seine erkenntnistheoretischen und philosophischen Schriften bilden das Fundament für eine Geistesforschung, die er methodisch entwickelt und der er, in Anknüpfung an Philosophen des 19. Jahrhunderts (z. B. TROXLER), den Namen »Anthroposophie« oder »anthroposophische Geisteswissenschaft« gibt. Sie ermöglicht ihm, konkrete Aussagen zum Beispiel über die hinter den Völkern stehenden wirklichen geistigen Wesenheiten zu machen.

Er sieht, wie von allen Seiten Haß gegen das deutsche Volk geschürt wird, und versucht, durch Darstellung einer vertieften Erkenntnis der verschiedenartigen Aufgaben der europäischen Volksseelen, eine Frucht seiner Geistesforschung, für das gegenseitige Verständnis der Völker zu wirken.[5] Er setzt alles daran, den großen Bau des >Goetheanum< bei Basel in der Schweiz, der in München nicht genehmigt worden war, bis zum Sommer 1914 abzuschließen. Dieser Bau sollte in seiner Architektur und inneren Gestaltung Ausdruck der von ihm gemeinten Geisteswissenschaft sein und eine »Freie Hochschule für Geisteswissenschaft« beherbergen.

Es erweist sich als unmöglich, den Termin einzuhalten. Dafür wird dieser Bau während des Weltkrieges zu einem wahren Symbol des friedlichen Zusammenwirkens der Völker, indem Angehörige sämtlicher einander auf den Schlachtfeldern bekämpfenden Nationen gemeinsam an der Vollendung dieses Baues arbeiten.[6] Sogar Fronturlauber kommen für einige Tage, um an

---

[1] GA 5.

[2] J. Mücke/A. A. RUDOLPH, *Erinnerungen an Rudolf Steiner,* Zbinden, Basel 1979.

[3] GA 34, S. 213.

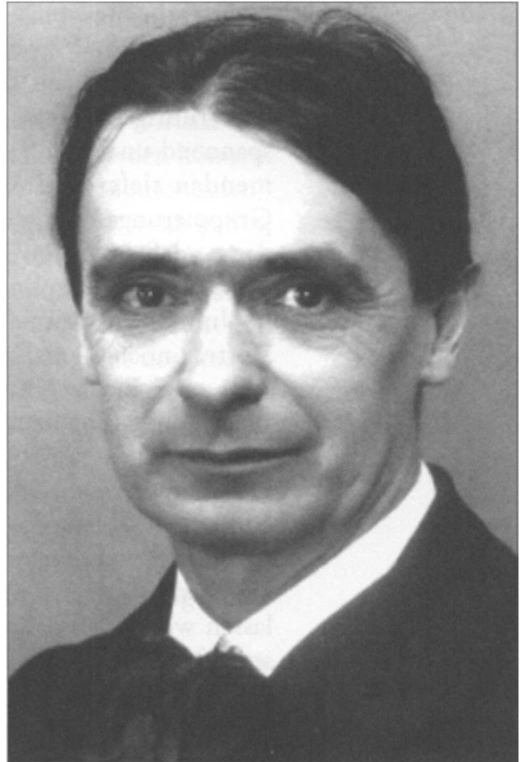
[4] U.a. Einleitungen zu GOETHES naturwissenschaftlichen Schriften, GA 1; Grundlinien einer Erkenntnistheorie der GoETHEschen Weltanschauung, GA **2.**

[5] »Die Mission einzelner Volksseelen«, GA 121.

[6] Andrej BELYJ, *Verwandeln des Lebens,* Zbinden, Basel 1977.

diesem Werk, und sei es auch nur kurz, mitwirken zu können. Es fällt nach jahrelanger Hetze von klerikaler Seite in der Nacht zum 1. Januar 1923 einer Brandstiftung zum Opfer.

1915 erscheint eine schmale, doch äußerst inhaltsreiche Schrift: *Gedanken während der Zeit des Krieges — für Deutsche und solche, welche nicht glauben, sie hassen müssen.*[7] Neben anderen Schriften, die den Frontsoldaten geistige Nahrung vermitteln sollen, wird auch diese vielfach an die Front verschickt. Sie findet nicht nur hohe Anerkennung, sondern ruft andererseits auch Emotionen hervor, die STEINER veranlassen, sie nicht neu aufzulegen. Er weist jedoch mehrfach in Vorträgen auf die besondere Bedeutung dieser Ausführungen hin und drückt die Hoffnung aus, sie würden später einmal verstanden werden.


Rudolf STEINER.

Freilich ist hier anzumerken, daß sogar führende Anthroposophen sich heute für die Art und Weise genieren, wie STEINER darin unmißverständlich für die edelste Substanz des Deutschtums eintritt, und sich von dieser Schrift zu distanzieren suchen.

1916 entschließt sich STEINER, trotz aller Bedenken und der für ihn persönlich damit verbundenen Gefahren, rückhaltlos von den eigentlichen Untergründen dieses Weltkrieges zu sprechen. Erst 1948 gibt die Nachlaßverwaltung der Werke STEINERS eine Vervielfältigung der Nachschriften dieser Vorträge an etwa 100 namentlich bezeichnete Persönlichkeiten heraus; 1966 endlich werden sie gedruckt und öffentlich zugänglich.[8] Aber diese außergewöhnlichen Ausführungen werden wenig wahrgenommen und noch weniger verstanden, Sie werden geradezu gefürchtet und demgemäß verdrängt. Als um 1980 eine englische Ausgabe veranstaltet wird, leitet man sie im Vorwort mit der Bemerkung ein, diese Ausführungen STEINERS seien zum Teil für Engländer »nicht zumutbar«. (Man fühlt sich an den schon fast verwegenen Titel Ingeborg BACHMANNS erinnert: »Die Wahrheit ist dem Menschen zumutbar«.)

STEINER deckt in diesen Vorträgen in zahlreichen Einzelheiten ein Panorama weitreichender historischer Zusammenhänge und die tieferen Motive sowie Machenschaften verschiedener englisch-amerikanischer Geheimgesellschaften und okkulter Gruppierungen in einer Weise auf, die für sensible Gemüter zweifellos an mehr als einer Stelle schwer erträglich sein mag. Der

---

[7] In: GA 24, S. 279 ff.

[8] GA 173/174 Zeitgeschichtliche Betrachtungen - Das Karma der Unwahrhaftigkeit, erster und zweiter Teil.

nicht anthroposophisch vorgebildete Leser wird diese Ausführungen in der Regel wohl als >Verschwörungstheorien< abtun und sich sodann erleichtert fühlen, weil sich ja nach Anwendung dieser Bezeichnung weiteres Nachdenken erübrigt. Steiner macht in diesen Ausführungen bewußt, wie weltumspannend und viele Jahrhunderte umfassend die aus absolut ernst zu nehmenden tieferen Erkenntnissen gespeisten Weltherrschaftspläne jener Gruppierungen der westlichen Hemisphäre sind, und läßt keinen Zweifel daran, daß im Licht der Öffentlichkeit stehende Politiker vielfach nichts mehr als deren Strohmänner sind.

Um nur ein Beispiel zu geben: Am 21. März 1921 faßt Steiner in einem Vortrag noch einmal zusammen, was er während des Krieges bereits mehrfach zu einem bestimmten Aspekt der geistigen Hintergründe westlicher Politik ausgeführt hatte.

»Dasjenige, was ich Ihnen jetzt sage, ist eine Anschauung, die ich konstatieren konnte - vielleicht geht sie noch weiter zurück, das weiß ich vorderhand nicht - bis in die achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts zurück. Mit kaltem Blicke wußte man im angelsächsischen Volke, daß sich die soziale Frage ausleben müsse, daß man durch diese das Angelsachsentum nicht ruinieren lassen wolle, daß daher Rußland werden müsse das Experimentierland für sozialistische Versuche. .. und namentlich alle Balkanfragen, einschließlich derjenigen, durch die man im Berliner Vertrag den ahnungslosen Mitteleuropäern Bosnien und die Herzegowina zugeschanzt hat, alle diese Fragen wurden schon unter diesen Gesichtspunkten behandelt... und man hoffte, .. . daß dann diese sozialistischen Experimente. .. eine deutliche Lehre sein werden in ihrem Ausgehen, in der Nichtigkeit, in der Zerstörung..., daß man es so auch nicht machen könne. Man wird also die westliche Welt dadurch schützen, daß man im Osten zeigen wird, was der Sozialismus anrichtet, wenn er sich so verbreiten kann, wie man es für die westliche Welt nicht will.«[12]

[12] GA 174b, S. 360.

Auf Fragen, wie lange dieses sozialistische Experiment wohl dauern werde, antwortete Steiner, es werde etwa 70 Jahre dauern, wie sich inzwischen bewahrheitet hat; auch das Wort vom »gescheiterten sozialistischen Experiment« hört man heute gelegentlich.

Steiner machte darauf aufmerksam, daß es schon im englisch-amerikanischen Volkscharakter liegt, nüchtern und sachgemäß eine Politik der großen Gesichtspunkte und weitgespannten Pläne im Sinne des eigenen Nutzens, des geradezu instinktiven Volksegoismus zu treiben, während der deutsche Volkscharakter ganz und gar nicht in dieser Richtung veranlagt ist. Der deutsche Volkscharakter neigt zum Theoretisieren, zum Handeln nach abstrakten Grundsätzen. So ist die deutsche Politik der englisch-amerikanischen Politik nicht gewachsen, solange sie sich nicht zu ähnlich hohen Gesichtspunkten aufschwingt, aber im Sinne des deutschen Geistes zu menschheitlichen, nicht volksegoistischen Intentionen. Auf diesem Hintergrund ruft Stei-

NER unermüdlich dazu auf, die Planungen jener okkulten Gruppierungen, deren Großzügigkeit sogar durchaus Bewunderung verdiene, und ihre geistigen Hintergründe zu durchschauen und von mitteleuropäischer Seite große Perspektiven zu entwickeln, aus denen die sozialen, geistigen und wirtschaftlichen Probleme der modernen Industriegesellschaft bewältigt werden können.

Als solche Perspektive stellt STEINER im Juli 1917 in zwei Memoranden[13] die Idee einer »Dreigliederung des sozialen Organismus«, wie er sie nennt, vor. Es handelt sich, allzu kurz gesagt, darum, die unsachgemäßen Verkettungen und gegenseitigen Abhängigkeiten der drei Hauptglieder des sozialen Organismus zu lösen in Richtung einer Verselbständigung des Geistes- und Kulturlebens, des Rechtslebens im weiteren Sinne, der Domäne des Staates, und des Wirtschaftslebens. Es geht dabei nicht um ein Programm, das systematisch durchgeführt werden könnte, sondern um das Aufzeigen von realen Entwicklungstendenzen der modernen Industriegesellschaft, deren Berücksichtigung grundlegende Umstrukturierungen des sozialen Organismus verlangt, die sinnvoll nur aus der Einsicht der maßgeblich Beteiligten durchzuführen wären. (Es kann hier nicht der Ort sein, diese tiefgreifende Idee näher zu besprechen oder gar die selbstverständlich sofort auftretenden Fragen und Probleme zu diskutieren.)

[13] GA 24, S. 329 ff.

Die Memoranden werden führenden und einflußreichen Persönlichkeiten zugeleitet (z. B. dem österreichischen Ministerpräsidenten v. SEIDLER, dem Kabinettschef des österreichischen Kaisers Graf POLZER), und STEINER versucht in Gesprächen mit Persönlichkeiten wie KÜHLMANN (Staatssekretär des Äußeren, der in Brest-Litowsk für das Deutsche Reich den Friedensvertrag abschließt), Prinz MAX VON BADEN (später Reichskanzler) Verständnis für die Notwendigkeit einer europäischen Neuordnung im Sinne der Dreigliederung zu erwecken, um dem destruktiven Willen der Sieger wirksam entgegentreten zu können.

Er wird verstanden, doch fehlen der Wille und wohl auch der Mut, sich mit der erforderlichen Energie für derart durchgreifende neue Orientierungen einzusetzen. STEINER: »Ich habe KÜHLMANN dazumal gesagt: Sie haben die Wahl, entweder jetzt Vernunft anzunehmen und auf das hinzuhorchen, was in der Entwicklung der Menschheit sich ankündigt als etwas, was geschehen soll. .. oder Sie gehen Revolutionen und Kataklysmen entgegen. - Statt Vernunft anzunehmen, bekamen wir den Frieden von Brest-Litowsk.«[14] »Während des Weltkrieges hat man es nicht verstanden, daß den 14 abstrakten Punkten des Woodrow WILSON die konkrete Dreigliederung von autoritativer Seite hätte entgegengetragen werden müssen.«[15]

[14] GA 192, S.16.

[15] GA 337a, S.406.

Schon vor ihrer Veröffentlichung am 8. Januarl918 hatte Präsident Woodrow WILSON sich mehrfach im Sinne seiner bekannten »14 Punkte« ausgesprochen. Bereits 1917 kämpft STEINER mit Macht gegen WILSONS Verlautbarungen, die er als phrasenhaft, hohl, ja verlogen charakterisiert. Im zweiten Memorandum heißt es:



Deutsche Karikatur aus dem Jahre 1916. US-Präsident Woodrow WILSON stimmt ein Lied auf die Freundschaft zum deutschen Volk an, doch die Pfeifen der amerikanischen Orgel bestehen aus den Kanonen, die den Alliierten verkauft werden.

»In den Ausdruck, den Herr WILSON seinem Wollen gegeben hat, sind die nach Verdunklung ihrer wahren Gestalt strebenden Kriegsziele der Entente auf fragwürdige Art hineingeheimnist. .. denn diejenigen, welche von dem >kommenden Weltkrieg< als einem unabwendbar Ereignis sprachen, rechneten mit den wirklichen historisch-völkischen Kräften Europas. .. also mit großzügigen, historisch-völkischen Gesichtspunkten, die sie in den Dienst ihrer eigenen Ziele stellen wollen. Und diese Ziele führen, ob dieses auch noch so stark abgeleugnet wird von Ententeseite aus, zur Absicht, die mitteleuropäischen Staatsgebilde zu zermalmen. Das Richtige ist, ganz nüchtern zu betonen, daß das Ziel der Ententeführer die Zerdrückung Mitteleuropas ist. . .

Dieses Ententeprogramm beruht. . . auf drei Voraussetzungen:
daß die historisch gewordenen mitteleuropäischen Staatsgebilde nicht als diejenigen... anerkannt werden dürfen, welchen es obliegt, die europäischen Völkerprobleme zu lösen;

daß diese mitteleuropäischen Staatsgebilde wirtschaftlich nicht in einem Konkurrenz-, sondern in einem Abhängigkeitsverhältnisse vom Anglo-Amerikanertum stehen müssen;

daß die kulturellen (geistigen) Verhältnisse Mittel- und Osteuropas geordnet werden, nur wer vermag zu erkennen, wie es im Sinne des Volksegoismus des Anglo-Amerikanertums ist.

Nur wer vermag zu erkennen, daß die Übersetzung dieser drei Punkte in die WILSON-Entente-Sprache die ist, welche WILSON in seinem Sendschreiben an die Russen angewendet hat, der durchschaut, um was es sich handelt.

Nach der Veröffentlichung der 14 Punkte setzte STEINER seinen Kampf für ein politisches Erwachen verstärkt fort, denn er mußte erleben, daß man zum Unheil Deutschlands allgemein geneigt war, dieser nur zu wohlklingenden angeblichen Verhandlungsgrundlage Vertrauen zu schenken. In wiederholten Ausführungen läßt er keinen Zweifel daran, daß der Westen mit vollkommener Selbstverständlichkeit überzeugt ist, zur Weltherrschaft berufen zu sein. Bezüglich Deutschlands strebe man förmlich eine »Helotisierung« an. »(Der Gedanke der Weltherrschaft)... ist aber so festgewurzelt in denjenigen, die die wahren Führer der angelsächsischen Rasse sind, daß man es vergleichen kann mit den inneren Impulsen, welche einstmals das altjüdische Volk von seiner Weltmission hatte.«[16] Aber: »Die anglo-amerikanische Welt mag die Weltherrschaft erringen: ohne die Dreigliederung wird sie durch diese Weltherrschaft über die Welt den Kulturtod und die Kulturkrankheit ergießen.. ,«[17]

[16] GA 174b, S. 358.

[17] GA 194, S. 235.

1919 versucht STEINER mit einer Anzahl von Rednern, die sich ihm zur Verfügung stellen, eine Volksbewegung für die Dreigliederung des sozialen Organismus ins Leben zu rufen. Die Bewegung findet in der Arbeiterschaft bedeutendes positives Echo, dagegen wenig in den bürgerlichen Kreisen. Sie wird namentlich von der Führung der Gewerkschaften und der Parteien bekämpft, die um ihre Macht fürchten. Man schreckt vor keiner Verleumdung zurück. Die herkömmlichen Autoritäten siegen.

STEINER tritt mit dem Aufruf: »An das deutsche Volk und an die Kulturwelt!«[18], der von vielen bekannten Persönlichkeiten unterzeichnet wird, an die Öffentlichkeit. Er fordert das deutsche Volk zu einer grundlegenden Selbstbesinnung auf: »Ob jetzt die Kraft zu solcher Selbstbesinnung vorhanden ist, davon hängt die Lebensmöglichkeit des deutschen Volkes ab... Stellt es sich diese Frage heute, dann wird ihm die Erkenntnis aufleuchten, daß es vor einem halben Jahrhundert ein Reich gegründet, jedoch unterlassen hat, diesem Reich eine aus dem Inhalt der deutschen Volkheit entspringende Aufgabe zu stellen.« Als diese Aufgabe stellt er den Weg zur Dreigliederung des sozialen Organismus hin. Im selben Jahr erscheint mit der Schrift *Die Kernpunkte der socialen Frage*[19] eine grundsätzliche Darstellung dieser Dreigliederung. Im Oktober ruft er seinen Hörern zu: »Für Mitteleuropa stehen die Dinge so, daß es sich handelt um Leben und Tod des Volkstums.«[20]

[18] »Die Kernpunkte der sozialen Frage«, Anhang S. 164, GA 23.

[19] Ebenda.

[20] GA 191, S. 15.

Im selben Jahr warnt STEINER mit aller ihm zur Verfügung stehenden Kraft dringend vor der Unterzeichnung der Alleinschuldformel. Er wendet sich an Frau VON MOLTKE, um die Erlaubnis für eine Veröffentlichung der privaten Aufzeichnungen des ehemaligen Generalstabschefs über die Vorgänge der letzten Tage und Stunden vor Ausbruch des Krieges zu veröffentlichen, die ihm aus Gesprächen mit VON MOLTKE bekannt waren. Aus diesen Aufzeichnungen geht unwiderleglich hervor, daß Deutschland diesen Krieg nicht wollte. Die Broschüre wird mit einem eingehenden Vorwort STEINERS in 50000 Exemplaren gedruckt und liegt Ende Mai 1919 zur Auslieferung be-

reit.[1] Die wahren Vorgänge sollen mit einem Schlag in die breite Öffentlichkeit treten. Die Siegermächte hätten nach dieser Veröffentlichung eine Bestätigung der Formel von der Alleinschuld des Deutschen Reiches am Ersten Weltkrieg nicht mehr durchsetzen können.

Allerdings geht aus VON MOLTKES Aufzeichnungen auch die geradezu unfaßbare Unfähigkeit des Kaisers in den entscheidenden Momenten hervor. Man befürchtet, wenn diese Vorgänge öffentlich bekannt werden, werde auf den Kaiser zurückfallen. Ein Vertreter der Generalität sucht STEINER auf und erklärt, er werde öffentlich beeiden, daß drei Punkte in diesen Aufzeichnungen falsch seien. STEINER ist sicher, daß diese drei Punkte den Tatsachen entsprechen, kann aber den dokumentarischen Beweis nicht antreten. Frau VON MOLTKE zieht ihre Erlaubnis zurück, die Broschüre muß eingestampft werden, die Alleinschuld Deutschlands, eine Lüge von kaum abschätzbarer Wirkung, wird unterschrieben.

1920 wird in Deutschland auf dem Boden der Dreigliederungsidee die Aktiengesellschaft >Der Kommende Tag< gegründet, 1921 werden die Anstrengungen wegen der bevorstehenden Abstimmungen auf die Oberschlesien-Frage konzentriert.[2] Das Gebiet hat eine ausreichende Größe, um als eine Art Modellfall die Fruchtbarkeit einer dreifach gegliederten Ordnung des sozialen Organismus zu erweisen. Die Bedingung wäre jedoch gewesen, daß die Bevölkerung dieses Gebietes weder dem polnischen noch dem deutschen Staat zufiele, sondern autonom bliebe. Das freie Geistesleben innerhalb einer dreigegliederten Struktur hätte die freie Ausgestaltung der geistig-kulturellen Bedürfnisse des polnischen wie des deutschen Volksteils und damit das friedliche Zusammenleben gewährleistet.

Hier wurde STEINER Verrat am Deutschtum vorgeworfen, wiederum Zeugnis des Nicht-Verstehens oder des Nicht-verstehen-Wollens.

Es wird nicht leicht sein, im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts einen zweiten Menschen zu finden, der neben aller Verehrung und Liebe, die ihm zuteil werden, mit derart blindem Haß und gewissenloser Verleumdung überzogen worden ist wie Rudolf STEINER. In diesem Zusammenhang muß auch erwähnt werden, daß bis heute letztlich ungeklärt geblieben ist, wie weit die mehrfach bezeugte Vergiftung am 1. Januar 1924 zu seinem Siechtum und dem zu frühen Tod beigetragen hat.[3]

Edgar Forster

---

[1] Abdruck nach dem letzten noch erhaltenen Exemplar in: *Helmuth von Moltke11848 bis 1916/Dokumente seinem Leben und Wirken*, Bd. 1, S. 381 ff., mit Vorbemerkungen von Gräfin Eliza VON MOLTKE v. Oktober 1922; Perseus, Basel 1993. Dritte wesentl. erw. Neuausgabe: *Helmuth von Moltke: Erinnerungen, Briefe, Dokumente 1877 bis 1916,* hg. von Eliza VON MOLTKE, Stuttgart 1922.

[2] »Aufruf zur Rettung Oberschlesiens«, Januar 1921, GA 24, S. 471 ff.

[3] Günter RÖSCHERT, »Die Todeskrankheit Rudolf Steiners«, in *Jahrbuch für anthroposophische Kritik 1998,* Trithemius Verlag.



Das Dritte Reich

Junge Männer
vom Reichsarbeitsdienst.
Breit angelegte Maßnahmen regierungsseits sorgten für einen baldigen Abbau der Massenarbeitslosigkeit. Im Mittelpunkt des Regierungsprogramms stand die Durchsetzung des Sozialrevolutionären Gedankens der Volksgemeinschaft, der durch die Haltung »Gemeinnutz vor Eigennutz« gefordert wurde.

Vorwort • Das Dritte Reich

Mit der Machtübernahme Adolf Hitlers und der Ausrufung des Dritten Reiches (da sich das Zweite Reich von 1871 als überholt, geschlagen und sozialpolitisch verbraucht erwiesen hatte) setzte umgehend eine internationale Kampagne und Einkreisung ein, die mit Ausnahme des bolschewistischen Umsturzes in Rußland und der Ausrufung der Sowjetrepublik in der Weltgeschichte einmalig war. Bevor auch nur irgendeine Maßnahme der neuen Reichsregierung greifen konnte, war man sich in der internationalen Presse und in den westeuropäischen Staaten wie auch in der UdSSR in der Verdammung dieses neuen, ideologischen Politikansatzes einig. So war das Kabinett um Hitler bei sämtlichen Reformen ganz auf sich allein und auf die deutschen Tugenden während der Wiederherstellung der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Strukturen eines souveränen Staates angewiesen, auf Fleiß, Einsatz- und Opferbereitschaft und auf ein völlig neues hochdynamisches System, das vor unpopulären Maßnahmen nicht zurückschrekken konnte. Die Erfolge dieses neuen Deutschlands in der kurzen Phase der Friedenszeit waren und sind trotz seiner relativen außenpolitischen Isolation ohne historischen Vergleich.

Nach ersten Pressekampagnen zumeist von deutsch-jüdischen Emigranten, vor allem in Großbritannien und in den USA, erklärte am 24. März 1933 »das Judentum Deutschland den Krieg«. Diese Wirtschaftskriegserklärung, die durch zahlreiche jüdische Protest- und Plakataktionen in den Großstädten Englands und der USA, aber auch durch handgreifliche Behinderungen vor dortigen Geschäften, die deutsche Waren vertrieben, ergänzt wurde, führte zu einem erheblichen Rückgang des deutschen Außenhandels und zu dringenden Bitten von deutschen Kaufleuten in den eigenen Botschaften, etwas gegen diese als illegal empfundenen Aktivitäten zu unternehmen. Nach mehrmaligen eindringlichen Warnungen der Reichsregierung kam es in Deutschland am 1. April 1933 zu einem sogenannten Abwehrboykott vor jüdischen Geschäften. Dies ist das wohl beste Beispiel für die verzerrte und einseitige Darstellung vieler Ereignisse und Handlungen im Dritten Reich, bei denen stets der Anlaß oder die Ursache nicht erwähnt werden und so die deutsche Reaktion als spontaner, singulärer und anscheinend zusammenhangloser Willkürakt oder als Verbrechen hingestellt wird.

Wie ein roter Faden zieht sich diese Pressepolitik durch die Zeitungslandschaft des demokratischen und sozialistischen Auslands. Im Dritten Reich war es einer relativ gleichgeschalteten Presse noch möglich, auf die entsprechenden Angriffe aufklärend, widerlegend oder auch parierend zu antworten. Nach dem Kriegsende gelang es den Alliierten, durch Einsatz einer lizenzierten Presse ihre Sichtweise der Ereignisse in entsprechender

Verkürzung, Einseitigkeit und Verfälschung in nicht minder gleichgeschalteter Form durchzusetzen. Während die Erlebnisgeneration derartige Veröffentlichungen noch mit eigenen Erinnerungen abgleichen und korrigieren konnte, verfestigt sich dieses verzerrte Bild unter den Nachgeborenen in erschreckender Weise.

Doch es genügte den Siegern nicht, lediglich antijüdische Aktionen, den Einsatz der >Legion Condor< im Spanienkrieg oder andere politische Begebenheiten zu kriminalisieren. Sämtliche Institutionen des Dritten Reiches unterlagen einer völligen Umwertung, von der SS bis hin zur Hitler-Jugend, ja sogar unpolitische Wohlfahrtseinrichtungen wie das Winterhilfswerk oder die NS-Volkswohlfahrt. Alle Lebensbereiche, Kunst, Theater, Architektur, Gesetzgebung, Schulwesen usw. sind seitdem, obwohl damals in vielen Fällen richtungsweisend und im internationalen Vergleich an der Spitze stehend, einer ständigen Verächtlichmachung ausgesetzt. Deutsche Künstler, seien es Musiker, Schriftsteller, bildende Künstler, Schauspieler oder Filmschaffende, die nach 1933 nicht emigriert waren, werden heute entweder als zweite Wahl oder als politisch untragbar dargestellt. Ganze Lebenswerke wurden so dem Vergessen überantwortet.

Selbst mehrere Bände von Richtigstellungen würden nicht ausreichen, um all die Verzerrungen wieder in einen richtigen Zusammenhang zu stellen. Daher stellt dieser Block, so umfangreich er auch erscheinen mag, nur einen ersten Versuch dar.

Olaf Rose

Reichstagsbrand

Am Abend des 27. Februar 1933 brannte in Berlin der Reichstag. In dem Gebäude wurde von der alarmierten Polizei ein schweißtriefender junger Mann auf frischer Tat festgenommen, der sofort gestand, als einzelner die Brandstiftung vorgenommen zu haben, und dabei blieb: der holländische Anarchist Marinus VAN DER LUBBE.

Nur vier Wochen nach ihrer Machtübernahme und kurz vor entscheidenden Reichstagswahlen sahen die Führer der NSDAP in dem nach ihrer Meinung von Kommunisten gelegten Brand ein Fanal zum befürchteten KPD-Aufstand. Sie leiteten noch in derselben Nacht eine große Verhaftungswelle ein und veranlaßten den Reichspräsidenten VON HINDENBURG, am folgenden Tag die Notverordnung »zum Schutz von Volk und Staat« zu erlassen. Im folgenden Reichstagsbrandprozeß wurde VAN DER LÜBBE vom Reichsgericht in Leipzig zum Tode verurteilt und am 10. Januar 1934 hingerichtet. Die als Mittäter angeklagten Bulgaren DIMITROFF, POPOFF und TANEFF wurden aufgrund von Alibis und der Aussage des Täters - sehr zu HITLERS Zorn - freigesprochen. Im Ausland und besonders nach 1945 in der deutschen Forschung setzte sich die Ansicht durch, daß die Nationalsozialisten selbst den Brand gelegt hätten, um einen Vorwand zum Vorgehen gegen die Kommunisten zu haben. In zwei *Braunbüchern,* an denen vor allem der deutsche Kommunist und Zeitungsverleger Willi MÜNZENBERG, der nach Paris emigriert war, be-



Passanten schauen sich am Morgen des 28. Februar 1933 das brennende Reichstagsgebäude an.

teiligt war, und in einem Londoner Gegenprozeß wurde schon 1933 den Nationalsozialisten die Schuld am Brand zugesprochen.



Der 22 Jahre alte Maurer Marinus VAN DER LÜBBE aus dem holländischen Leyden nach seiner Verhaftung. Die Meinung der Polizei, daß er Einzelgänger und Psychopath sei, wie sich später herausstellt, hält HITLER zunächst für unzutreffend.

Der hannoversche Ministerialbeamte Fritz TOBIAS legte in einer *Spiegel*-Serie 1959/60 und dann in einem ausführlichen Buch[1] 1962 überzeugend dar, daß VAN DER LÜBBE der Alleintäter gewesen war, der ohne Mithelfer, Hintermänner oder Auftraggeber gehandelt habe. Da dabei zahlreiche Fälschungen und Mythen der Kommunisten aufgedeckt wurden, fand TOBIAS zunächst bei den Historikern kein Gehör, bis Hans MOMMSEN vom angesehenen Münchener Institut für Zeitgeschichte die Ergebnisse des >Amateurhistorikers< aus Niedersachsen bestätigte.[2] Einen zusammenfassenden Uberblick über den ganzen Fall und die anschließenden Fälschungsversuche gab Eckart JESSE.[3]

Die Kommunisten und Umerzieher wollten jedoch die historische Wahrheit nicht anerkennen und versuchten in den folgenden Jahren, TOBIAS ZU widerlegen und mundtot zu machen. Dieser Vorgang bildet ein bezeichnendes Beispiel für die Geschichtsfälschungen und deren Verbreitung im Nachkriegsdeutschland.

Dazu wurde unter anderem im Jahre 1968 in Luxemburg ein internationales Komitee zur wissenschaftlichen Erforschung der Ursachen und Folgen des Zweiten Weltkrieges< gegründet, das die kommunistische Ansicht über den Reichstagsbrand beweisen wollte. Maßgebende Leute darin waren der als Generalsekretär wirkende italo-kroatische Publizist Edouard CALIC, der Schweizer Historiker Walther HOFER und der deutsche >KZ-Fachmann< Eugen KOGON neben anderen angesehenen Personen aus Politik und Wissenschaft. 1972 erschien eine erste Dokumentation des Komitees,[4] die vor allem den Negativbeweis führen wollte, daß ein einzelner den Brand nicht hätte legen können. 1978 sollte in einem zweiten Band[5] und in einem weiteren Buch[6] durch neu vorgelegte Dokumente der positive Beweis dafür gebracht werden, daß die Nationalsozialisten die Täter gewesen waren. Ein angekündigter dritter Band erschien nicht mehr.

Denn schnell ergab sich, daß die in Band 2 veröffentlichten Dokumente raffinierte Fälschungen waren. Schon 1979 wies Karl-Heinz JANSSEN in einer

---

[1] Fritz TOBIAS, *Der Reichstagsbrand. Legende und Wirklichkeit,* Rastatt 1962.

[2] Hans MOMMSEN, »Der Reichstagsbrand und seine politischen Folgen«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte,* Nr. 12, 1964, S. 351-413.

[3] Eckart JESSE, »Der Reichstagsbrand und seine >Aufklärer<. Ein Fälschungsskandal geht zu Ende«, in: Karl CORINO (Hg.), *Gefälscht! Betrug in Literatur, Kunst, Musik, Wissenschaft und Politik,* Greno, Nördlingen 1988, S. 106-127.

[4] Walther HOFER, Edouard CALIC, Christoph GRAF, Friedrich ZIPFEL (Hg.), *Der Reichstagsbrand. Eine wissenschaftliche Dokumentation,* Bd. 1, Berlin 1972.

[5] Dies. (Hg.) *Der Reichstagsbrand. Eine wissenschaftliche Dokumentation,* Bd. 2, München 1978.

[6] Edouard CALIC, *Der Reichstagsbrand. Die Provokation des 20. Jahrhunderts. Forschungsergebnisse,* Luxemburg 1978.

vierteiligen Serie in der Wochenzeitung *Die Zeit*[7] auf Fälschungen in Band 2 und auf Besonderheiten im Leben von CALIC hin, und 1986 erschien ein überzeugendes Enthüllungsbuch zu den Manipulationen des Komitees.[8] Einige Beispiele der vorgelegten Fälschungen seien wiedergegeben.

1968 gab CALIC angebliche »Geheimgespräche« des Chefredakteurs der *Leipziger Neuesten Nachrichten,* Richard BREITING, mit HITLER von 1931 heraus,[9]deren Stenogramme im Nachlaß BREITINGS gefunden worden seien. Golo MANN schrieb das Vorwort zu dem Buch, und Sebastian HAFFNER rühmte die Schrift als »ein historisches Dokument ersten Ranges«.[10] In diesen »Geheimgesprächen« soll HITLER unter anderem 1931 gesagt haben: »Je früher man diese Schwatzbude verbrennt, desto früher wird das deutsche Volk von fremden Einflüssen befreit.«[11] Das wurde als HITLERS Ziel gewertet, den Reichstag brennen zu sehen. Ferner soll HITLER erst später wichtig gewordene Personen genannt und erst für später belegte Aussprüche von sich gegeben haben. Schließlich fiel Kritikern auf, daß in dem Deutsch der Gespräche kennzeichnend serbokroatische Wortfloskeln vorkommen, die für deutsche Sprecher ungewöhnlich sind. JANSSEN urteilte schon 1979 darüber: »Das von Edouard CALIC herausgegebene Buch >Ohne Maske< ist eine der unverfrorensten Geschichtsfälschungen dieses Jahrhunderts.«[12] Man wird an eine andere üble Fälschung erinnert, an RAUSCHNINGS *Gespräche mit Hitler von* 1939/40, von denen offensichtlich auch ganze Ausdrücke übernommen wurden.[13]CALIC verklagte JANSSEN vor Gericht, die Klage wurde jedoch abgewiesen.

Aus BREITLINGS Nachlaß sollen weitere vom Komitee vorgelegte Dokumente stammen, die dann auch als systematisch hergestellte Fälschungen entlarvt werden konnten. Die von HOFER hervorgehobene Tatsache, daß die einzelnen »unabhängigem Dokumente sich gegenseitig bestätigen, ergab sich als Folge der gezielten Herstellung durch einen Fälscher. Auch aus anderen Quellen wurden >Dokumente< geboten, die sich ebenso als gefälscht erwiesen.

Nach dem Enthüllungsbuch von 1986 erhoben sich Forderungen an HOFER, die >Dokumente< im Original vorzulegen und dem Bundesarchiv zur Überprüfung zu überlassen. Zunächst weigerte er sich. Dann erklärte er, die Originale seien vernichtet worden, und übergab dem Archiv Kopien, die natürlich keinen Beweis für das Entstehungsjahr der Originale zulassen. Erst

---

7 Karl-Heinz JANSSEN, »Geschichte aus der Dunkelkammer. Kabalen um den Reichstagsbrand. Eine unvermeidliche Enthüllung«, Sonderdruck aus: *Die Zeit,* Nr. 41, 1979.

8 Uwe BACKES u. a., *Reichstagsbrand. Aufklärung einer Legende,* München 1986.

9 Edouard CALIC, *Ohne Maske. Hitler-Breiting Geheimgespräche 1931,* Frankfurt/M. 1968.

10 Zitiert in: JESSE, aaO. (Anm. 3), S. 109.

11 CALIC, aaO. (Anm. 9), S. 69.

12 JANSSEN, aaO. (Anm. 7), S. 12.

13 Hermann RAUSCHNING, *Gespräche mit Hitler,* Europa, Zürich 197

danach wurden die Fälschungen auch von der etablierten Geschichtswissenschaft als solche gewertet.

Bezeichnend ist ebenso, wie HOFER seinen Kritiker mundtot machen wollte. Er und andere forderten von TOBIAS' Dienstherren die Einleitung eines Disziplinarverfahrens mit dem Ziel der Entlassung des die >Nazis< entlastenden Laienhistorikers. HOFER wandte sich sogar 1971 an den Berliner Senator der Justiz, Heinz KORBER, mit der Bitte, »den Fall an die Generalstaatsanwaltschaft weiterzuleiten, damit ermittelt werden kann, inwieweit Herr TOBIAS mit seinem Verhalten gegen die Gesetze und das öffentliche Interesse verstößt«. Zur Begründung führte er aus: »Herr TOBIAS ist von der Idee besessen, die braunen Machthaber von diesem Verbrechen freizusprechen. Im Verein mit GÖRINGS einstigen Schergen hat er eine absolut unwissenschaftliche These in die Welt gesetzt, die sich auf dokumentarisch nachweisbare Fälschungen stützt und mit der bewiesen werden soll, daß man GÖRING den Reichstagsbrand nicht anlasten könne... Diese Behauptung widerspricht jedoch nicht nur der historischen Wahrheit, sondern ist darüber hinaus -wie Prof. Dr. Golo MANN es ausdrückte - volkspädagogisch gefährlich.«[14] Gleichzeitig wandte sich HOFER an den damaligen Berliner Innensenator Kurt NEUBAUER: »Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie Ihren Einfluß geltend machen. Vielleicht wäre es möglich, daß Sie Ihren Kollegen in Hannover bäten, Herrn TOBIAS das Handwerk zulegen.«[15] Der überführte Fälscher warf also dem die Wahrheit vertretenden TOBIAS Fälschung vor und versuchte, die Staatsgewalt gegen ihn zu mobilisieren, um ihn aus dem Beruf zu werfen und zu kriminalisieren.

Doch HOFERS derartige nicht gerade wissenschaftliche Versuche hatten keinen Erfolg mehr. Die historische Wahrheit setzte sich dank der jahrelangen Arbeit und des mutigen Stehvermögens von Fritz TOBIAS durch. JESSES Schlußsatz gilt leider allgemein für die nachkriegsdeutsche Geschichtswissenschaft: »So sind die Fälschungen um den Reichstagsbrand auch für die >etablierte< Forschung alles andere als ein Ruhmesblatt.«[16] Rolf Kosiek

[14] Zitiert in: JESSE, aaO. (Anm. 3), S. 120.

[15] Ebenda, S. 121.

[16] Ebenda, S. 125.

»Obwohl Marinus VAN DER LÜBBE dabei bleibt, allein und ohne Hintermänner den Brand gelegt zu haben, sind die... NS-Politiker fest davon überzeugt, daß die KPD dahintersteckt und mit dem Reichstagsbrand das Signal zum Umsturz des Staates und der Gesellschaft geben will, der nach Kenntnis der Regierung aus Geheimdienstberichten seit Mitte Dezember 1932 systematisch von der KPD vorbereitet wird... Am 25. Februar ist im Rotfrontkämpferbund der KPD »höchste Alarmstufe« angeordnet worden. Vor allem HITLER fürchtet den großen Aufstand der Kommunisten, sieht den Staat und seine Regierung bedroht und glaubt, schnell handeln zu müssen... Als Reichstagspräsident und preußischer Staatskommissar macht GÖRING im Rundfunk die Kommunisten für den Brand verantwortlich und sagt ihnen den Kampf an.«
Aus: Rolf KOSIEK, *Dt. Geschichte im 20. Jahrhundert,* Grabert, Tübingen 2004, S. 219.

Bücherverbrennungen

Die deutschen Bücherverbrennungen des Jahres 1933 - bei weitem nicht die ersten und letzten, weder in Deutschland noch in der Welt - werden zu allen Jahrestagen in den Massenmedien erwähnt. Daß anderenorts solche in weit größerem Maße stattfanden und dort die Vernichtung einer literarischen Kultur versucht wurde, wurde - wenigstens bisher - weitgehend verschwiegen. Am 10. Mai 1933 wurden an vielen, nicht allen, deutschen Universitäten pornographische und politisch mißliebige Bücher verbrannt. Ein revolutionärer Akt - nach Ansicht der damaligen Studentenschaft.

H. W. STRÄTZ schrieb, daß damals ein Vergleich mit den Bücherverbrennungen durch die Inquisition in Madrid 1634 beabsichtigt war.[1] Es handelt sich bei Bücher- und Schriftenverbrennungen um eine alte Methode, sich in der Öffentlichkeit bemerkbar zu machen.

In den Veröffentlichungen der Umerzieher wird zumeist Heinrich HEINE zitiert: »Wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch Menschen« - obwohl schon lange vor 1933 Bücher und Menschen verbrannt worden sind! Doch darüber schweigt man. Man wirft solche Tatsachen in das berühmte »Gedankenloch« von George ORWELL, das in seinem *1984* (Ullstein-Taschenbuch, S. 97) erwähnt wird. Dagegen hat Bundeskanzler KOHL zum 50. Jahrestag des 10. Mai 1933 hervorgehoben, Bücherverbrennungen seien eine Mahnung für die ganze Welt. Heiner GEISSLER (1983 noch Generalsekretär der CDU) erinnerte ebenfalls an Heinrich HEINE. Er hätte natürlich auch den berüchtigten jesuitischen Inquisitor KONIAS nennen können, der im Drei-

[1] H. W. STRÄTZ, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte,* 1968.





Links: »Durch Licht zur Nacht«, Lithographie von John HEARTFIELD (= Helmut HERZFELD) als Titelblatt der *AtZ,* Nr. 18, 10. 5. 1933. Rechts: Bücher werden 1933 in Hamburg beschlagnahmt. Aus: *Deutsche Geschichte in Bildern,* Berlin 1997.



Bücherverbrennung bei der Wartburg-Feier der deutschen Studenten von 1817 (Stahlstich von W. Pobuda um 1818); es wurden unter anderen Schriften von August von Kotzebue und Karl Ludwig von Haller verbrannt. Heute werden keine Bücher mehr verbrannt, sie werden – wirksamer – durch Indizierung oder Verbot aus dem Verkehr gezogen.

ßigjährigen Krieg Zehntausende von Büchern in Böhmen verbrennen ließ. Aber das hätte nicht zu seinen Absichten gepaßt, das deutsche Volk im Schuldbewußtsein erpreßbar zu halten.

Schon in der Bibel wird von Bücherverbrennungen gesprochen. Ein Bericht hierüber findet sich im 19. Kapitel der Apostelgeschichte, Vers 19.[2] "Wir wissen alle von Martin Luther, daß er die Bannandrohungsbulle von Papst Leo X. und die *Summa Theologiae* von Thomas von Aquin sowie andere Fundamentalwerke der Kirche öffentlich in Wittenberg vor dem Elstertor 1520 verbrannt hat.

Ein wichtiges Buch über unser Thema stammt von Hermann Rafetseder.[3] Er hat viele Beispiele von Bücherverbrennungen genannt. 1764 wurden in Den Haag Schriften von Voltaire öffentlich verbrannt. 1763 gab es in London große Schriftenverbrennungen, allerdings gibt es dazu heute keine Warnungen und Gedenktage! Papst Klemens XIV. ließ 1770 aufklärerische Schriften durch den Henker öffentlich verbrennen.

Beim Wartburgfest der deutschen Studenten am 18. Oktober 1817 (zur Erinnerung an die Reformation und die Völkerschlacht bei Leipzig) wurden am Abend auch einige Bücher verbrannt, darunter solche vom russischen Staatsrat Kotzebue.

Berühmt sind die 23 Forderungen der >Roten Garden< in China. Forderung Nr. 23 lautet: »Bücher, in denen sich die Gedanken von Mao Tse-tung nicht widerspiegeln, müssen verbrannt werden!« 1968 rissen Gäste des SPD-Parteitages die Parteifahnen von den Masten und verbrannten sie mit dem Ruf »Ho-Ho-Ho Tschi Minh!« 1986 wurden in Teheran von Jugendlichen amerikanische Fahnen verbrannt.

Großes Aufsehen entstand (hauptsächlich bei den Meinungsmachern der veröffentlichten Meinung), als am 3. Oktober 1965 in Düsseldorf 25 junge

[2] Vers 19 lautet: »Viele aber, die Zauberei getrieben hatten, brachten die Bücher zusammen und verbrannten sie öffentlich und berechneten, was sie wert waren, und kamen auf fünfzigtausend Silbergroschen.«

[3] Hermann Rafetseder, *Bücherverbrennungen. Die öffentliche Hinrichtung von Schriften im historischen Wandel,* Böhlau-Verlag, Wien-Köln-Graz 1988.

Menschen vom »Evangelischen Jugendbund für entschiedenes Christentum< unmoralische Schriften, darunter Bücher von Günter GRASS, öffentlich verbrannten.

Weil Herbert G. WELLS in seinem Werk über die Weltgeschichte die Meinung der Mohammedaner über die Unveränderbarkeit des Korans belustigend fand und bedauerte, daß sie »ihrem konfusen Buch« anhängen, hat vor gläubigen Moslems in der Londoner Moschee Dr. Abdul Yakub KHAN WELLS' Buch verbrannt.[4]

Es ist aber kein großer Unterschied, ob man Bücher verbrennt oder ob man sie verbietet. Nach 1945 haben die Sieger mehr als 34000 Titel von Büchern und Zeitschriften in Deutschland verboten und verbrannt, sowohl in Ost als auch in West. Ruth ANDREAS-FRIEDRICH bringt eindrucksvolle Beispiele über die alliierte Säuberung deutscher Bibliotheken bis zum 1. Oktober 1945. Sie beschreibt auch einige öffentliche Verbrennungen von Büchern.[5]

Ein bekannter evangelischer Funktionär aus Berlin hat eine besondere Auffassung zu Verbrennungen. Er meinte 1972, eine Kaufhausbrandstiftung sei ein »sinnlich anschauliches Zeichen!«

Ab 1946 erschienen in Ost-Berlin Listen der aus allen Bibliotheken und Büchereien auszusondernden NS-Literatur.[6] Mit mehreren Nachträgen bis 1952 umfaßten sie insgesamt rund 34000 Titel. Nach diesen Aufstellungen wurde auch vielfach in den Westzonen gesäubert.

Eine Reihe von möglichst kompletten Sammlungen dieser den Deutschen für die Zukunft entzogenen Literatur sollte jedoch zur Aufbewahrung und Auswertung in die USA gebracht werden. In einem Brief eines Institutspräsidenten Werner W. CLAPP aus Washington vom 10. Juli 1957 auf die Frage nach dem Verbleib dieser Sammlungen wird auf die Säuberungsanweisung des alliierten Kontrollrates Bezug genommen und festgestellt:[7]

»Dies sind die Tatsachen in bezug auf die verloren gegangenen 150 Sammlungen von Nazi-Publikationen.

Auf Grund einer Weisung des Alliierten Kontrollrates in Berlin vom Jahre 1946 sollten sämtliche propagandistischen und militärischen Nazi-Veröffentlichungen aus den deutschen Büchereien ausgejätet und eingestampft werden, um Papier für neue Publikationen zu liefern. Im ursprünglichen Befehl war keine Vorsorge für die Bereitstellung von Exemplaren zu Forschungszwecken getroffen, später wurde aber angeordnet, daß die Library of Congress, Mission to Germany, die damals unter der US Army Dienst tat, die Aussonderung von 150 vollständigen Sammlungen sämtlicher Publikationen zum Zwecke der Auswertung und Forschung überwachen sollte.

Der Dienst der Mission kam jedoch zu einem Ende, ehe die Arbeit abgeschlossen werden konnte. In der Folge habe ich in den vergangenen Monaten versucht, die weitere Geschichte der 150 Sammlungen aufzuklären. Beim Wechsel der Besatzungspolitik scheint man diese aus dem Auge verloren zu haben.«

[4] Johannes GROSS, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung Magazin,* Heft 720, 17. 12. 1993, S. 10.

[5] Ruth ANDREAS-FRIEDRICH, *Schauplatz Berlin,* Suhrkamp, Frankfurt/M. 1968.

[6] Deutsche Verwaltung für Volksbildung (Hg.), *Liste der auszusondernden Literatur,* VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin 1946, 1947, 1952.

[7] Zitiert in: *Nation Europa,* Nr. 2, 1958, S. 26.

In deutschen Universitätsbibliotheken wurden nach Kriegsende >Giftschränke< eingerichtet. In diesen wurden bestimmte aus der NS-Zeit stammende Bücher aufbewahrt, die nur für Ausleiher zugänglich waren, wenn diese ein berechtigtes wissenschaftliches Interesse nachweisen konnten. Das galt zumindest bis weit in die sechziger Jahre. Den historisch interessierten Laien blieben diese Bücher also vorenthalten: eine für eine freiheitliche Demokratie mit grundgesetzlich garantierter Meinungsfreiheit nicht gerade vorbildliche Handlungsweise.

In den neunziger Jahren wurden öffentliche Bibliotheken von Büchern im *Verfassungsschutzbericht* als »rechtsextrem« oder »revisionistisch« eingestufter Verlage oder Autoren gesäubert, so zum Beispiel auf Druck des Innenministeriums von Baden-Württemberg die Bücherei des >Hauses der Heimat< in Stuttgart.

Im Rahmen des Umbruchs im Osten sind auch vorher weitgehend unbekannte Tatsachen an die Öffentlichkeit gekommen. So berichtete Günter GRAFFENBERGER in der *Welt*[8] zusammenfassend über die fast restlose Vernichtung der estnischen Literatur durch die Sowjets nach deren Besetzung Estlands im Juni 1940. Vor allem der estnische Schriftsteller und Gelehrte Aivo LÖHMUS hatte im estnischen Blatt *Edasi* (Vorwärts) über den »stalinistischen Kulturmord an der estnischen Literatur« geklagt, der weit mehr als eine symbolische Bücherverbrennung war. *Die Welt:* »Beim Einmarsch der Roten Armee Mitte Juni 1940 setzte eine regelrechte Jagd nicht nur auf Regimegegner ein, sondern ebenso auf Bücher. 30000 Titel, die damals erschienen waren, wurden sofort verboten. Danach wurde dann die Büchervernichtung in Gang gesetzt, der weitaus mehr als zehn Millionen Bände zum Opfer fielen, darunter selbst die Erzählungen über >Tarzan< von Edgar RICE-BURROUGH und *Der Graf von Monte Christo* von Alexandre DUMAS.

[8] Günter GRAFFENBERGER, »Wo selbst Tarzan nicht überlebte«, in: *Die Welt,* 12. 8. 1988.

Mit Messern und Äxten wurde nicht allein die *Estnische Enzyklopädie* zerhackt und dann auf Scheiterhaufen verbrannt, sondern ebenso die *Bibel,* die *Allgemeine Kunstgeschichte,* Estlands Kunstgeschichte, das *Biographische Lexikon,* eine Buchserie über die Nobelpreisträger, ja sogar ein russischer Klassiker wie Fjodor DOSTOJEWSKIJ fand keine Gnade.«

Erst mit der Befreiung des Baltikums durch deutsche Soldaten im Jahre 1941 habe »dieser Kulturwahnsinn« geendet, um dann im Herbst 1944 nach der Wiederbesetzung durch die Sowjets fortzufahren. 1950 sei eine erste systematische Verbotsliste aus Moskau erschienen: »Als verboten galten alle Zeitungen und Lehrbücher aus der Zeit der Unabhängigkeit, also bis 1940, und nach der deutschen Besetzung.«

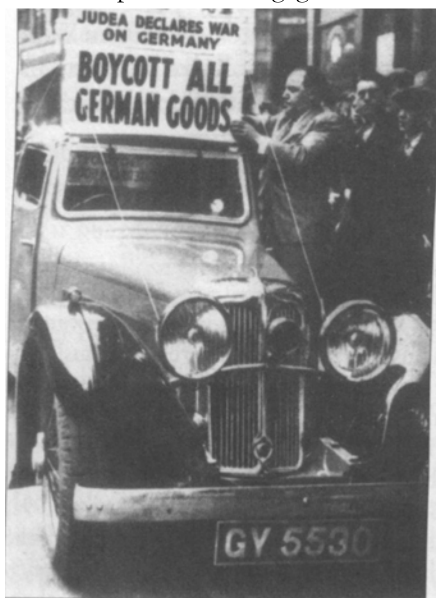
Ähnliches sei in den Nachbarrepubliken Lettland und Litauen geschehen, wo die Sowjets ebenso die gewachsene Volkskultur völlig zu vernichten versuchten. Demgegenüber vergleiche man das Wirken etwa des deutschen Diplomaten und Botschafters Otto ABETZ im besetzten Paris ab 1940, in dem das kulturelle und literarische Leben weiter blühte.[9]

[9] Otto ABETZ, *Das offene Problem. Rückblick auf zwei Jahrzehnte deutscher Frankreich-Politik,* Greven, Köln 1951.

Abwehrboykott am 1. April 1933

Wenige Tage nach dem Regierungsantritt Adolf Hitlers (30. Januar 1933) setzte eine scharfe wirtschaftspolitische Boykottaktion der Juden in aller Welt gegen Deutschland ein, vorwiegend in den USA und in England. Damit im Zusammenhang stand auch die wirtschaftliche und finanzpolitische Kriegserklärung der Juden in aller Welt am 24. März 1933 in der britischen Zeitung *Daily Express*.[1]

Parallel dazu wurde weltweit - wieder vor allem in US-Amerika und England - eine beispiellose Greuelpropaganda gegen das Reich entfaltet. Man wurde an die Kriegspropaganda des Ersten Weltkrieges erinnert. Als unverdächtiger Zeuge erwähnt der frühere Reichskanzler Heinrich Brüning, damals schon in sicherem Exil in den USA, in seinem Buch *Briefe und Gespräche 1934—1945* als gefährliches Beispiel unverantwortlicher jüdischer Lügenpropaganda,[2] daß »der Berliner Korrespondent eines New Yorker Blattes gekabelt hatte, daß an einem außergewöhnlich ruhigen Abend im Frühjahr 1933 die Spree angefüllt sei mit treibenden Leichen von durch die Nazis ermordeten Juden«: ein reines Phantasieprodukt eines gegen Deutschland hetzenden Schreibers.





Links: Die antideutsche Propaganda war nicht nur auf Amerika beschränkt, hier Szene in London Ende März 1933, nach der Kriegserklärung der Zionisten an das Deutsche Reich, erschienen in der Zeitung *Daily Express.* Rechts: Am 10. Mai 1933 fand in New York eine von jüdischen Organisationen veranstaltete Großdemonstration statt.

[1] Fotokopie des Artikels vom 24. März 1933 im *Daily Express* beim Verfasser.

[1] Heinrich Brüning, *Briefe und Gespräche 1934-1945,* Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1974, S. 162. Brüning berichtet darüber in einem Brief vom Dezember 1937 und gibt an, wie er 1933 führende Juden in aller Welt vor der Greuelpropaganda gegen das Reich gewarnt habe.

Gegen solche Lügenpropaganda erschien eine Abwehr notwendig. In der Umerziehungspublizistik wird der Eindruck hervorgerufen, der Boykott jüdischer Geschäfte in Deutschland am 1. April 1933 sei aus heiterem Himmel entstanden, einfach als Ausdruck des deutschen Antisemitismus. Das war eben nicht so. Auch mit >Rassismus< - ein dümmlicher Ausdruck linker Propaganda - hatte die Boykottaktion nichts zu tun, wie es etwa fälschlicherweise der *Spiegel*[1] behauptet.

Eine besonders dumme Lüge zu diesem Vorgang findet sich 1979 in den Informationen für die Truppe.[2] Dort heißt es, der deutsche Abwehrboykott vom 1. April 1933 sei eine Reaktion auf das »negative ausländische Echo auf das Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933« gewesen. Am einfachsten machen es sich manche Umerzieher, die alles Wesentliche, vor allem den Grund der Aktion, weglassen.[3]

Am 1. April 1933, einem Samstag, wurde dieser deutsche Abwehrboykott als Reaktion auf die ausländische Pressehetze um 10 Uhr vormittags in ganz Deutschland begonnen. SA-Männer standen mit den heute vielfach gezeigten Plakaten mit der Aufschrift: »Deutsche, wehrt Euch, kauft nicht bei Juden« vor allen bekannten jüdischen Geschäften. Nach NS-Quellen[4] soll der Boykott 10 Stunden gedauert haben und nach dem 1. April beendet worden sein. Es geschah keinem Juden persönlich etwas. Selbst die Schilderung der *Allgemeinen jüdischen Wochenzeitung*[5] über den Boykott berichtet mit keinem Wort über Angriffe auf Leib und Leben der Juden. Hiermit soll der Boykott keineswegs gebilligt oder gutgeheißen werden, es sollen nur seine Umstände richtiggestellt werden.

---

[1] *Der Spiegel,* Nr. 48, 1990, S. 243.

[2] Bundesministerium für Verteidigung (Hg.), *Informationen für die Truppe,* Heft 3, 1979, S. 66: »Am 1. April werden jüdische Geschäfte, aber auch Dienst- und Hilfeleistungen (Rechtsanwälte, Ärzte) staatlichem Boykott ausgesetzt, mit der Begründung ausländischer >Lügen und Verleumdungen von geradezu haarsträubender Perversität<« Der Leser soll meinen, die Begründung sei falsch, nirgends wird auf die vorherige antideutsche Hetze im Ausland hingewiesen. Jeden Hinweis auf die Begründung des Abwehrboykotts unterläßt auch das Geschichtsbuch für die Oberstufe der Gymnasien, Wolfgang W. MICKEL (Hg.) *Geschichte, Politik und Gesellschaft,* Band 1, Cornelsen, Berlin ^{3}1994, Seite 337. Es heißt dort lediglich: »Die ersten Opfer der >Gleichschaltung< waren die Juden, die mit einem Boykott ihrer Geschäfte am 1. April 1933 im ganzen Reich erstmalig als Feinde des Volkes gebrandmarkt wurden.« Kein Wort zur vorhergehenden verlogenen antideutschen Hetze ausländischer jüdischer Medien.

[3] Zum Beispiel: Harald STEFFAHN, *Deutschland. Von Bismarck bis heute,* Klett-Cotta, Stuttgart 1990, S. 225.

[4] Gerd RÜHLE**,** *Das Dritte Reich,* Band 1, Hummel, Berlin ^{2}1934.

[5] *Allgemeine jüdische Wochenzeitung* vom 25. 3. 1993.

Wie eine Gruppe deutscher Juden zum 30. Januar 1933 Stellung nahm, geht aus folgender Erklärung hervor:[6]

»Wir Mitglieder des im Jahre 1921 gegründeten Verbandes nationaldeutscher Juden haben stets im Krieg und Frieden das Wohl des deutschen Volkes und Vaterlandes, dem wir uns unauflöslich verbunden fühlen, über unser eigenes Wohl gestellt. Deshalb haben wir die nationale Erhebung vom Januar 1933 begrüßt, obwohl sie gegen uns selbst Härten brachte, denn wir sahen in ihr das einzige Mittel, den in 14 Unglücksjahren von undeutschen Elementen angerichteten Schaden zu beseitigen.«

Zur Vorgeschichte und Begründung des Boykotts schrieb der Berliner Historiker Ernst NOLTE:[7] »ALS Vorkämpfer der nationalen Restitution fand HITLER unter den Juden weitaus mehr Beifall als unter Pazifisten, von den Kommunisten zu schweigen. Die Bitten starker Verbände, wie des >Reichsbunds jüdischer Frontsoldatem oder des >Verbandes nationaldeutscher Juden<, die Juden doch nicht von der wiedererrungenen Wehrfreiheit, das heißt der Wehrpflicht, auszunehmen, klangen geradezu flehentlich. Schon im Frühjahr 1933 hatten sich prominente Juden, die zugleich >national< und antikommunistisch gesinnt waren, gegen die >antideutsche Hetze< ausgesprochen, die tatsächlich in den USA und in England nach dem 30. Januar 1933 losgebrochen war und sich zahlreicher Übertreibungen schuldig gemacht hatte, so daß der >Judenboykott< im April kein bloßer Vorwand war, aber natürlich die alte und charakteristische Ausrichtung gegen >die< Juden erkennen ließ.«

In der *Central-Verein-Zeitung* (dem Organ des >Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens<) hieß es am 30. März 1933:
»Wir 565 000 deutschen Juden legen feierliche Verwahrung ein.
Eine zügellose Greuelpropaganda gegen Deutschland tobt in der Welt. Durch jedes Wort, das gegen unser Vaterland gesprochen und geschrieben wird, durch jeden Boykott-Aufruf, der gegen Deutschland verbreitet wird, sind wir deutschen Juden genauso tief betroffen wie jeder andere Deutsche.
Nicht aus Zwang, nicht aus Furcht, sondern weil gewisse ausländische Kreise die Ehre des deutschen Namens lästern, das Land unserer Väter und Land unserer Kinder schädigen, sind wir ohne Verzug dagegen aufgestanden. Vor dem Inland und dem Ausland haben wir die Lügenmeldungen über Deutschland und die neue Regierung gebrandmarkt. ..
Gegen diese ungeheueren Beschuldigungen legen wir 565 000 deutschen Juden vor ganz Deutschland und vor der Welt feierliche Verwahrung ein.«

---

[6] Aufruf deutscher Juden nach HITLERS Regierungsantritt, in: Peter KLEIST, *Auch Du warst dabei. Aufbruch und Sturz des 3. Reiches,* K. W. Schütz, Göttingen 1968, S. 76.
[7] Ernst NOLTE, *Die Deutschen und ihre Vergangenheit,* Propyläen, Frankfurt/M. 1995, S. 59.

Sorbisch nach 1933 geduldet

Immer wieder konnte man in der Vergangenheit in der Presse lesen, daß der Gebrauch der sorbischen Sprache als einer slawischen Sprache in der Öffentlichkeit während der Zeit des vorwiegend germanisch ausgerichteten Dritten Reiches in der Lausitz verboten gewesen sei. Es sollte damit im Sinne der herrschenden politischen Korrektheit wohl das weit verbreitete rassistische und nationalistische Klischee von der NS-Zeit wieder einmal in der Öffentlichkeit untermauert werden.[1] Daß dem jedoch - zumindest in dieser Allgemeinheit - nicht so war und insbesondere Sorbisch in der Lausitz damals sogar im Gottesdienst regelmäßig verwendet werden konnte, während die deutsche Muttersprache zeitweilig in Südtirol als Amtssprache oder nach dem Zweiten Weltkrieg im polnisch verwalteten Schlesien sowie im russisch verwalteten nördlichen Ostpreußen überhaupt verboten war, stellte Prof. Dr. Horst SENDLER in einem Leserbrief aus eigener Erfahrung richtig.[2] Es heißt in dieser Zuschrift unter anderem:

»Von einem Verbot aber, in der Öffentlichkeit Sorbisch zu sprechen, war jedenfalls in Hoyerswerda, meiner Heimatstadt, nichts bekannt, geschweige denn, daß ein solches Verbot durchgesetzt worden wäre. >Wendischer< Gottesdienst, der selbstverständlich ausschließlich in wendischer Sprache abgehalten wurde, fand in zweiwöchigem Rhythmus unbeanstandet in der evangelischen Pfarrkirche statt, also in aller Öffentlichkeit in einer Kreisstadt von immerhin rund 8000 Einwohnern, und nicht in einem abgelegenen Dorf sozusagen insgeheim unter Ausschluß der Öffentlichkeit; und dies, obwohl der Kreisleiter der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ein strammer Nazi war und der noch schlimmere Ortsgruppenleiter gegenüber der Kirche wohnte, ihm also das Treiben dort gewiß nicht entgangen sein kann. Das alles weiß ich deswegen so genau, weil ich selbst vom 1. Januar 1940 bis zu meiner Einberufung zum Arbeitsdienst im April 1943 im wendischen wie im deutschen Gottesdienst die Orgel spielte.«

[1] So z. B. im Beitrag von Karl-Markus GAUSS »Geschichtenerzähler aus der Lausitz«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 9. 6. 2001.

[2] Horst SENDLER, »Sorbisch wurde geduldet«, Leserbrief in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 21. 6. 2001.

Kulturelles Banausentum im NS-Staat?

In der jeweils jüngeren Generation vergangener Zeiten war es üblich, den Älteren und Lebenserfahrenen Achtung entgegenzubringen und deren Leistungen nachzueifern. Natürlich waren die Jungen bestrebt, sich schöpferisch zu entfalten. Aber sie wußten: Nur wer gelernt hat, sich in bewährten Bahnen zu bewegen, besitzt die nötige Disziplin, neue Wege zu gehen. Auch heute ist diese Haltung noch anzutreffen, etwa bei allen jungen, talentierten Musikern, die begierig sind, von ihren älteren Meistern zu lernen und deren Erfahrungen zu nutzen.

Diese Einstellung wurde erstmals systematisch unterwandert, als im Dritten Reich das an sich nicht falsche Prinzip »Jugend führt Jugend« mit einer Herabsetzung bestimmter Traditionen oder der Weimarer Republik einherging, auf die dann manch junge Unerfahrene verächtlich und undifferenziert zurückblickten.

Eine ähnliche Haltung legte, obwohl kein junger Spund mehr, der Publizist und Historiker Volker ULLRICH an den Tag, als er in *Die Zeit Geschichte* im April 2005 den Aufsatz »Wir sind noch einmal davongekommen« brachte. Völlig davon absehend, daß zwischen dem 8. Mai 1945 und der Gründung der Bundesrepublik 1949 mehr als fünf (!) Millionen deutsche Kriegsgefangene und Zivilisten durch terroristische Maßnahmen der ach so humanen demokratischen Sieger[1] nicht mit dem Leben davongekommen waren, schrieb Volker ULLRICH: »Der 8. Mai markiert nicht nur ein Ende (sic!), sondern auch einen Anfang. Nach zwölf Jahren des geistigen Banausentums regte sich ein kräftiger Hunger nach Kultur...«

[1] Man lese zum Beispiel die Predigten des Kardinals VON GALEN!

Nach dem kriegsbedingten Ausfall fast sämtlicher Kulturveranstaltungen, nicht zuletzt wegen der im Reich von »Kulturbanausen schlimmster Sorte< durch Bombardierung zerstörten Kulturstätten, war der Drang nach Kultur mehr als verständlich und soll hier nicht in Frage gestellt werden, wenngleich mindestens eine Million Deutscher in dieser Zeit verhungerte, weil mittels absichtlich knappster Lebensmittelzufuhren die deutsche Bevölkerung bestraft und reduziert werden sollte.

Der Krieg gegen das deutsche Volk ging also weiter - noch jahrelang! Die US-Amerikaner hatten in ihrem Fahndungsbuch *Wanted*[2] rund eine Million Deutsche zur Fahndung ausgeschrieben. Davon wurden etwa 700000 über Jahre hinaus bei minimalster und schlechter Verpflegung in Konzentrationslagern unmenschlich behandelt.

[2] *Wanted! Die Fahndungsliste der US-Amerikaner 1945,* Druffel-Dokumentation, Stegen **2002.**

Davon findet sich bei ULLRICH kein Wort. So wie Linksintellektuelle wie zum Beispiel OSSIETZKY und TUCHOLSKY ihre scharfe Wortklinge gegen die Weimarer Republik gerichtet und sie schließlich mit zugrunde gerichtet haben, so begrüßen die einstigen Bejubler von STALIN, MAO und POL POT, de-

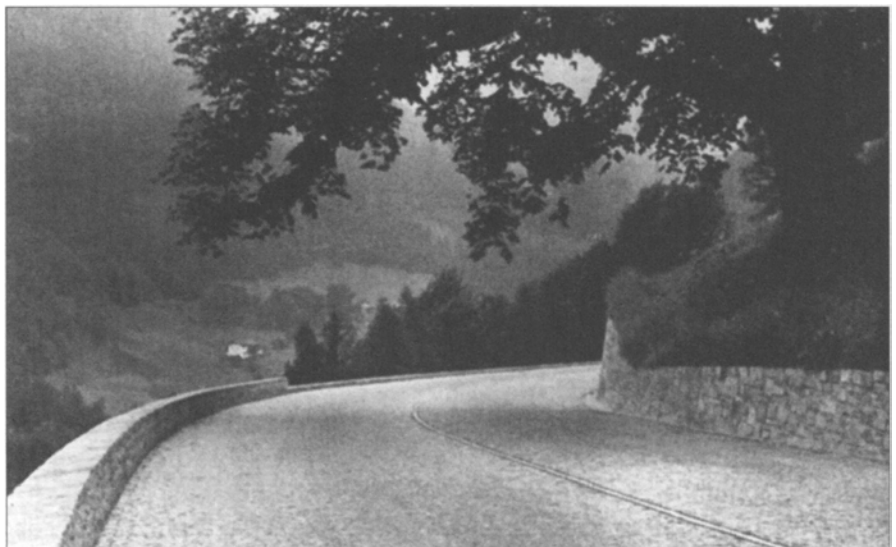
ren Verbrechen sie bis heute verharmlosen, alles, was Deutschland irgendwie in die verbrecherische Ecke zu stellen geeignet ist.

Werfen wir einen kurzen Blick auf die >Kultur-Banausen< der NS-Zeit. Diese haben zunächst einmal ein in der Welt einzigartiges Schulsystem geschaffen, das in seiner Vielgliedrigkeit höchst leistungsfähig war. Zu den klassischen Schultypen führten sie das duale System der Berufsausbildung (Lehre) in Verbindung mit einer Berufsschule ein. Die daraus hervorgegangenen Facharbeiter haben später das Nachkriegsdeutschland in bewundernswerter Weise mit aufgebaut und sich um das Ansehen für das *Made in Germany* verdient gemacht. Gleiches gilt auch für die Absolventen der neu eingeführten Berufsakademien und Fachschulen aller Art.

Der allgemeine Fortschritt war vor dem Krieg mit Händen zu greifen. Uberall fanden neue Ideen ihren Weg zur Verwirklichung, die Menschen waren motiviert und entwickelten ungeahnte Schöpfungskraft. Dabei handelte es sich zum weitaus überwiegenden Teil um zivile Forschungsvorhaben. So wurde zum Beispiel von einem deutschen >Banausen< das Elektronenmikroskop für die Grundlagenforschung entwickelt - eine kulturelle Großtat.

Deutschland besaß in den dreißiger Jahren unstreitig die modernsten, erfolgreichsten Methoden zur Mobilisierung wissenschaftlich-technologischer Neuerungen und zu ihrer Umsetzung in serienmäßige Produktion.

Für eine andere kulturelle Großtat zeichnen ebenfalls sogenannte >Banausen< verantwortlich: Für die ökologische und ästhetische Führung der Autobahntrassen unter äußerster Schonung der Natur - wie überhaupt die Naturverbundenheit damals mehr als groß geschrieben wurde. So war es zum Beispiel höchst verpönt, auf Ausflügen Papier und Abfälle einfach wegzu-



Der Autobahnbau unter Fritz TODT schonte vorhandenen Baumbestand. Auf der Aufnahme wurde der mächtige Baum sorgfältig erhalten.

Das Dritte Reich konnte sich einer Elite herausragender Schauspieler erfreuen. Hier: der großartige Heinrich George in einer Szene des Filmes *Andreas Schlüter* aus dem Jahre 1942.





Leni Riefenstahl. Arbeitsfoto bei den Dreharbeiten zu *Tiefland* 1940. Die Regisseurin erreichte mit revolutionären Kameraeinstellungen eine nie dagewesene Mobilität.

werfen. Auch das gehört zur Kultur! Das sei denen ins Stammbuch geschrieben, die heute Kultur nur mit einem gewissen Beutel verbinden.

Möglicherweise beginnt bei Ullrich die Kultur erst bei sogenannten Kulturveranstaltungen. Aber auch hier hatte die damalige Zeit, die nicht nur vom NS-Regime beherrscht wurde, viel zu bieten. Deutsche >Banausen< sorgten bis 1945 für eine Blütezeit des deutschen Films, als dieser nicht nur in Deutschland selbst, sondern weit darüber hinaus Hollywood aus dem Rennen schlagen konnte - nicht zuletzt durch eine Reihe von Meisterwerken bei Historien- und Dokumentarfilmen. Daß einige Propagandafilme NS-verherrlichend waren, ist Tatsache. Doch diese wurden und werden durch alliierte Propaganda-Filme der Kriegs- und Nachkriegszeit bei weitem übertroffen. Daß eine weltweit bis heute geachtete Filmschaffende, Leni Riefenstahl, (nur) hier in Deutschland von Political-correctness-Figuren verächtlich behandelt wurde, beweist nur deren Banausentum. Bei Künstlern wie Eisenstein *[Panzerkreuzer >Potemkin<)* oder dem Komponisten Schostakowitsch stört es bis heute niemanden, daß sie für Lenin oder Stalin gearbeitet haben.

Die bereits im Herbst 1933 gegründete NS-Gemeinschaft >Kraft durch Freude< (KdF) war der Deutschen Arbeitsfront angegliedert und sollte vor allem die Freizeit der >Volksgenossen< organisieren. Verbilligte Theater- und Konzertbesuche, bunte Abende und Volksfeste, Erwachsenenbildung und Hobbyklubs, Mal- und Zeichenkurse wurden von über 150000 Funktionären betreut. Besonders beliebt waren die billigen Ferienreisen mit insgesamt zwölf KdF-Dampfern nach Norwegen, Madeira oder durch das Mittelmeer. Tausende von Menschen kamen in den Anfangsjahren des Dritten Reiches in den Genuß solcher Reisen, für die meisten eine einmalige Gelegenheit, Freizeit und Erholung in einer Weise zu erleben, von der sie früher nur geträumt hätten. In den ersten fünf Jahren des Bestehens der Gemeinschaft >Kraft durch Freude< wurden allein im Gau Groß-Berlin 37,6 Millionen Teilnehmer an den vielen KdF-Veranstaltungen gezählt. Im einzelnen verteilt sich diese Teilnehmerzahl folgendermaßen:

Auf einem KdF-Schiff im Jahre 1936. Foto von Heinrich Hoffmann.



	Teilnehmer
21146 Theateraufführungen	11507432
989 Konzerte	705263
20 527 kulturelle Veranstaltungen verschiedenster Art	10518282
93 Ausstellungen	2435975
273 Werkausstellungen	525621
61503 Führungen durch Museen und Betriebe	2 567 596
19 060 Arbeitskurse und Vorträge des Deutschen Volksbildungswerkes	1009922
388 Sportveranstaltungen	1432569
178 278 Sportkurse in den Betrieben	3948685
1196 Urlaubsfahrten und Seereisen	702491
3499 Kurz-, Wochenendfahrten	1007242
5869 Wanderungen	126292
1889 Fahrten aus anderen Gauen nach der Reichshauptstadt	1 153859

Bedarf es noch weiterer Beweise, daß während der NS-Zeit nicht das Banausentum die Kultur beherrschte? Das schließt natürlich nicht aus, daß es damals wie heute auch Kulturbanausen gegeben hat oder noch gibt. Im übrigen: An welchem Banausentum liegt es, daß es heute keine deutsche (Leit)Kultur geben darf?

Hans Meiser

Wegweisende Forschung - mitten im Krieg
US-Forscher rehabilitiert deutsche Medizin

Unter etablierten Zeithistorikern hat auch die Medizin im Dritten Reich keinen guten Stand. Sie pflegte - aus heutiger Sicht - einen obskuren Kult um die >Volksgesundheit<, war auf Förderung einheimischen Nachwuchses aus und betrieb in den Konzentrationslagern Menschenversuche. Doch dieses Zerrbild wird der historischen Wahrheit nicht gerecht.

Robert N. PROCTOR lehrt an der Pennsylvania State University Wissenschaftsgeschichte und hat jahrelang in deutschen Archiven und Universitätsbibliotheken gestöbert, die von Zeitgeschichtlern bisher übersehen, häufig auch einfach ignoriert worden sind. Er meldet Bedenken gegen die allzu einfache Sicht über die NS-Medizin an.[1]

Denn: PROCTOR weist nach, daß sich die deutschen Mediziner keineswegs nur für Menschenversuche und Rassenhygiene interessierten, wie es das Klischee will. Die deutsche Medizin war vielmehr auf zahlreichen Feldern weltweit führend, und es gab eine Vielzahl »renommierter Experten, die medizinische Pionierarbeit leisteten«.

Zum Beispiel in der Krebsforschung. PROCTOR räumt ohne Umschweife ein, daß die Krebsforschung während des Dritten Reiches Erfolge aufweisen konnte, die noch aus heutiger Sicht wegweisend erscheinen. Zu den Spitzenleistungen gehörte vor allem die Früherkennung. Flächendeckend wurden Krebsberatungsstellen eingerichtet. Die Bevölkerung wurde umfassenden Röntgen-Reihenuntersuchungen unterzogen, mit denen außer Krebserkrankungen auch verschiedenen anderen Leiden vorgebeugt werden sollte. In Königsberg etwa, schreibt PROCTOR, drängten allabendlich 35 bis 60 Frauen in die Krebsberatungsstellen: »Zwei Minuten dauerte durchschnittlich ein Brustkrebstest, acht Minuten die gynäkologische Volluntersuchung« zur Frühentdeckung von Tumoren im Gebärmutterhals und in der Gebärmutter.

Zu den Vorreitern der deutschen Krebsbekämpfung gehörte das Deutsche Hygiene-Museum in Dresden, das 1936 in einem illustrierten Merkblatt Frauen über die >Kennzeichen des Krebses< an Brustdrüse und Gebärmutter aufklärte und zur aktiven Mitarbeit auffordert. »Alle über 35 Jahre alten Frauen«, heißt es in dem Merkblatt, sollten »alle vier Wochen ihre Brust auf das Vorhandensein von schmerzlosen, harten Knoten abtasten.« Zudem gelte es, auf »unregelmäßige Blutungen und Absonderungen fleischwasserähnlichen Ausflusses« zu achten.

Erst drei Jahrzehnte später erkannten auch amerikanische Ärzte die Tragweite solcher Maßnahmen und empfahlen ihren Patientinnen ebenfalls das regelmäßige Abtasten der Brust.

[1] Robert PROCTOR, *Blitzkrieg gegen den Krebs. Gesundheit und Propaganda im Dritten Reich,* Klett-Cotta, Stuttgart 2002.

Auch die Vermeidung von Lungenkrebs stand ganz oben auf der Prioritätenliste der deutschen Medizin. PROCTOR entdeckte im Zuge seiner Forschungen zwei wissenschaftliche Arbeiten, deren Autoren praktisch die »Kronjuwelen der Epidemiologie dieses Jahrhunderts« geliefert haben.

So präsentierte ein gewisser Franz Hermann MÜLLER 1939 an der Universität Köln seine Doktorarbeit, in der er einen ursächlichen Zusammenhang zwischen »Tabakmißbrauch und Lungencarcinom« nachwies - die weltweit erste epidemiologische Untersuchung zu diesem Thema. Der Pathologe Eberhard SCHAIRER und sein Schüler Erich SCHÖNINGER aus Jena bestätigten MÜLLERS Forschungsergebnisse 1943 und sicherten der deutschen Lungenkrebsforschung so ihren weltweiten Vorsprung. Noch 20 Jahre später wurden die Arbeiten der deutschen Forscher im Quellenverzeichnis des Reports *Rauchen und Gesundheit* angeführt - herausgegeben vom US-Gesundheitsbeamten Luther TERRY.

Die deutsche Krebsforschung während des Dritten Reiches war Chefsache. HITLER selbst war Nichtraucher und von früh an von der Gesundheitsschädlichkeit des Rauchens überzeugt. Noch 1941, mitten im Krieg, lag ihm die Bekämpfung des Krebsleidens am Herzen. Ausgerechnet am 22. Juni 1941, nach hochgeheimen Besprechungen in der Reichskanzlei über den Einmarsch in die Sowjetunion, mußte Propagandaminister Dr. GOEBBELS HITLER noch tief in der Nacht Bericht erstatten: »Ich berichte dem Führer noch über die Krebsforschungen von Prof. AULER und ihre Resultate«, heißt es im GOEBBELS-Tagebuch.

PROCTORS Fazit: Während die deutschen Truppen nach Osten marschierten, marschierte die deutsche Medizin an der Wissenschaftsfront von Erfolg zu Erfolg. Deutsche Mediziner und Biologen führten den damals »weltweit aggressivsten und erfolgreichsten Krieg gegen die Krebserkrankungen.«

Der Mythos von der bluttriefenden NS-Medizin bröckelt. Zumindest die deutschen Krebsforscher, das stellt PROCTOR unmißverständlich klar, waren weder Monster noch Verbrecher. Sie waren einfach besser als andere.

Karl Richter

⇨ »In Deutschland wird für die Krebsforschung eine Menge getan. Überall gibt es erstklassige Institute, für die der Führer große Geldsummen aufbringt.«
Adolf BUTENANDT, der spätere Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, 1941 in einem Interview.

USA Schrittmacher der Eugenik

Noch heute wird oft in Massenmedien der Eindruck erweckt, als ob sich die gegen den schrankenlosen Liberalismus verstoßenden Maßnahmen der Eugenik (Rassenhygiene) allein auf die NS-Zeit und auf Deutschland beschränkt hätten. Selbst die wissenschaftliche Bezeichnung >Eugenik< war in der Bundesrepublik lange Zeit ein Tabu, und von >Rassenhygiene< wagt heute noch niemand öffentlich anders als abfällig zu sprechen. Dabei schrieb 1929 der amerikanische Wissenschaftler RICE in seinem Buch: »Vielleicht sollte man das Wort >Eugenik< besser fallen lassen«, da es zwar ein guter Fachausdruck sei, aber zu sehr angefeindet und falsch verstanden werde. »Warum nicht die Ausdrücke >Rassen<- oder >rassische Hygiene<? Tatsächlich werden diese Namen immer mehr gebraucht, und sie sind viel treffender als der Ausdruck >Eugenik<, weil vieles, was gewöhnlich als Eugenik und als wichtig für das Gedeihen der Rasse angesehen wird, tatsächlich etwas ganz anderes ist.«[1]

In Wirklichkeit waren jedoch diesbezügliche Gesetze bereits lange vor 1933 in anderen Staaten, vor allem in den USA, erlassen worden, und es wurden entsprechende Maßnahmen durchgeführt. Beispielhaft sei aus einem Fachbuch von 1931 über den damaligen Zustand auf dem Gebiet der staatlichen Eheverbote zitiert: »In einer Anzahl Staaten der nordamerikanischen Union bestehen bereits rassenhygienische Eheverbote. Zuerst ging der Staat Connecticut damit vor (1895); später folgten Kansas (1903), New Jersey (1904), Ohio (1904), Indiana (1905), Michigan (1905), Minnesota (1905), Utah (1909), Washington (1909). Die rassenhygienischen Ehebeschränkungen, welche gegenwärtig in mehr als 20 Staaten bestehen, erstrecken sich außer auf eigentliche Geisteskranke auch auf Schwachsinnige, Epileptiker, Geschlechtskranke und Personen, die der öffentlichen Armenpflege zur Last fallen. In Europa bestehen in Schweden und Norwegen seit 1915 Eheverbote für Geisteskranke, Geistesschwache, Epileptische und Geschlechtskranke, in Dänemark seit 1921. Mexiko hat ein Eheverbot seit 1926... Ärztliche Untersuchungen (vor der Eheschließung) verlangen die Staaten Wisconsin, North Dakota, Oregon, Pennsylvania, Alabama, North Carolina, Louisiana. Das Gesetz von Wisconsin vom Jahre 1915 schreibt eine Untersuchung auf Geschlechtskrankheiten, und zwar nur für das männliche Geschlecht, vor; das Gesetz von North Dakota von 1913 verlangt Freisein von Schwachsinn, Epilepsie, Geisteskrankheit, Trunksucht und fortgeschrittener Lungentuberkulose; auch Gewohnheitsverbrecher sollen keine Eheerlaubnis erhalten; der Untersuchung auf Geschlechtskrankheiten sind nur die Männer unterworfen.«[2] - In Deutschland gab es zu der Zeit keine eugenischen Eheverbote.

Der frühere US-Präsident (1901-1909) Theodore ROOSEVELT erklärte zu Fragen der Eugenik: »Eines Tages werden wir erkennen, daß es die oberste Pflicht, die unvermeidliche Pflicht eines jeden guten Bürgers ist, sein Blut

[1] T. B. RICE, *Kanal Hygiene; a practica! discussion of Eugenics and Race Culture,* New York 1929, S. 360; deutsch in: Fritz LENZ, *Menschliche Auslese und Rassenhygiene (Eugenik),* Bd. 2, J. F. Lehmanns Verlag, München [3]1931, S. 254.

[2] Fritz LENZ, ebenda, S. 257.

der Nachwelt zu hinterlassen, und daß es uns nicht darum gehen kann, die Fortpflanzung von Bürgern des falschen Typs zu erlauben. Das große Problem der Zivilisation besteht darin, einen relativen Zuwachs der wertvollen und nicht der weniger wertvollen oder gar schädlichen Elemente in der Bevölkerung sicherzustellen. Dieses Problem können wir nur bewältigen, wenn wir dem immensen Einfluß der Erbanlagen Rechnung tragen... Ich wünschte, man könnte die ungeeigneten Menschen davon abhalten, sich fortzupflanzen, und, wenn der böse Charakter dieser Menschen allzu eklatant ist, sollte es unbedingt möglich sein. .. Kriminelle sollten sterilisiert werden, und Minderbegabten sollte verboten werden, Nachkommen zu hinterlassen. Wir sollten dafür sorgen, daß sich vor allem die geeigneten Menschen fortpflanzen.«[1]

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden in den USA auch zahlreiche Sterilisationen durchgeführt, meist in Anstalten. Für die Zeit bis 1929 gibt ein Buch von GOSNEY und POPENOE[2] einen Uberblick. Es wurde die Sterilisierung »in Indiana 1907 gesetzlich eingeführt, und allmählich folgte eine Reihe anderer Staaten nach, so daß sie bis 1928 in 23 Staaten gesetzlich geregelt war. Bis zum 1. Januar 1930 sind 10 833 Sterilisierungen in staatlichen Anstalten ausgeführt worden, 5102 an Männern und 5731 an Frauen. An der Spitze marschiert Kalifornien mit 6787 Sterilisierungen; dann kommen Kansas mit 657, Oregon 650, Michigan 388, Minnesota 388, Virginia 368, Nebraska 308, Wisconsin 305, Delaware 278, Connecticut 200, Indiana 123 Sterilisierungen. In den übrigen Staaten blieb die Zahl unter 100«.[3]1927 erklärte der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten die Sterilisierungsmaßnahmen für vereinbar mit der Verfassung. »Für die ganze Welt ist es besser, wenn die Gesellschaft verhindern kann, daß sich jene weitervererben, die dazu offenkundig ungeeignet sind«, stand damals in dem Urteil »Buck gegen Bell« von 1927. Anfang der dreißiger Jahre hatte in Europa nur Dänemark ein Sterilisierungsgesetz, dem Schweden bald folgte.[4] Damals wurde die Sterilisierung in Deutschland noch als Straftat angesehen und mit Zuchthaus geahndet.

Rückblickend hieß es Anfang 2003 in der *FAZ:* »Bis Ende der siebziger Jahre wurden in den Vereinigten Staaten Zehntausende zwangssterilisiert, die nach eugenischen Gesetzen in mehr als dreißig amerikanischen Bundesstaaten keinen Nachwuchs bekommen sollten. Opfer der eugenischen Bewegung wurden mehr als sechzigtausend Kranke, Arme, unverheiratete Mütter, >Deformierte< und >Degenerierte<. Auch Eliteuniversitäten wie Harvard, Cornell und Columbia sowie einflußreiche amerikanische Industrielle unterstützen die Bewegung.«[5]

---

[1] Zitiert in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 18. 1. 2000.
[2] E. S. GOSNEY **u.** P. POPENOE, *Sterilisation for Human Betterness,* New York 1929.
[3] LENZ, aaO. (Anm. 1), S. 271.
[4] Lenz, ebenda S. 273.
[5] Katja GELINSKY, »Verhüte und bekomme Geld dafür: Lohn der Sterilisation«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 10. 1. 2003.

Im Herbst 2002 hat sich der Gouverneur von Oregon, nachdem sein Kollege von Virginia vorangegangen war, öffentlich für die Zwangssterilisationen entschuldigt, die in seinem Bundesstaat von den zwanziger Jahren bis in die achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts durchgeführt worden waren. Von diesen Maßnahmen waren Personen betroffen, die wegen »minderwertigen Erbgutes« - so die offizielle Bezeichnung - von der Fortpflanzung ausgeschlossen werden sollten.[6]

Zum Begriff der Rassenhygiene

»Der Begründer der modernen Rassenhygiene, Francis GALTON, hat dafür das Wort Eugenik (Eugenics) geprägt, welches in den englischsprechenden Ländern heute allgemein gebraucht wird. Nachdem seine frühere Definition des Begriffs Eugenik nur die soziale Rassenhygiene umfaßte, hat er später eine Definition gegeben, welche mit der Ploetzschen Definition der Rassenhygiene durchaus zusammenfällt: >Eugenik ist die Wissenschaft, die sich mit allen Einflüssen befaßt, welche die angeborenen Eigenschaften einer Rasse verbessern und welche diese Eigenschaften zum größtmöglichen Vorteil der Gesamtheit zur Entfaltung bringen<. Gegenüber Versuchen gewisser Kreise in Deutschland, denen jede Erwähnung des Wortes Rasse unbehaglich ist, einen Gegensatz zwischen Rassenhygiene und Eugenik zu konstruieren, ist darauf hinzuweisen, daß auch in der Definition der Eugenik das Wort Rasse vorkommt und daß GALTON die Erörterung der Rassenunterschiede durchaus nicht von der Eugenik ausgeschlossen wissen wollte. Er hat die Eugenik ganz unzweideutig als eine Wissenschaft bezeichnet, >die sich keineswegs auf Fragen der richtigen Paarung beschränkt, die vielmehr alle jene Einflüsse untersucht, die auf irgendeine Weise den besser entwickelten Rassen oder Geschlechtern mehr Aussicht, als sie unter den heutigen Verhältnissen haben, bieten, den weniger entwickelten Geschlechtern rasch den Rang abzulaufen<. Auch wörtlich bedeutet das Wort Eugenik >Lehre von der guten Rasse<...

Wir gebrauchen das Wort Rassenhygiene als eine deutsche Übersetzung des Wortes Eugenik, ebenso wie wir z. B. auch Augenheilkunde für Ophthalmologie sagen. Aber auch das Wort Eugenik ist gut und tatsächlich gleichbedeutend mit dem Worte Rassenhygiene. Man könnte zu seinen Gunsten anführen, daß es kürzer und mundgerechter ist und daß es die historische Priorität vor dem Wort Rassenhygiene hat.«

Fritz LENZ, *Menschliche Auslese und Rassenhygiene (Eugenik),* Bd. 2, J. F. Lehmanns, München 1931, S. 252 f.

---

[6] »Staatliche Zwangssterilisierungen in den USA«, in: *National-Zeitung,* 13. 12. 2002.

Eugenik - lange vor Hitler: »Wir haben das Problem des Negers«

Eine gängige zeithistorische These unterstellt, Eugenik (gr. »Verbesserung des Nachwuchses<) habe es nur im Dritten Reich gegeben. Sie sei dort zu rassenpolitischen Zwecken, etwa zur >Aufnordung< des deutschen Volkes, ja zur ideologischen Vorbereitung des nationalsozialistischen Rassenkrieges mißbraucht worden, während gleichzeitig »minderwertigen Nachwuchs systematisch ausgemerzt worden sei.

Richtig an dieser Behauptung ist nur, daß die gezielte Einflußnahme auf das Erbgut einer Bevölkerung keine Utopie mehr ist, seit die Wissenschaft die MENDELschen Vererbungsgesetze und die Grundregeln der DARWINschen Evolutionstheorie - Mutation und Auslese - kennt. Seither wurden immer wieder Anläufe zu einer politischen Verankerung der Eugenik unternommen - beileibe nicht nur im NS-Staat, sondern auch in demokratischen Vorzeigegesellschaften wie etwa in den USA oder in Schweden.

Sogar die zionistischen Gründerväter des Staates Israel sympathisierten mit dem eugenischen Gedanken. Das geht aus einer unlängst an der Ben-Gurion-Universität im israelischen Beersheba vorgelegten Dissertation hervor. Sachlav STOLER-LIS setzt sich darin erstmals ausführlich mit Geschichte und Vorgeschichte des israelischen Gesundheitssystems auseinander - und stieß dabei auf brisante Fakten. Auch israelische Mediziner, fand sie heraus, waren demzufolge in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts durch die Bank von eugenischem Gedankengut >infiziert<, und das um so eher, je mehr sie der zionistischen Idee nahestanden. Das jüdische Volk, argumentierten sie, müsse in seiner Erbsubstanz veredelt werden, um die Herausforderungen der Staatsgründung bestehen zu können.

Einer ihrer wichtigsten Wortführer war ein gewisser Josef MEIR (1890-1955). Er hatte in Wien Medizin studiert und war schon in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts nach Palästina eingewandert. Dort profilierte er sich als maßgeblicher Pionier eines jüdischen Gesundheitswesens auf dem Territorium des späteren Israels (offiziell und bis zur Staatsgründung im Jahre 1948 stand das Gebiet noch unter britischer Mandatsherrschaft). Er ließ Beratungsstellen für werdende Eltern einrichten und gab Zeitschriften heraus, die eine geradezu zionistisch-nationalistische Familienplanung propagierten.

Genau wie in anderen Ländern, in denen damals bereits Eugenik-Gesetze wirksam waren - in Deutschland war das erst in den dreißiger Jahren der Fall -, stand auch für MEIR die Verhütung von Erbkrankheiten ganz oben auf der Prioritätenliste. In der von ihm herausgegebenen Zeitschrift *Mutter und Kind* rief er Frischvermählte und heiratswillige Paare dazu auf, sich auf

eventuelle Erbkrankheiten hin untersuchen zu lassen, da solche auch im »hebräischen Volk, das jahrhundertelang im Exil gelebt hat, zu finden sind«. Die Wiedergeburt des jüdischen Volkes solle mit der Geburt »körperlich wie geistig gesunder Kinder« einhergehen. Geisteskranke, forderte MEIR in einem anderen von ihm betreuten Publikationsorgan, der zionistischen Arbeiterzeitschrift *Davar,* sollten deshalb sterilisiert werden.

Ein anderer prominenter Zionistenführer, Arthur RUPPIN (1876-1943), ging noch weiter und sprach sich dafür aus, nicht nur geistig behinderten, sondern auch blinden und taubstummen Juden das Recht auf Fortpflanzung kurzerhand abzusprechen. Überhaupt argumentierten die zionistischen Eugeniker durch die Bank betont >phänotypisch<, das heißt, sie orientierten sich bei ihren Auslesevorschlägen vorwiegend an Körpermerkmalen - ganz ähnlich wie im Dritten Reich, aus dem die berüchtigten Schädelmessungen in Anlehnung an den Rassenkundler Hans F. K. GÜNTHER noch immer zu den Pflichtübungen der NS-Bewältigung gehören.

Auch im werdenden Israel gab es unter den führenden Zionisten ein rassisches Idealbild. So wünschte sich der engste Mitarbeiter Theodor HERZLS, Max NORDAU - dem die Kunstgeschichte übrigens das Wort von der >Entartung< verdankt -, den zionistischen Menschen als >Muskeljuden<.

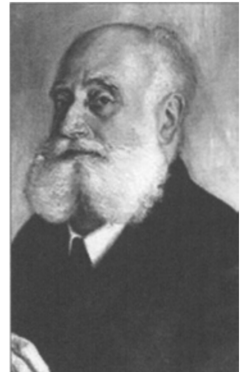
Im frischgegründeten Judenstaat in Israel verschwand der eugenische Gedanke erst nach und nach aus den medizinischen Fachzeitschriften. Es gab aber auch Ausnahmen. Der erwähnte Josef MEIR etwa protestierte noch Anfang der fünfziger Jahre gegen das Vorhaben von Ministerpräsident BEN GURION, jede jüdische Frau, die zehn Kinder gebären würde, mit einer Geldprämie zu belohnen. In diesem Fall argumentierte der prominente Eugeniker ausnahmsweise elitär: Man solle, ließ er sich vernehmen, den Nachwuchs nicht bei den Armen, sondern bei der gebildeten Schicht fördern.

Eindeutig >rassistisch< argumentierten die Eugeniker dagegen in einem anderen Land, das gemeinhin als Führungsmacht der westlichen Demokratie gilt, nämlich in den USA. Dort kam es auch zum ersten eugenischen Großversuch der Moderne, und zwar lange vor dem Dritten Reich.

Der amerikanische Publizist Edwin BLACK stieß bei den Recherchen zu seinem 2003 erschienenen Buch *War Against the Weak (Krieg gegen die Schwachen)* auf prominente amerikanische Mediziner und Politiker, die bereits vor dem Ersten Weltkrieg eine überlegene >nordische Rasse< in Amerika züchten wollten und denen die Mischbevölkerung, die infolge von Zuwanderung und Sklavenbefreiung im Entstehen war, unerwünscht war. »Unser Land«, schrieb etwa der Eugeniker Lothrop STODDARD in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts, »wurde von nordischen Menschen besiedelt und aufgebaut«. Doch nun sei »eine Invasion von Menschenhorden« aus aller Welt erfolgt, bereichert um »asiatische Elemente wie Levantiner und Juden«.

Auch der Harvard-Absolvent Charles DAVENPORT, einer der amerikanischen Eugenik-Pioniere, sprach Klartext: »Wir haben in diesem Land das







Von oben: Arthur RUPPIN (1876-1943), Max NORDAU (1849-1923), Hans Friedrich Karl GÜNTHER (1891-1968).

Problem des Negers - einer Rasse, deren geistige Entwicklung weit hinter der des Kaukasiers zurückgeblieben« sei. Um die drohende Vermischung zwischen Weißen und Schwarzen zu verhindern, empfahl DAVENPORT den »sofortigen Export der schwarzen Rasse«. Anderenfalls stehe zu befürchten, »daß unsere Nachkommen das Land den Schwarzen, Braunen und Gelben übergeben und um Asyl in Neuseeland bitten müssen«.

DAVENPORT fand Gehör bei der Viehzüchter-Organisation >American Breeders Association (ABA), die sich schon 1903 auf einer Vollversammlung dafür aussprach, die »Qualität des Blutes« der amerikanischen Bevölkerung aufmerksam zu beobachten und durch geeignete Maßnahmen zu heben: in erster Linie durch die »Austrockung des reißenden Stroms defekten und degenerierten Zellmaterials«, wie es in einem Bericht des ABA-eigenen Eugenik-Komitees hieß.

In den Folgejahren machte die ABA Nägel mit Köpfen. Ein Büro zur Erstellung von Stammbäumen und genetischen Dateien wurde ins Leben gerufen, das Eugenics Record Office (ERO), und im Jahre 1910 machten sich die ersten Befragertrupps auf den Weg in Gefängnisse, Krankenhäuser, Irrenanstalten, Waisenhäuser und Blindenheime. Zehntausende von Karteikarten wurden angelegt. Bald folgten die ersten gesetzgeberischen Maßnahmen. Bereits 1907 wurde im US-Bundesstaat Indiana ein Gesetz erlassen, das eugenische Zwangssterilisationen erlaubte. 32 weitere Bundesstaaten folgten.

Für die Vordenker der eugenischen Bewegung gab es sogar akademischen Lorbeer, als mehrere renommierte Universitäten Eugenik-Kurse in ihr Lehrangebot aufnahmen. In Harvard, Princeton und Yale wurde ein Verfahren zum Messen intellektueller Fähigkeiten entwickelt, dem zufolge »70 bis 80 Prozent aller Schwarzen und Juden Trottel und Idioten« waren (BLACK).

In den zwanziger Jahren hatte die eugenische Argumentation die Gerichte erreicht, die immer häufiger der Sterilisation vermeintlich Schwachsinniger zustimmten. Mehr als die Hälfte aller amerikanischen Bundesstaaten hatte bis dahin Gesetze erlassen, die eugenisch >unerwünschte< Mitbürger verschwinden lassen sollten. Ihnen fielen in den dreißiger und vierziger Jahren Zehntausende zum Opfer, die gegen ihren Willen, aber ganz legal sterilisiert wurden. In einer Urteilsbegründung hieß es:

»Es wäre besser für die Welt, wenn die Gesellschaft diejenigen, die nachweisbar nicht lebensfähig sind, daran hinderte, sich zu vermehren, anstatt ihre degenerierten Nachkommen wegen eines Verbrechens zu exekutieren oder sie wegen ihres Schwachsinns verhungern zu lassen.«

Auch rassenkundliche Überlegungen flossen frühzeitig in die Programme der US-Eugeniker ein. Schon 1913 war die >Eugenics Research Association (ERA) ins Leben gerufen worden, unter deren Dach ausgiebig über das wünschenswerte genetische Profil der amerikanischen Bevölkerung nachgedacht wurde. Angesichts von Immigrantenströmen aus aller Herren Länder erblickte man auch bei der ERA im nordischen Menschen eine Art rassischer Wun-

derdroge. Ein Standardwerk zum Thema (Madison GRANT, *The Passing of the Great Race or the racial basis of European history,* [4]1923), das bereits 1916 mit Unterstützung der ERA erschien, sah ihn durch die unkontrollierte Zuwanderung bedroht.

Ein pikantes Detail: Noch bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges flossen Fördergelder aus dem Hause ROCKEFELLER an das Berliner Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie und an andere Forschungseinrichtungen des Dritten Reiches. Mehr noch: Das Fachblatt der US-Eugeniker, die *Eugenical News,* lobte die antisemitischen Maßnahmen der Nationalsozialisten noch während des Krieges.

Natürlich beobachtete das Dritte Reich, nachdem in Deutschland 1933 die Nationalsozialisten an die Macht gelangt waren, verstärkt die Bemühungen der amerikanischen Eugenik-Institutionen mit Aufmerksamkeit, und ein Modellgesetz zur Sterilisation von Geisteskranken, das ERO-Superintendent LAUGHLIN formuliert hatte, brauchte nach 1933 nur ins Deutsche übersetzt zu werden. Als die Nationalsozialisten ihr *Gesetz zur Verhinderung erbkranken Nachwuchses* 1933 erließen, stand LAUGHLINS Text dabei Pate. Die Universität Heidelberg verlieh ihm im Jahre 1936 einen Ehrendoktortitel.

1945 war es in Deutschland mit der Eugenik wieder vorbei - nicht so in den USA. Dort wurden, fand Buchautor Edwin BLACK heraus, im Laufe der folgenden Jahrzehnte nicht weniger als 60 000 Menschen zwangssterilisiert, weitere Zehntausende wurden in >Kolonien< interniert und in Heilanstalten abgeschoben. Und noch in den siebziger Jahren wurde Hunderten von Indianerinnen zwangsweise die Gebärmutter entfernt - unter anderem im Rahmen eines Lernprogramms für angehende Gynäkologen.

Fazit: Eugenik ist anscheinend weder ein Verbrechen noch auf das Dritte Reich beschränkt. Der einzige Unterschied ist, daß deutsche Eugeniker den Krieg verloren haben, amerikanische nicht. Die Geschichte schreibt immer der Sieger.

Karl Richter

Weiterführende Literatur zur frühen Eugenik:

S. J. HOLMES, *A Bibliograph) of Eugenics,* University of California Press, Berkeley 1924, enthält mehr als 10000 Titel.

Ders., *The Trend of the Race,* New York 1921.

W. E. CASTLE, *Genetics and Eugenics,* Cambridge, Mass., [3]1922.

H. H. NEWMAN, *Evolution, Genetics and Eugenics,* Chicago [2]1925.

G. VON HOFFMANN, *Die Rassenhygiene in den Vereinigten Staaten von Nordamerika,* München 1913.

J. DENIKER, *Les races de la terre,* Paris [2]1926.

K. SALLER, *Erblichkeitslehre und Eugenik,* Springer, Berlin 1932.

Erwin BAUER, Eugen FISCHER, Fritz LENZ, *Menschliche Erblehre,* J. F. Lehmanns, München [4]1936.

Fritz LENZ, Menschliche Auslese und Rassenhygiene, J. F. Lehmanns, München [4]1932.

Kriminalität im Dritten Reich

Zu den hartnäckigen Legenden um das Dritte Reich zählt auch die Behauptung, in jenen Jahren habe es keine nennenswerte Kriminalität gegeben: Frauen, so die gängige Rede, hätten sich auch ohne Begleitung nachts unbesorgt auf die Straße wagen können. Der Grund wird im harten Durchgreifen Hitlers gesehen.« Mit diesen Sätzen beginnt der Mitarbeiter des Münchener Instituts für Zeitgeschichte, Werner Bührer, seinen Artikel über »Kriminalität im Dritten Reich«, um dann zu dem erwarteten Schluß zu gelangen, die Kriminalität sei nur unwesentlich zurückgegangen.[1]

Hierbei stellt er insbesondere die »gefühlte Kriminalität« der damals Lebenden in Frage, die sich zwischen 1933 und 1939 - die Kriegszeit ist, vor allem in der Endphase des Weltkrieges und in Großstädten, aus naheliegenden Gründen anders zu beurteilen - in jenen zwölf Jahren sicherer gefühlt haben als heutzutage. Er bedient sich hierbei eines besonders simplen Taschenspielertricks: Während die Menschen bewußt zwischen ihren Erlebnissen im Dritten Reich und in der Nachkriegszeit der Bundesrepublik unterscheiden, vergleicht Bührer die Verbrechen während des Dritten Reiches mit den Statistiken der Weimarer Republik. Damit nicht genug: Sämtliche von ihm zitierten Quellenbelege - seine alleinige Beweisgrundlage - sind aus zweiter Hand zitiert und stellen zudem eine (nicht weiter begründete) Auswahl aus der Kriminalstatistik des Statistischen Reichsamtes dar. Selbst bei dieser von ihm vorgenommenen Auswahl muß er einräumen, daß die Zahl der rechtskräftig verurteilten Personen zwischen 1923 (823902) und 1938 (335665) durchaus deutlich, wenn auch nicht ohne Schwankungen, abgenommen hat. Er verweist darauf, daß die Anzahl bestimmter Delikte während der NS-Zeit sogar deutlich gestiegen sei und führt dafür die Zunahme des Straftatbestands der Widernatürlichen Unzucht an, von 665 Delikten im Jahre 1931 auf 7614 für 1939. Bührer unterschlägt schlicht die seit 1933 und vor allem durch die verschärfte Rassegesetzgebung 1935 völlig veränderte Rechts- und Bemessungsgrundlage. Unzuchtskonstellationen, die 1931 ohne jede Strafbewehrung waren, also etwa eine geschlechtliche Beziehung zwi-

---

[1] Werner Bührer, »Kriminalität im Dritten Reich«, in: Wolfgang Benz (Hg.), *Legenden, Lügen, Vorurteile. Hin Wörterbuch zur Zeitgeschichte,* Deutscher Taschenbuch Verlag, München [8]1996, S. 132 ff. Bührer zitiert sämtliche von ihm vorgelegten statistischen Beweise aus der Publikation des Münsteraner Soziologen Arno KlÖNNE, *Jugendkriminalität und Jugendopposition im NS-Staat. Ein sozialgeschichtliches Dokument.* Hg. und eingeleitet von Arno Klönne, Münster 1981. Darin werden u.a. bestimmte Formen der Kriminalität, die auch in der BRD strafrechtlich verfolgt werden, während des Dritten Reiches als »Widerstand« gegen das NS-Regime und daher als minder verurteilenswert geschildert.

schen einem deutschen Mädchen und einem jüdischen Mann, fielen ab 1933 in die Statistik. Auch Verbrechen und Vergehen wider die Sittlichkeit (1931: 12 879; 1939: 19980) sind statistisch ähnlich zu bewerten.

Nicht erwähnenswert sind für Bührer folgende Vergleichszahlen, die für den Durchschnittsdeutschen jedoch von wesentlich größerer Bedeutung waren und sind; leichte, gefährliche und schwere Körperverletzungen sanken von 47 983 (1931) kontinuierlich auf 17371 (1939), die einfachen Diebstähle im selben Zeitraum von 77510 auf 48252, der schwere Diebstahl konnte sogar zahlenmäßig von 21845 auf 10082 mehr als halbiert werden. Und auch Mord und Totschlag sanken von 502 auf 336 Delikte um gut ein Drittel.

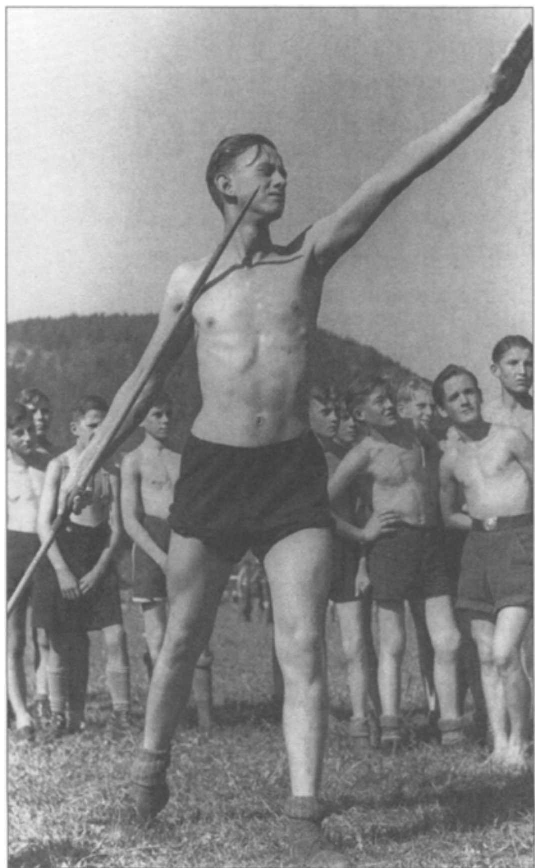
Aber auch wenn die Weimarer Republik bereits viele Ansätze sittlicher und moralischer Entgleisung und deren versuchter juristischer Rechtfertigung, ähnlich wie in der Bundesrepublik Deutschland, aufweist, so ist der Vergleich zwischen der deutschen Bevölkerung der zwanziger und der dreißiger Jahre doch ein Vergleich zweier durch Erziehung, Vorbild und ethnische Einheitlichkeit sittlich gefestigter Volkskörper.

Erwähnenswert sind vor allem die Erfolge der NS-Regierung im Kampf gegen das organisierte Verbrechen. Ähnlich wie vor ihm Mussolini in der Auseinandersetzung mit den verschiedenen Gruppen der Mafia in Sizilien war es Adolf Hitler innerhalb nicht einmal eines Jahres gelungen, die organisierte Schwerstkriminalität völlig zu zerschlagen.

Im Norden und Osten Berlins hatten die sogenannten >Ringvereine< ähnliche Machtstellungen inne wie die Chicagoer Gangster. Darunter verstand man zu Beginn der dreißiger Jahre besonders erfolgreiche Gruppen oder Kolonnen von Kapitalverbrechern, die von einer kleinen Zahl von Hintergrunddrahtziehern gelenkt wurden. Es gab zahlreiche Helfershelfer, vom Ausbaldoweren über die >Klinkenputzer< bis hin zu Hehlern. Wurden bei Überfällen oder Bankraubversuchen Mitglieder der Ringvereine verletzt, standen Ärzte zur Verfügung, die die Wunden versorgten, ohne nach deren Herkunft zu fragen. Ebenso wurden im Todesfall ein pompöses >Staatsbegräbnis< sowie eine auskömmliche Hinterbliebenenversorgung finanziert. Bei Verhaftungen verteidigten die gerissensten, zumeist jüdischen Anwälte die finanzkräftige Klientel. All diese fast schon versicherungsähnlichen Leistungen wurden aus den immens hohen Mitgliedsbeiträgen finanziert, die auch bei geschäftlichen Flaute erbarmungslos eingetrieben wurden.

Zum Verhängnis wurde den Ringvereinen ab 1933 auch ihr pseudopolitisches Bekenntnis; man erinnerte sich gern an eine der eindrucksvollsten Reden des Sozialdemokraten Philipp Scheidemann im Berliner Lustgarten, die er mit den Worten begann: »Ihr Diebe, Huren, Mörder - euch rufe ich, kommt zu uns!«[2] Man fühlte sich politisch angesprochen und ahnte damals noch

nicht, daß man mit dieser Parteinahme zwei wachsende und später übermächtige Gegner auf den Plan rief: die NSDAP und die SA. Schon zuvor hatten es sich die »Hamburger Zimmermannsleute« zur Aufgabe gemacht, sporadisch in Berlin in Ringvereinslokalen aufzutauchen und dort sowohl das Mobiliar als auch die >Visagen< der Berufsverbrecher geradezurücken.[2] Nach der Machtübernahme Hitlers übernahm die KPD sogar diese Unterweltorganisationen in ihre illegalen Kader. Man muß der Gerechtigkeit halber erwähnen, daß viele der echten Kommunisten sich gegen diese Gemeinschaft mit Berufsverbrechern wandten und später zur Gegenseite übergingen. Besondere >Verdienste< um die Verharmlosung schwerster Straftaten erwarb sich auch die liberale Presse, die in Gewohnheitsverbrechern nichts anderes als »politische und irregeleitete Kinder sehen wollte«.[3].



Mit Leibesübungen und Sport wurde für die Jugend eine Alternative zum Abgleiten in die Kriminalität geboten - wie es im Herbst 2005 nach den Unruhen in Frankreich erneut mit Erfolg versucht wird.

Hitler ließ vom ersten Tag der Machtübernahme an rigoros gegen die Ringvereine vorgehen. Deren >Finanziers< zogen sich schnell zurück oder gingen meist über die Grenze. Ohne deren Vorfinanzierung waren größere Unternehmungen wie zum Beispiel ein Bankraub nicht durchführbar, denn für Ausbaldowerer, die wiederum Bankangestellte schmieren mußten, bis hin zu Spezialapparaturen wie Schweißbrenner usw. waren erhebliche Mittel aufzuwenden. Da die neue Regierung ihre Fahndungserfolge nicht von windigen Advokaten gefährdet sehen wollte, wandte sie in zahlreichen Fällen eine Sicherungsverwahrung an, die durch ihre Unbefristetheit höchst abschreckend wirkte. Mehrmals wurden Verbrecher auch vor Verhandlungsende >auf der Flucht erschossen<. Dies sprach sich in den Kreisen auch der hartgesottensten Berufsverbrecher wie ein Lauffeuer herum. Man spürte, der vormals wehrlose Staat wehrte sich jetzt zwar mit vorübergehend illegalen, aber um so effizienteren Mitteln. >Sicherungsverwahrung< oder gar der Tod waren Risiken, die sich für Verbrecher nicht gut unter >Geschäftskosten< verbuchen lassen konnten.

Der Sohn eines preußischen Generals und Kriminalreporter und -schriftsteiler Franz von

---

[2] Zu diesem Themenkomplex siehe ausführlicher: Franz von Schmidt, ebenda, 2 392 ff.

[3] Ebenda, S. 398.

SCHMIDT, der die Berliner Kriminellen- und Polizeiszene von der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert bis in die frühen fünfziger Jahre begleitet hat, mußte 1955 feststellen: ». .. ein organisiertes Verbrechertum gab es nach 1934 nicht mehr in Deutschland.«[1]

Über die Methoden und die Rigorosität, mit der der autokratische Staat gegen das Berufsverbrechertum zu Felde zog, kann man aus heutiger Sicht sicherlich streiten, nicht aber über die Tatsache, daß das Ergebnis im Sinne der rechtschaffenen Bevölkerung war.

Im Kreise von Polizeichefs, Staatsanwälten und Richtern hatte sich HITLER besonders über die finanzielle Seite der Strafverfolgung empört. Laut dem ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten Admiral VON LEWETZOW habe HITLER den Anwesenden vorgerechnet, was ein lebenslanger Häftling den Staat in vierzig Jahren koste: umgerechnet 30 Volkswagen.

Aber nicht nur mit dieser Ansicht befand sich HITLER in Übereinstimmung mit dem Rechtsempfinden der großen Mehrheit des deutschen Volkes. Dies beweist eine andere Episode der Erinnerungen seines langjährigen Adjutanten Julius SCHAUB. Als HITLER Mitte der dreißiger Jahre aus der Zeitung von einem erpresserischen Kindesraub las, fragte er seinen Justizminister Dr. GÜRTNER nach dem zu erwartenden Strafmaß, wenn der Täter gefaßt würde. GÜRTNER antwortete, zwischen einem und zwei Jahren Gefängnis. HITLER forderte umgehend ein neues Gesetz, das für eine solche Straftat, aber auch für Raubmorde an Taxifahrern usw., zwingend die Todesstrafe vorsehen sollte. Seine Begründung: »Ich will nicht, daß bei uns die amerikanischen Gangstermethoden einreißen.«[2]

Heute herrschen in der Bundesrepublik Deutschland überall amerikanische Gangstermethoden...

Olaf Rose

---

[1] Ebenda, S. 399. F. VON SCHMIDTS ursprünglich 2400 Seiten starkes Manuskript verbrannte in einer der zahlreichen Bombennächte 1943 in einem Berliner Verlag. Obwohl sein neuer Verlag 1955 einige demokratische Vorsichtsmaßregeln in Gestalt eines Interviews mit dem Autor dem Buch nachstellte und auch VON SCHMIDT wußte, daß positive Äußerungen gerade über Polizei und Justiz im Dritten Reich nach 1945 alles andere als gern gesehen waren, bestand er auf Tatsachenfeststellungen wie dieser: »Auch wenn Sie mich für chauvinistisch halten, behaupte ich, daß Deutschlands Kriminalpolizei damals führend war und vor dem Zusammenbruch eine Leistungsfähigkeit hatte, wie sie heute [1955, der Verf.] noch von keinem anderen Land übertroffen wird.« Ebenda, S. 405. Vgl. dazu auch Reichskriminalpolizei (Hg.), *Organisation und Meldedienst der Reichskriminalpolizei-* Mit einem Geleitwort des Chefs der Sicherheitspolizei SS Gruppenführer Reinhard Heydrich, bearbeitet von SS Standartenführer Reichskriminaldirektor NEBE und Kriminalrat FLEISCHER, Kriminal-Wissenschaft und Praxis Verlag Elise Jaedicke, Berlin (1939) [= Bd. 1 der Schriftenreihe des Reichskriminalamtes, Berlin],

[2] Olaf ROSE (Hg.), *Julius Schaub — in Hitlers Schatten. Erinnerungen und Aufzeichnungen des Chefadjutanten 1925-1945*, Druffel & Vowinckel, Stegen/Ammersee 2005, S. 122 f.

>Jüdische Gangster< in den USA

Das Stereotyp des »jüdischen Gangsters< ist landläufiger Auffassung zufolge eine Erfindung des Dritten Reiches. Weniger bekannt ist, daß es jüdische Gangster in den USA tatsächlich gab und daß sie erst vor wenigen Jahren sogar Gegenstand zweier ausführlicher US-Publikationen wurden. Die Autoren wissen, wovon sie schreiben: Rich COHEN, dessen Werk *Murder Inc. oder Nicht ganz koschere Geschäfte in Brooklyn* beim renommierten S. Fischer-Verlag herauskam, ist Publizist in New York und schreibt unter anderem für die *New York Times*. Robert ROCKAWAY, Autor des Buches *Meyer Lansky, Bugsy Siegel & Co. - Lebensgeschichten jüdischer Gangster in den USA,* ist Historiker und arbeitet in Israel.

Selbst das Nachrichtenmagazin *Focus* kam nicht um die Feststellung herum: »Nicht jeder Hebräer ist klug wie Albert EINSTEIN, einfühlsam wie Papa FREUD und gut wie Martin BUBER.« Die jüdischen Mafiosi im Amerika der zwanziger und dreißiger Jahre hatten es nämlich faustdick hinter den Ohren. Ganoven wie Arthur >Dutch Schultz< FLEGENHEMER, Moe ANNENBERG oder MEYER LANSKY kassierten während der Prohibitionszeit, als offiziell Alkoholverbot in den USA herrschte, Millionengewinne. Aber während etwa italienische Mafiosi selbst bei kriminellen Geschäften noch um einen Anstrich von Legalität bemüht waren, gab es diese Rücksichten bei jüdischen Gangstern oft nicht. So sagte der berüchtigte Mafia-Pate Lucky LUCIANO über den hemmungslos brutalen >Dutch Schultz< »Einer der schäbigsten Typen, die ich je kennengelernt habe.«

Ihre besondere kriminelle Energie verdankte die jüdische Mafia in den USA ihrer Herkunft und den häufigen Pogrom-Erfahrungen in der ehemaligen Heimat. Viele der Zugewanderten kamen aus Polen oder Rußland und hatten Gewalt oft genug am eigenen Leib kennengelernt. In der neuen Heimat jenseits des Atlantiks zahlte sich diese Schule aus. Die gewieftesten und skrupellosesten der jüdischen Mafiosi machten kriminelle Traumkarrieren, erwirtschafteten mit dunklen Geschäften Riesengewinne. Während sie raubten, mordeten und erpreßten, bekämpften sie in ihren Köpfen einen imaginären >Antisemitismus<. Hatten sie in Rußland und Polen zu den Verfolgten gehört, wollten sie nun selbst die Verfolger sein. Die Opfer ihrer Verbrechen hatten von diesen hehren Zielen nichts. COHEN und ROCKAWAY präsentieren in ihren Büchern keine Märtyrerlegenden. Im Gegenteil: Die jüdischen Mafiosi in den USA waren Gangster wie andere auch, brutal, verschlagen, oft zynisch. Es war hoch an der Zeit für die Feststellung, daß es sie überhaupt gab.



Es war einmal in Amerika, Regie: Sergio LEONE, 1984, Warner Brothers, mit Robert DE NIRO U. a.

Ein aufmerksames Publikum konnte die Methoden der jüdischen New Yorker Mafia von der Einwanderung aus dem osteuropäischen >Schtetl< bis in die sechziger Jahre in dem Sergio LEONE-Filmklassiker *Es war einmal in Amerika*[1] sehen. Eigentümlicherweise werden die jüdischen Charaktere dabei stets von Amerikanern englischer oder italienischer Herkunft gespielt. Karl Richter

Vergangenheitsbewältigung auf Zelluloid

Napola und *Der Untergang*

Daß sich das Medium des Films hervorragend zur Vermittlung propagandistischer Absichten eignet, wußten nicht nur Goebbels und der sowjetjüdische Regisseur Eisenstein. Auch die Vergangenheitsbewältigung bedient sich seit Jahrzehnten ausgiebig und nicht ohne Raffinesse des Films. Zum Gedenkjahr 2005 warteten deutsche Produzenten mit zwei aufwendigen Großproduktionen über das Dritte Reich auf, an denen sich exemplarisch Möglichkeiten und Grenzen der Vergangenheitsbewältigung mit filmischen Mitteln aufzeigen lassen.

Fall 1: *Napola* von Dennis Gansel (2004)

In dem Streifen geht es um die Erlebnisse zweier Sechzehnjähriger, die 1944/45 eine sogenannte >Nationalpolitische Erziehungsanstalt besuchen. 1941 gab es vierzehn davon mit rund 6000 Schülern, bis 1945 insgesamt 46, drei waren Mädchen vorbehalten. Zahlreiche der ehemaligen Schüler, darunter etwa der Publizist Günter Gaus, der Deutsche Bank-Chef Alfred Herrhausen, der Buchautor Hellmut Karasek und der ehemalige Bahnchef Heinz Dürr, durchliefen nach dem Krieg steile Karrieren. In Interviews nach ihren Erlebnissen auf der >Napola< befragt, waren sie sich einig darin, daß ideologische Beeinflussung allenfalls eine untergeordnete Rolle spielte; viel wichtiger, erinnerte sich etwa Alfred Herrhausen, sei das Erlebnis der Kameradschaft gewesen.

Regisseur Gansel sieht das anders. Seine >Napola< im fiktiven Allenstein ist eine streng nationalsozialistische Kaderschmiede, auf der indoktriniert, gehetzt und aufgepeitscht wird. Die Zöglinge sollen sich, suggeriert die Begrüßungsszene, an den Gedanken gewöhnen, dereinst als Gauleiter oder Statthalter in Washington oder Kapstadt zu wirken.

Mit der historischen Wirklichkeit haben solche Einzelheiten wenig zu tun. Hans Müncheberg, Jahrgang 1929, war selbst >Napola<-Absolvent, wurde mit 15 Jahren als Kindersoldat in den Krieg geschickt und noch am 2. Mai 1945 schwer verwundet. Er schrieb seine Erinnerungen an die >Napola<-Zeit in der DDR nieder, das Buch konnte aber erst 1991 in einer gekürzten Fassung erscheinen. Mittlerweile liegt die zweite Auflage vor.

Müncheberg wurde als historischer Berater zu den Dreharbeiten an Gansels Film hinzugezogen. Nachdem er das Drehbuch gelesen und allzu viele historische Unstimmigkeiten darin entdeckt hatte, riet er, die Handlung an einer fiktiven Eliteschule ohne NS-Bezug spielen zu lassen. Er wurde daraufhin nicht weiter um Rat gefragt. In der linken Wochenzeitung *Freitag* unterzog er den fertigen Streifen gleichwohl einer umfangreichen und detaillierten Kritik, die den »wichtigen Film« *(Bild)* als reichlich verunglückte Veranstal-



Szene aus dem Film *Napola – Elite für den Führer.* (Olga-Film). Die Napola-Schulen, die ab 1933 in früheren Kadettenschulen entstanden, wurden vom Reichserziehungsminister Bernhard Rust gegründet und unterstanden ihm ab 1941 persönlich. In jeder Napola befanden sich durchschnittlich 500 Schüler.

tung erscheinen läßt. Schon die Rahmenhandlung hält Müncheberg für völlig daneben liegend:

»Statt des 14jährigen Protagonisten, der gerade die Volksschule beendet hat, begegnet man. .. einem 17jährigen, der sich drei Jahre nach Abschluß der Volksschule ohne Lehre, unbehelligt von der gesetzlichen Pflicht zum Berufsschulbesuch wie einer unausweichlichen Einbindung in die >Hitlerjugend<, als Gelegenheitsarbeiter in einer Kohlenhandlung ein paar Mark verdient und in einem zivilen (!) >Boxverein Wedding< trainiert - ein in Nazideutschland undenkbarer Fall. .. Auch der weitere Weg der Hauptfigur wird von historisch nicht vertretbaren Darstellungen begleitet.«

Müncheberg listet auf:

> Eine >Napola< in Allenstein hätte nicht in einer Berliner Turnhalle Aufnahmeprüfungen durchführen können;

> die Prüfungen waren in Wirklichkeit viel anspruchsvoller, als es Gansels Film glauben machen will, der »>rassische Untersuchung<, Hallensport und ein markiges Bekenntnis zur herrschenden Ideologie als ausreichend zeigt«;

> auch der Unterricht selbst war weitaus differenzierter und anspruchsvoller als im Film. Es gab verstärkten Sport- und sogar Benimm- und Tanzunterricht, außerdem vormilitärische Übungen, wozu Segelfliegen und Motorradfahren zählten. Die weltanschauliche Unterweisung war dem einzelnen Lehrer überlassen. Drei >Napolas<, darunter das traditionsreiche Schulpforta, waren humanistische Gymnasien. Musische Förderung wurde großgeschrieben. Müncheberg: »Die Räumlichkeiten der Schule, die im Film in einer Burg residiert, und die Schauplätze in ihrem Umfeld sind so primitiv

dargestellt, daß eine elitäre Ausbildung unmöglich scheint. Die Stuben stellen hier eine kasernenähnliche Mischung aus Schlafraum und Kleider-Aufbewahrung dar ohne erkennbaren Platz für Schularbeiten und Freizeitaufenthalt. In den Unterrichtsräumen ist keine qualifizierte Ausstattung für fachlich hochwertiges Lernen (in Biologie, Chemie, Physik, Musik) zu erkennen.«

> Die Film->Napola< verfügt über keinen ordentlichen Sportplatz, was historisch völlig unhaltbar ist. Die Zöglinge müssen ihre Leibesübungen auf dem holprigen Kopfsteinpflaster vor der Burg durchführen. »Einzig eine große Trainingshalle mit einem Boxring wird vorgestellt, als handle es sich um eine Sonder-Napola für Elite-Boxer.«

> Mädchen hatten auf Jungen-Internaten nichts verloren, schon gar nicht, wie im Film suggeriert, als Bedienungen im Speisesaal.

> > Der Anstaltsleiter wirkt mit seinen unverhohlen imperialistischen Anwandlungen - die Zöglinge sollen nach ihrer Ausbildung nicht in Mecklenburg, sondern in Washington oder Kapstadt Dienst tun - eher wie der Leiter einer >Ordensburg<, einer übergeordneten NS-Weiterbildungsanstalt, von denen es im Dritten Reich allerdings nur ganze drei gab. An ihnen wurden die Spitzen des Parteinachwuchses ausgebildet. Die >Napola< sah sich dagegen in der Tradition der preußischen Kadetten-Anstalt und sollte den Nachwuchs für Wehrmacht und Staat heranbilden.

> GANSELS Film blendet das Kriegsgeschehen weitgehend aus, was der Handlung eine unklare, ja irreale Aura verleiht. In diesem Punkt lag die *Süddeutsche Zeitung* mit ihrer Besprechung durchaus richtig: »Der Abschied Friedrich WEIMERS hat den irritierenden Beigeschmack einer Vertreibung aus dem Paradies. Aus der Ferne sieht die Napola-Burg aus wie ein Märchenschloß.« Das war sie in der Wirklichkeit ebenso wenig wie jene »Schule des Schreckens«, die die *Bild*-Zeitung vorzugaukeln versucht. Zeitzeuge MÜNCHEBERG erinnert sich daran, daß er 1940 mit der Meldung begrüßt wurde, daß die »Inschutznahme des Nordens« soeben geglückt sei. Weltentrückte Gralsburgen des Nationalsozialismus waren die >Napolas< mitnichten.

> Auch dem historisch weniger bewanderten Zuschauer fallen zahlreiche Ungereimtheiten auf. Pastoren etwa, die im Film dafür zuständig sind, den jungen Zöglingen den >Heldentod< eines nahen Angehörigen mitzuteilen, hatten auf den >echten< >Napolas< nichts zu suchen. Die Internatsschüler wurden bewußt nicht-christlich erzogen und erhielten mit 14 Jahren eine feierliche >Schwertleite<.

> Vollends unsinnig ist die im Film gezeigte >Härteprobe<, die die Absolventen ablegen müssen, indem sie mit scharfem Schuß Jagd auf entflohene russische Kriegsgefangene machen und sich dabei als erfolgreich abgehärtet erweisen müssen. In solchen Szenen trägt die *political correctness* endgültig den Sieg über die historische Authentizität davon, und GANSELS Streifen erreicht SPIELBERG-Niveau.

Alles in allem ist *Napola - Elite für den Führer* ein entbehrlicher, ein überflüssiger, ein verfälschender Film, der seinen Zuschauern keinerlei neue Aspekte einer längst bekannten, unzählige Male wiedergekäuten Geschichte vermittelt. Weniger KNOPP wäre mehr gewesen.

Fall 2: *Der Untergang* von Oliver Hirschbiegel (2004)

Es geht auch anders. Das bewies wenige Wochen vor *Napola* ein anderes Großprojekt des deutschen Films: Oliver HIRSCHBIEGELS ZU Recht preisgekröntes HLTLER-Drama *Der Untergang.* Anders als bei GANSEL sind in diesem Fall bislang keine historischen Berater mit Richtigstellungen und Distanzierungserklärungen an die Presse gegangen. Denn: Anders als GANSEL hielt sich HIRSCHBIEGEL über weite Strecken hinweg an die wissenschaftliche Literatur, die Berichte der Zeitzeugen und den Rat der Militärexperten (von denen mindestens zwei immer am Set waren).

Herausgekommen ist ein für bundesdeutsche Verhältnisse beachtliches Opus, das schon auf der reinen Sachebene über weite Strecken hinweg zu überzeugen vermag. Das für seine Zeit hochmoderne Sturmgewehr 44, das heute noch in einigen militärhistorischen Sammlungen zu sehen ist, ist nur eines von vielen geglückten Details, die diesen Streifen sehenswert machen.

Geradezu archäologischer Fleiß stand bei den rekonstruierten Bunkeranlagen unter der Berliner Reichskanzlei Pate. Sie wirkten so echt, daß einige Komparsen die nachgebauten Toiletten mit echten verwechselt haben sollen. Hier leisteten Schreiner, Maler und Dekorateure ganze Arbeit.

Die schauspielerische Leistung des HITLER-Darstellers Bruno GANZ wird vermutlich in die Annalen der Filmgeschichte eingehen. GANZ, der eigenem Bekunden zufolge unzählige Bücher über sein Rollen-Vorbild verinnerlichte, ließ es sich nicht nehmen, den >Führer< so realistisch, so überzeugend wie möglich zu spielen. Er war sich mit Regisseur HIRSCHBIEGEL und Produzent Bernd EICHINGER von Anfang an darin einig, daß es diesmal keinen >Teppichbeißer<, keinen Psychopathen mit Schnauzbärtchen geben sollte, sondern eine Figur aus Fleisch und Blut, einen Menschen, einen tragisch Gescheiterten.



Der herausragende Bruno GANZ als Adolf HITLER im Film *Der Untergang.*

Vielen Rezensenten im In- und Ausland war das zuviel. Sie kritisierten, daß mit GANZ' HITLER-Verkörperung die zumutbare Nähe zum Unaussprechlichen deutlich unterschritten worden sei. HITLER als Mensch - das ist 60 Jahre nach Kriegsende für viele offenbar immer noch ein Wagnis. Dabei brachte HIRSCHBIEGEL nur ins Bild, was die Dabeigewesenen immer schon gewußt hatten: daß HITLER ein Charismatiker, ein Künstler-Visionär war, der noch in den letzten Tagen seines Lebens charmant sein konnte und Faszination ausstrahlte.

HIRSCHBIEGEL hielt sich bei der Verfilmung seines Stoffes im wesentlichen an zwei literarische Vorlagen: zum einen Joachim FESTS historische Studie